

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

Nordsyrien

Luca Heyer ~ Der türkische Angriffskrieg in Nordsyrien – **2**

Jacqueline Andres ~ Deutsche Waffen beim türkischen Militär – **6**

Umwelt, Klima & Krieg

Marc Werner ~ Das US-Militär: Auf Kriegsfuß mit dem Klima – **8**

Karl-Heinz-Peil ~ Nachhaltige Bundeswehr? Die Nachhaltigkeitsberichte des BMVg in Zeiten des Klimawandels – **15**

Deutschland und die Bundeswehr

Martin Kirsch ~ Erneuter Alleingang oder Münchner Konsens 2.0? Kramp-Karrenbauer: Deutschland als globale Militärmacht – **22**

Martin Kirsch ~ BWTEX: Anti-Terror-Übung "katastrophischen Ausmaßes"? – **26**

NATO

Merle Weber ~ Die Militarisierung der Ostsee. Die NATO und das Marinekommando in Rostock – **30**

Claudia Haydt ~ Defender 2020: Europäisches Mega-Militärmanöver mit starker deutscher Beteiligung – **34**

EU

Christina Boger ~ „Värnkraft“ 2021-2025: Die Neuausrichtung des schwedischen Militärs – **36**

Christoph Marischka ~ (Diese) Industriepolitik ist Rüstungspolitik: Mit Thierry Breton zum KI-Airbus? – **39**

Jürgen Wagner ~ Beschleunigte Rüstungsgroßprojekte. Ministerrat konkretisiert Kampfpanzer und Kampfflugzeug – **43**





Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jacqueline Andres, Alexander Kleiß, Christoph Marischka, Jürgen Wagner.

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Laupp & Göbel, Robert-Bosch-Straße 42, 72810 Gomaringen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 35 € bzw. Förderabo ab 40 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisation e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Christoph Marischka, in: Telepolis, 12.11.2019; Δ Jürgen Wagner, in: Telepolis, 17.10.2019.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: Bundeswehr/Carsten Vennemann.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Jacqueline Andres, Claudia Haydt, Christoph Marischka und Jürgen Wagner sind im IMI-Vorstand und Martin Kirsch im IMI-Beirat. Luca Heyer ist freier Journalist. Die Arbeiten von Merle Weber, Christina Boger und Marc Werner entstanden im Rahmen von Praktika bei der IMI. Karl-Heinz-Peil ist bei der Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. engagiert.

Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe: Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinnen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisation und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der

Kreissparkasse Tübingen

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB.

Konto des IMI-Fördervereins:

IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96

BIC: SOLADES1TUB.

Kontakt: Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de



In eigener Sache:

100. Ausdruck-Ausgabe: Relaunch

von Redaktion

Liebe Freundinnen und Freunde der IMI,

an dieser Stelle wird künftig ein ausführliches Editorial stehen, eine von zahlreichen Änderungen, die mit der nächsten Ausdruck-Ausgabe Einzug halten sollen. Deshalb wollen wir an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, bereits frühzeitig schon einmal auf diese Pläne aufmerksam zu machen und ein bisschen Transparenz zu schaffen, weshalb es zu diesen Änderungen kommen wird.

Der Anlass ist ein erfreulicher: Bei der nächsten Ausdruck-Nummer wird es sich um die 100. Ausgabe handeln, die dann im 18. Jahrgang erscheint. Von der anfangs notdürftig von Hand kopierten und gefalzten Blättersammlung mit meist so etwa 20 Seiten hat sich da bis heute ja bereits einiges getan. Mit Blick auf die Jubiläumsausgabe haben wir aber bereits vor einiger Zeit damit begonnen, uns Gedanken über mögliche Veränderungen und Verbesserungen zu machen, die auch ein wenig mit den äußeren Umständen zu tun haben.

Maßgeblich dafür waren zwei Entwicklungen: Einmal die Tatsache, dass unser Vertriebsweg, die Post, in immer dreisterer Art und Weise die Preise derart erhöht, dass es immer schwieriger wird, den Ausdruck ohne weitere Preiserhöhungen (von denen dann nur die Post profitiert) zu verbreiten. Zum Zweiten wollen wir zukünftig die Erstellung des Ausdrucks auf eine dezentral arbeitende Redaktion verteilen, um damit mehr gute Ideen von außerhalb Tübingens einzubinden.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns entschlossen, eine festere Redaktionsstruktur mit einer – für einen Teil des Heftes – langfristigeren Heftplanung als bislang anzupeilen. Wir wollen künftig in jedem Heft ein Schwerpunktthema mit mindestens vier oder fünf Artikeln intensiv behandeln. Daneben wird es weiter wie gewohnt Beiträge zu aktuellen Themen geben. Auch aufgrund der gestiegenen Portokosten haben wir uns entschlossen, künftig nur noch vier Ausgaben im Jahr zu publizieren – diese sollen aber dafür mit einem großzügigeren Layout, einem noch höheren Umfang und noch mehr gewohnt guten und aktuellen Artikeln daherkommen. Die erste Ausgabe im Jahr 2020 wird deshalb erst im März mit dem Schwerpunkt „Rüstung digital!“, also den Beiträgen des IMI-Kongresses erscheinen!

Wir hoffen, die Überlegungen, die wir da angestellt haben, sind nachvollziehbar und treffen auf Zustimmung, schließlich soll das – nicht zuletzt auch durch die jüngste Mitgliederkampagne – Geld unserer Unterstützer nicht vor allem der Post zugutekommen.

Apropos Mitgliederkampagne: Auch hierfür wollen wir diese Gelegenheit nutzen, um die ca. 70 neuen Mitglieder, die seit Kampagnenstart hinzugewonnen werden konnten, herzlich zu begrüßen! Die vielen positiven Rückmeldungen auf die Kampagne haben uns viel Elan gegeben und uns irrsinnig gefreut – vor allem auch dafür ein Dankeschön!

Allerdings ist es leider auch weiter so, dass mit den neuen Unterstützerinnen und Unterstützern zwar die größte durch den Verlust einer größeren Förderung entstandene unmittel-

bare Not abgemildert ist, wir aber allein schon aufgrund stetig steigender Fixkosten und anderer Faktoren kontinuierlich um neue Mitglieder werben müssen. Hier fanden wir es besonders toll, dass sich so viele Menschen angeboten haben, in ihren Städten für die

IMI die Werbetrommel zu rühren – auch weiter stellen wir dafür gerne Material zusammen und freuen uns darüber sehr!

So, nach dieser langen Vorrede zur künftigen Ausgabe nun aber zum aktuellen Heft, das in gewisser Weise denken wir ein sehr gelungener Abschluss der ersten 99 Ausgaben darstellt. Einmal ist es uns darin gelungen, den vielen Nachfragen nach mehr Informationen rund um die Themen Klimawandel, Umwelt und Krieg zu entsprechen, indem wir in dieser Ausgabe zwei ausführliche Beiträge zu den CO₂-Emissionen des US-Militärs und den Nachhaltigkeitsberichten der Bundeswehr veröffentlichten.

Buchstäblich brandaktuell sind die Artikel zum türkischen Einmarsch in Nordsyrien (und der diesbezüglich in Deutschland losgetretenen Debatte) sowie zur Grundsatzrede von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, mit der sie am 7. November erneut den deutschen Anspruch auf eine militärische Großmachtrolle mit aller Aggressivität untermauerte.

Abgerundet wird diese Ausgabe u.a. mit Beiträgen zur Übung BWTEX, bei der Großeinsätze der Bundeswehr im Inland geprobt wurden. Eine wichtige Rolle soll künftig das neue NATO-Marinekommando in Rostock spielen, das sich zur Schaltzentrale für das militärische Säbelrasseln in der Ostsee mausern soll, wie im entsprechenden Artikel herausgearbeitet wird. Zu Land ist für April und Mai nächsten Jahres die Riesenübung „Defender 2020“ geplant – auch hierzu findet sich ein kurzer Artikel und der Hinweis auf Möglichkeiten, sich für Gegenaktivitäten zu vernetzen.

Sowohl auf NATO- als auch auf EU-Level forciert Schweden derzeit seine Aufrüstungsvorhaben, wie sich unter anderem anhand der hier abgedruckten Analyse zum Strategiepapier „Värnkraft 2021-2025“ ersehen lässt. Und zu schlechterletzt wird mit der neuen EU-Kommission unter Leitung von Ex-Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen auch erstmals eine „Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum“ und damit faktisch eine Art EU-Verteidigungsministerium geschaffen. Damit hat von der Leyen die institutionellen Grundlagen geschaffen, um, wie angekündigt, in den kommenden Jahren mit Volldampf in Richtung einer Europäischen Rüstungsunion zu steuern.

Allein schon wenn man sich Kramp-Karrenbauers irrwitzigen Pläne betrachtet, dürften uns die Themen wohl auch für die nächsten 100 Ausgaben nicht ausgehen, die wir dann im März im (moderat) veränderten Gewand angehen wollen. Womöglich geht dabei am Anfang nicht alles so rund wie gewünscht und alles muss sich gegebenenfalls erst einmal etwas neu einspielen – gerade deshalb freuen wir uns aber natürlich besonders über jede Form von Feedback, das wie immer auf allen Kanälen, Telefon, Mail oder auch Post ans IMI-Büro gerichtet werden kann.

Die Redaktion

Der türkische Angriffskrieg in Nordsyrien

von Luca Heyer

Seit dem 9. Oktober 2019 befindet sich die Türkei in einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die selbstverwaltete Konföderation Nordostsyrien (Rojava) auf syrischem Staatsgebiet. Die Invasion mit der zynischen Bezeichnung „Operation Friedensquelle“ wurde durch den (vermeintlichen) Abzug US-amerikanischer Soldat*innen aus der Region ermöglicht. Inwiefern es sich dabei tatsächlich um einen Abzug der US-Armee aus Syrien handelt und wie dies aus antimilitaristischer Perspektive zu bewerten ist, soll später weiter ausgeführt werden. Die Rolle Deutschlands ist ebenfalls Thema des vorliegenden Texts.

Was ist das Ziel der Intervention?

Die Türkei plant erklärtermaßen die Einrichtung einer „Sicherheitszone“ in einem 35 km in syrisches Staatsgebiet reichenden Korridor entlang der türkisch-syrischen Grenze. Diese „Sicherheitszone“ soll durch die türkische Armee sowie durch von der Türkei kontrollierte teils islamistische Milizen kontrolliert werden. Ziel ist es, dort Geflüchtete, die momentan in der Türkei leben, anzusiedeln und die bisher in der geplanten Pufferzone lebende hauptsächlich kurdische Zivilbevölkerung sowie die kurdischen Milizen YPG und YPJ zu vertreiben. Auch in den bereits von der Türkei in Syrien eroberten Gebieten (die Region um Afrin und Jarablus) wurde ein Großteil der hauptsächlich kurdischen Zivilbevölkerung vertrieben. Die Zurückgebliebenen leiden kurdischen Medien zufolge seit dem Einmarsch der Türkei unter Terror, Plünderungen, Repressalien, willkürlichen Hinrichtungen, Enteignungen, Entführungen, Lösegelderpressungen und der Einführung der Scharia durch die türkisch kontrollierten Milizen. Auch die UN kritisiert diese Verbrechen.¹

Offiziell begründet die Türkei die Invasion mit ihrem Recht auf Selbstverteidigung, das völkerrechtlich in dieser Situation jedoch nicht greift, da es keinen Angriff der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), zu denen auch die kurdischen Milizen YPG und YPJ gehören, gegen die Türkei gab.

Schwere Kriegsverbrechen

Im bisherigen Verlauf der Invasion kam es zu schweren Kriegsverbrechen durch die Türkei und die mit ihr verbündeten Terrormilizen. So gab es immer wieder gezielte Angriffe auf medizinische Einrichtungen,² zivile Wohngebiete,³ die Stromversorgung oder Zivilist*innen. Für Aufsehen sorgte diesbezüglich die Ermordung der Frauenrechtlerin und Vorsitzenden der Partei Zukunft Syriens (FSP), Havrin Khalaf, auf offener Straße.⁴ Außerdem kam es zur gezielten Bombardierung eines zivilen Konvois durch die Türkei, bei dem übereinstimmenden Angaben kurdischer Medien und der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zufolge elf Zivilist*innen, darunter zwei Journalist*innen, getötet und 74 Zivilist*innen verletzt wurden.⁵

Auch Amnesty International kritisiert diese Kriegsverbrechen: „Die türkische Militäroffensive im Nordosten Syriens

hat verheerende Auswirkungen auf das Leben der syrischen Zivilbevölkerung, die wieder einmal gezwungen wurde, aus ihren Häusern zu fliehen, und die in ständiger Angst vor wahllosen Bombardements, Entführungen und Tötungen

lebt. Die türkischen Streitkräfte und ihre Verbündeten haben kalte Missachtung für das Leben der Zivilbevölkerung gezeigt und illegale tödliche Angriffe in Wohngebieten gestartet, bei denen Zivilisten getötet und verletzt wurden“, sagte Kumi Naidoo, internationaler Generalsekretär von Amnesty International.⁶

Zudem wurde der Türkei von kurdischer Seite vorgeworfen, im Zuge der Invasion international geächtete chemische Kampfstoffe und Phosphorbomben eingesetzt zu haben.⁷ Der Einsatz von Phosphorbomben oder anderer chemischer Kampfstoffe durch die türkische Armee widerspräche dem UN-Waffenübereinkommen von 1983 und würde somit einen Bruch des Völkerrechts darstellen. Überprüfen lassen sich die Vorwürfe des Einsatzes international geachteter Waffen jedoch nur schwer.

Entfesselung des Daesh

Problematisch ist die Tatsache, dass durch die türkische Militärinvasion eine Reorganisation des Daesh (des sogenannten IS) droht. Durch die Kämpfe im Norden waren die SDF gezwungen, ihre Kampfverbände dorthin zu verlegen und die Bewachung der Camps, in denen die Daesh-Kämpfer und ihre Familien gefangen sind, auf ein Minimum zu reduzieren. Dadurch kommt es immer wieder zu Ausbruchsversuchen, die zum Teil auch erfolgreich sind. Im wahrsten Sinne des Wortes Schützenhilfe erhält Daesh dabei direkt vom türkischen Militär: „Viele IS-Terroristen sind mittlerweile aus der Haft geflohen oder befreit worden, viele andere könnten folgen. Verantwortlich dafür sei Ankara, zitiert das amerikanische Fachblatt ‚Foreign Policy‘ zwei namentlich nicht genannte hohe US-Beamte. Sie werfen der türkischen Armee vor, Lager und Gefängnisse gezielt bombardiert und damit die Flucht von IS-Terroristen ermöglicht zu haben. Zudem behaupten sie, dass von der Türkei im Krieg in Nordsyrien eingesetzte islamistische Söldner in den von ihnen eroberten Gebieten inhaftierte IS-Kämpfer freigelassen hätten.“⁸

Repression gegen Kritik am türkischen Einmarsch

Innenpolitisch geht die Türkei äußerst hart gegen Kritik an ihrer Offensive vor. Schon zwei Tage nach dem Einmarsch waren bereits 121 Personen wegen kritischer Internetbeiträge festgenommen worden. Der türkische Innenminister Soylu sagte am 11. Oktober 2019: „Diejenigen, die das Krieg nennen, begehen Verrat.“ Weitere Ermittlungen seien im Gang.⁹ Zudem wurden mehrere Bürgermeister*innen der HDP festgenommen, weil sie sich gegen den türkischen Angriffskrieg stellten – offiziell wegen angeblicher Kontakte zur PKK.¹⁰

„Abzug“ der USA

Auch die Rolle der USA in dem Konflikt ist wenig ruhmreich. Von kurdischer Seite wird ihnen immer wieder vorgeworfen,

durch ihren Abzug die türkische Invasion sehenden Auges überhaupt erst möglich gemacht zu haben. Die Bezeichnung „Abzug“ für das Vorgehen der USA ist in diesem Fall jedoch irreführend und wohl eher eine Propagandalüge: Die USA machten lediglich den Weg für die türkische Invasion frei, zogen sich aber keineswegs gänzlich aus dem Syrien-Konflikt zurück. Die Verbände aus Nordsyrien wurden in den Irak verlegt. Von dort aus sollen sie sich jedoch weiter am Syrien-Konflikt beteiligen. Ziel sei die Bekämpfung des Daesh, war zunächst bekannt gegeben worden.¹¹ Der amerikanische Präsident Donald Trump widersprach dem jedoch im November: „Wir behalten das Öl, wir haben das Öl, das Öl ist sicher, wir haben Truppen nur für das Öl zurückgelassen.“¹² Derart offen hatte dies bislang noch kein US-amerikanischer Präsident zugegeben.

Neben der Sicherung der Ölquellen haben die USA auch noch weitere Interessen in Syrien: Die US-Armee betreibt bereits seit Jahren einen Militärstützpunkt im Südosten Syriens, in Al-Tanf. Dieser Stützpunkt befindet sich außerhalb der SDF-kontrollierten Gebiete an einem strategisch wichtigen Grenzübergang, an dem Syrien, Irak und Jordanien aneinander grenzen. Dort werden die USA aller Voraussicht nach auch weiterhin präsent bleiben.

Es handelt sich also mitnichten um einen Abzug der US-Armee, sondern vielmehr um eine Kollaboration mit dem NATO-Partner Türkei. Eine NATO-Armee (USA) wird hier durch eine andere NATO-Armee (Türkei, die zudem massenhafte, mörderische Vertreibungen plant) mit ihrer Militärpräsenz im Norden Syriens ersetzt, während die USA an den bislang von ihnen kontrollierten strategischen Punkten südlich davon auch weiterhin militärisch präsent bleiben.

Gewinner: Assad

Nachdem die USA aus dem türkisch-syrischen Grenzgebiet abgezogen waren, verbündeten sich die SDF mit Russland und dem syrischen Machthaber Assad. Die syrische und russische Armee sollten gemeinsam mit den SDF die Grenze verteidigen und rückten daraufhin in die Gebiete des selbstverwalteten Rojava ein. In den folgenden Tagen kam es zu ersten kleineren Gefechten gegen die türkische Armee und die mit ihr verbündeten Milizen. Offiziell wird die Selbstverwaltung durch den Einmarsch der syrischen Armee nicht angetastet – inwiefern sich die Selbstverwaltung jedoch angesichts des Einmarschs der syrischen Armee halten kann, ist fraglich. Assad ist neben Putin somit der große Gewinner der türkischen Invasion, da er auf einen Schlag die militärische Kontrolle über einen Großteil des Landes wiederherstellen konnte.

Deutsche Rolle

Die Bundesregierung wirkte vor allem zu Beginn des türkischen Einmarsches überfordert damit, adäquat darauf zu reagieren. So druckten Regierungsvertreter ganze elf Tage lang herum, bevor sie sich dazu durchringen konnten, den türkischen Angriff zumindest als das zu bezeichnen, was er ist: einen völkerrechtswidrigen Militäreinsatz. Und selbst das musste Außenminister Maaß zu diesem Zeitpunkt „aus der Nase gezogen“ werden, bis er schließlich sagte: „Wir glauben nicht, dass ein Angriff auf kurdische Einheiten oder kurdische Milizen völkerrechtlich legitimiert ist oder auch legitimierbar ist.“ Und weiter: „Wenn es keine Grundlage im Völkerrecht gibt für eine solche Invasion, dann ist sie auch nicht im

Einklang mit dem Völkerrecht.“¹³ Schon Tage zuvor war der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags zu dem wenig überraschenden Ergebnis gekommen, dass die türkische Aggression völkerrechtswidrig sei: „Im Ergebnis lässt sich selbst bei großzügiger Auslegung des Selbstverteidigungsrechts eine akute Selbstverteidigungslage im Sinne des Art. 51 VN-Charta zugunsten der Türkei nicht erkennen. [...] Mangels erkennbarer Rechtfertigung stellt die türkische Offensive im Ergebnis offensichtlich einen Verstoß gegen das Gewaltverbot aus Art. 2 Ziff. 4 VN-Charta dar.“¹⁴

Sogenannter „Rüstungsexportstopp“

Am 17.10.2019 kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel an, die Bundesregierung werde „unter den jetzigen Bedingungen auch keine Waffen an die Türkei liefern.“¹⁵ Ein kompletter Stopp aller Waffenlieferungen an die Türkei wäre tatsächlich ein erster Schritt in die richtige Richtung gewesen. Wenig später korrigierte sich die Bundesregierung jedoch in der Antwort auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Die Bundesregierung erteile lediglich „keine neuen Genehmigungen“ mehr für Rüstungsgüter, die im Syrienkonflikt genutzt werden könnten.¹⁶ Heißt im Klartext: Alle bislang genehmigten Rüstungsexporte laufen weiter. Und die Zahl der Genehmigungen stiegen 2019 deutlich an: Bis zum 9. Oktober wurden Rüstungslieferungen im Wert von 28,5 Millionen Euro genehmigt. Das ist bereits jetzt mehr als doppelt so viel wie im gesamten Jahr 2018 mit 12,9 Millionen Euro. „Auch die Einzelgenehmigungen an die Türkei stiegen dieses Jahr an – waren es 2018 noch 58, haben sie sich in den ersten neunzehn Monaten dieses Jahres auf 182 mehr als verdreifacht.“¹⁷ Somit werden weiter munter Waffen in die Türkei exportiert. Nicht nur die Zahl der neuen Genehmigungen, sondern auch die momentan tatsächlich stattfindenden Lieferungen erreichen Rekordwerte: „In den ersten acht Monaten des Jahres [2019] hat die Türkei Kriegswaffen im Wert von 250,4 Millionen Euro von Deutschland erhalten. Das ist bereits jetzt der höchste Jahreswert seit 2005.“¹⁸ Es wirkt so, als sei der „Exportstopp“ weniger mit dem Ziel verhängt worden, die Türkei zu einem Abzug aus Syrien zu bewegen, sondern vielmehr mit dem Ziel, die Bevölkerung in Deutschland zu besänftigen, die sich mit 91% mehrheitlich gegen den Export von Rüstungsgütern in die Türkei ausspricht.¹⁹

Zudem profitiert die türkische Armee weiterhin von der Ausbildungshilfe, die ihr aus Deutschland zukommt. So gab das Verteidigungsministerium bekannt: „Die gegenwärtige Praxis ist unverändert, keine Nato-Partner im Rahmen internationaler Ausbildungskooperationen einseitig auszuschließen.“ So werden beispielsweise nach wie vor türkische Spezialkräfte am Ausbildungszentrum Spezielle Operationen in Pfullendorf ausgebildet – von deutschen Soldat*innen. Die türkischen Spezialkräfte kämpfen im Krieg in Syrien an vorderster Front. Sevim Dagdelen (DIE LINKE) nannte dies „Beihilfe zum Völkerrechtsbruch“.²⁰

Forderung nach europäisch kontrollierter Sicherheitszone

Am 21. Oktober 2019 preschte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer mit dem Vorschlag vor, eine internationale Sicherheitszone in Nordsyrien einzurichten. Zur Ausgestaltung dieser Zone sagte sie wenig. Geplant ist, dass die EU-Staaten Militär in die Region schicken sollen. Offen-



Szene im Nordosten Syriens im September 2019. Quelle: US-Armee / Andrew Goedl

sichtlich war der Vorstoß jedoch weder mit Verbündeten noch mit dem Koalitionspartner SPD abgestimmt. Für Verwirrung sorgte die Wortwahl der Ministerin: Mal verwendete sie den auch von Erdogan verwendeten Begriff „Sicherheitszone“, mal den Begriff „humanitäre Schutzzone“, der eher einer UN-Blauhelm-Zone zum Schutz der Zivilbevölkerung entsprechen würde. Die genaue Ausgestaltung der Zone hänge jedoch von Gesprächen mit Russland und der Türkei ab, die beide ausdrücklich einbezogen werden sollen. Die Antwort auf die Frage, wie genau eine solche Zone unter Einbeziehung der Türkei, die bereits positiv auf den Vorstoß reagiert habe, aussehen soll, bleibt die Verteidigungsministerin schuldig. Am 23. Oktober 2019 sagte sie, die rechtliche Grundlage für den möglichen Einsatz solle ein UNO-Sicherheitsmandat sein.

Die Sicherheitszone könne in Sektoren eingeteilt werden, von denen Deutschland einen übernehmen könne. Benötigt würde die ganze Bandbreite militärischer Fähigkeiten - auch Kampftruppen. Insgesamt seien dafür anderen militärnahen Quellen zufolge etwa 40.000 Soldat*innen zur Umsetzung der Pläne nötig.²¹ Ein Ex-NATO-General nennt „drei Brigaden“, die für die Einrichtung einer Schutzzone einzuplanen wären.²² Dies entspräche 15.000 bis 20.000 Soldat*innen. Die genaue Zahl der benötigten Soldat*innen würde von der konkreten Ausgestaltung der Sicherheitszone abhängen.

Als Ziele der Intervention wurden die Bekämpfung des Daesh und die „Überwachung der Gebiete sowie Maßnahmen bei Verstößen gegen die dort geltenden Regeln“ genannt.²³ Offen bleibt dabei wiederum, welche Regeln denn durchgesetzt werden sollen.

Dass die Initiative für einen Kampfeinsatz aus der Bundesrepublik Deutschland kommt – das ist ein Paradigmenwechsel. Erst in den 1990er-Jahren hatte Deutschland begonnen, sich an solchen Einsätzen überhaupt erst zu beteiligen. Nun kommt die Initiative dafür aus Deutschland – obwohl die konkrete Ausgestaltung und die Ziele des Auslandseinsatzes alles andere als durchdacht wirkten. Die Süddeutsche Zeitung schreibt dazu: „Sollte sich der Vorstoß konkretisieren, wäre es das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass Deutschland eine Initiative zu einer internationalen Militärmission ergreift. Damit wäre auch eine Beteiligung der Bundeswehr faktisch unumgänglich, sofern der Bundestag einem entsprechenden Mandat zustimmte.“²⁴

Mehrfach betonte die Ministerin, ihr gehe es darum, dass Deutschland und Europa nicht mehr „Zaungast“ seien. Diese Aussage ist entlarvend. Vorrangiges Ziel der Initiative scheint nicht der Schutz der syrischen Bevölkerung zu sein, sondern

eine Profilierung Deutschlands auf internationaler Bühne. Positiver Nebeneffekt: Durch Vorstöße wie diesen könnte die Akzeptanz der deutschen Bevölkerung für Militäreinsätze und Krieg als Mittel der Politik erhöht werden - selbst wenn aus der Idee letztendlich nichts wird. Zugute kommt Kramp-Karrenbauer hierbei, dass die Gemengelage sehr kompliziert ist und die Selbstverwaltung in Nordostsyrien tatsächlich einen UN-Einsatz forderte.

Spaltung der Antikriegsbewegung?

Dadurch droht nun ein Keil in die Antikriegsbewegung in Deutschland getrieben zu werden, die bislang – Kurd*innen, klassische Friedensbewegung und radikale Linke Seite an Seite – gegen den türkischen Einmarsch protestiert hatte, Rüstungsbetriebe blockiert hatte und die Haltung der Bundesregierung verurteilt hatte. Entlang der Frage um eine deutsch-europäische Intervention in Nordsyrien droht nun eine Spaltung dieser Kräfte. Dass weite Teile der Friedensbewegung solidarisch mit der Konföderation Nordsyrien sind, könnte auch erklären, weshalb der Aufschrei gegen den geplanten Auslandseinsatz unter deutscher Führung verhältnismäßig gering war.

Eine konkrete Kritik am Vorschlag der Verteidigungsministerin ist kaum möglich, da der Vorschlag selbst bislang sehr vage bleibt. Klar ist aber, dass eine Intervention unter Miteinbeziehung der Türkei für die Bevölkerung in Nordkurdisten wenig Gutes verheißen würde. Sollte es bei der Intervention tatsächlich um den Schutz der Zivilbevölkerung gehen, so ist es mehr als fragwürdig, weshalb dafür dann nicht zunächst zivile Mittel wie ein Waffenembargo gegen die Türkei ausgeschöpft wurden.

Dass die geplante Intervention tatsächlich kommt, ist allerdings ohnehin unwahrscheinlich. Die SPD zeigte sich überrascht und irritiert über den nicht abgesprochenen Vorschlag Kramp-Karrenbauers. Insbesondere das Außenministerium, das für Verhandlungen über ein UN-Mandat zuständig wäre, zeigte sich wenig begeistert. Außenminister Heiko Maas beklagte sich, über die Pläne der Verteidigungsministerin erst kurz zuvor in einer SMS – ohne Details – informiert worden zu sein.²⁵ Nur wenige Tage nachdem die Idee einer von Deutschland angeführten Intervention in Syrien geboren war, wurde sie auch bereits wieder begraben: Außenminister Heiko Maas machte bei einem Treffen mit seinem türkischen Amtskollegen Ende Oktober klar, dass er das Thema für unwichtig halte.²⁶ Vermutlich war das Hauptziel der Initiative, die Öffentlichkeit an solche Vorstöße zu gewöhnen und gleichzeitig die Reaktion der Öffentlichkeit zu testen. Umgesetzt wird der Vorschlag wohl nicht.

Türkisch-Russischer Deal

Am 22. Oktober 2019 – einen Tag nach dem Vorschlag aus Deutschland – traf sich der türkische Präsident Erdogan mit dem russischen Präsidenten Putin, der mit dem syrischen Regime verbündet ist, in Sotschi. Dabei wurde ein sechstägiger Waffenstillstand ausgehandelt – dieser hat für die SDF jedoch einen sehr hohen Preis. Über die Köpfe der Menschen in Rojava wurde in imperialistischer Manier ein Deal ausgehandelt, der vorsieht, dass sich die kurdischen Milizen wie von Erdogan vorgesehen aus einem 32 km breiten Streifen entlang der gesamten türkisch-syrischen Grenze zurückziehen sollen. Die Türkei darf die bereits eroberten Gebiete zwischen Serekaniye und Tall Abyad vorerst besetzt halten. Dies ist eine Fläche

von etwa 120 km von Osten nach Westen und 30 km von Norden nach Süden. Gleichzeitig verpflichtet sich Erdogan jedoch der territorialen Integrität Syriens, was bedeuten könnte, dass diese Gebiete später zurückgegeben werden müssen. Im restlichen Grenzgebiet werden in einem 10 km breiten Streifen gemeinsame russisch-türkische Patrouillen durchgeführt. Nur die Großstadt Qamishlo an der türkisch-syrischen Grenze ist von den gemeinsamen Patrouillen ausgenommen. Auf einem Gebiet bis zu 15 km auf syrischem Staatsgebiet darf die Türkei gegen die SDF vorgehen. Die Stadt Manbij, die zuvor Teil der Selbstverwaltung war, soll vom syrischen Regime übernommen werden.²⁷ Eine Karte, die die Vereinbarung illustriert, findet sich [hier](#).

Mit dieser Vereinbarung verliert die demokratische Konföderation einen Großteil der Kerngebiete, von denen die Revolution ursprünglich ausgegangen war, darunter z.B. die Stadt Kobani, wo dem Daesh die erste Niederlage beigebracht werden konnte, für die die Kurd*innen einen hohen Preis gezahlt hatten. Allerdings scheint der demokratischen Konföderation kaum eine andere Möglichkeit zu bleiben, als dies zähneknirschend hinzunehmen, da ein Krieg gegen Russland, Assad, die Türkei und Daesh gleichzeitig wohl Selbstmord wäre. Momentan beginnen die SDF auch tatsächlich mit dem Rückzug aus dem Grenzstreifen.

Fazit

Die Gewinner der aktuellsten Entwicklungen sind Assad, Erdogan und Putin. Erdogan erreicht die Akzeptanz seiner Offensive und das Zurückdrängen der SDF aus dem von ihm geforderten Grenzstreifen. Assad erlangt die militärische Kontrolle über weite Teile des syrischen Staatsgebiets wieder, was seine Verhandlungsposition gegenüber der demokratischen Konföderation bezüglich einer Wiedereingliederung in den syrischen Staat deutlich stärken dürfte, und Putin festigt sich als bedeutender Player im Nahen Osten.

Die Verlierer sind die Kurd*innen bzw. die demokratische Konföderation. Sie wurden einmal mehr wie eine Figur auf einem Schachbrett verschoben und müssen um den Fortbestand der Selbstverwaltung bangen.

Die NATO und die EU agierten zerstritten, planlos und unglaublich. Deutschland bleibt – wie praktisch alle NATO-Staaten – dem „NATO-Partner“ Türkei trotz der völkerrechtswidrigen Invasion treu und belässt es bei Lippenbekenntnissen und Ermahnungen. Denkt man an die russische Annexion der Krim und die heftige westliche Reaktion darauf zurück, dann wirkt das Agieren gegenüber der Türkei in diesem Zusammenhang doppelt scheinheilig.

Der Vorschlag Kramp-Karrenbauers zur Einrichtung einer Schutzzone in Nordsyrien durch europäisches Militär kann insgesamt als gescheiterter Versuch, Deutschland militärisch noch mehr Gewicht zu verschaffen, gewertet werden. Kommen wird die geforderte Schutzzone voraussichtlich nicht.

Was bewegte die Verteidigungsministerin wohl zu ihrem Vorschlag? Sicherlich jedenfalls nicht die Solidarität mit der demokratischen Selbstverwaltung. Es ging wohl eher darum, Deutschland auf eine Ebene mit den anderen Imperialmächten in der Welt zu heben, die das Projekt Rojava im Übrigen allesamt für ihre Zwecke benutzt und dann verraten haben. Eine Spaltung der Antikriegsbewegung wegen dieses unausgegorenen Vorschlags wäre sehr bedauerlich, doch dazu wird es auch nicht kommen.

Anmerkungen

- 1 ANF Deutsch: [UN: Kriegsverbrechen und Folter in Efrîn](#). 12.9.2019; ANF Deutsch: [13 weitere Zivilisten in Efrîn entführt](#). 25.9.2019; ANF Deutsch: [Zivilist in Efrîn von Besatzern erschossen](#). 4.10.2019.
- 2 Deutsche Welle: [Türkei meldet Eroberung in Nordsyrien](#). 12.10.2019.
- 3 Tagesspiegel: [Erste Tote bei Luftangriff auf Kurdengebiet. Türkei marschiert in Syrien ein](#). 9.10.2019.
- 4 ZDF: [Politikerin und Frauenrechtlerin Havrin Khalaf in Syrien getötet](#). 13.10.2019.
- 5 BR24: [Merkel und Macron fordern Ende der türkischen Offensive](#). 14.10.2019; ANF Deutsch: [Zivilisten in Zusammenarbeit mit Koalition getötet](#). 13.10.2019.
- 6 Amnesty International: [Syrien: Amnesty wirft türkischen Streitkräften und verbündeten Milizen Kriegsverbrechen vor](#). 18.10.2019.
- 7 ANF Deutsch: [Experten: Türkei setzt Phosphorbomben ein](#). 18.10.2019.
- 8 Tagesschau: [Erdogans Beziehungen zum IS](#). 20.10.2019.
- 9 T-Online: [Newsblog Syrien-Konflikt](#). 11.10.2019.
- 10 Junge Welt: [Bürgermeister in Türkei festgenommen](#). 16.10.2019.
- 11 New York Times: [Mark Esperanto? Trump Misnames His Defense Secretary in Tweet](#). 20.10.2019.
- 12 FAZ: [„Wir behalten das Öl, wir haben das Öl, das Öl ist sicher“](#). 14.11.2019.
- 13 NDR: [Türkei-Offensive: Europa muss endlich handeln!](#) 21.10.2019.
- 14 Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag: [Völkerrechtliche Aspekte der türkischen Militäroperation „Friedensquelle“ in Nordsyrien](#). 17.10.2019.
- 15 Süddeutsche Zeitung: [Kein kompletter Stopp deutscher Rüstungsexporte für die Türkei](#). 19.10.2019.
- 16 Ebd.
- 17 Tagesschau: [Trotz Exportstopp. Waffenexporte in Türkei boomen](#). 17.10.2019.
- 18 Ebd.
- 19 ZDF-Politbarometer Oktober 2019.
- 20 Märkische Allgemeine: [Bundeswehr bildet weiter Soldaten der türkischen Armee aus](#). 24.10.2019.
- 21 Tagesschau: [Syrien. Was will die Verteidigungsministerin?](#) 22.10.2019; Spiegel Online: [Streit über Syrien-Vorstoß. Kramp-Karrenbauer drängt auf Uno-Sicherheitsmandat](#). 23.10.2019.
- 22 Handelsblatt: [Ex-Nato-General zu syrischer Sicherheitszone: „Die Bundeswehr kann das“](#). 22.10.2019.
- 23 Spiegel Online: [Streit über Syrien-Vorstoß. Kramp-Karrenbauer drängt auf Uno-Sicherheitsmandat](#). 23.10.2019.
- 24 Süddeutsche Zeitung: [Kramp-Karrenbauer fordert internationale Sicherheitszone in Syrien](#). 21.10.2019.
- 25 Tagesschau: [Nordsyrien-Plan. Massive Kritik an Kramp-Karrenbauer](#). 23.10.2019.
- 26 Welt: [Kramp-Karrenbauer von Maas in Ankara düpiert](#). 26.10.2019.
- 27 BR24: [10-Punkte-Plan: Ende der türkischen Militäroffensive?](#) 22.10.2019; Süddeutsche Zeitung: [Nichts geht mehr ohne Russland](#). 23.10.2019; Tagesschau: [Plan von Erdogan und Putin. Russisch-türkische Patrouillen für Nordsyrien](#). 23.10.2019.

Deutsche Waffen beim türkischen Militär

von Jacqueline Andres

Deutsche Rüstungsexporte in die Türkei befinden auf dem höchsten Stand seit 14 Jahren – so titelt selbst die „Zeit“.¹ Kriegsgerät im Wert von 250 Millionen € erhielt das türkische Militär zwischen Januar und August 2019. Dabei zählte die Türkei bereits schon in den letzten Jahren zu den größten Abnehmern der deutschen Rüstungsindustrie: „Im vergangenen Jahr machten die Lieferungen an die Türkei mit 242,8 Millionen Euro fast ein Drittel aller deutschen Kriegswaffenexporte (770,8 Millionen Euro) aus. Damit war die Türkei klar die Nummer eins unter den Empfängerländern deutscher Rüstungsgüter.“² Bei den völkerrechtswidrigen Angriffskriegen der Türkei (euphemistisch bezeichnet als „Operation Olivenzweig“ im Jahr 2018 und nun „Operation Friedensquelle“) verwendet das türkische Militär Kriegsgerät, welches häufig in unserer unmittelbaren Umgebung entwickelt, getestet oder hergestellt wird. Die im letzten Jahr erschienenen Bilder der in Afrin rollenden Leopard 2 Panzer „Made in Germany“ dürften den meisten noch präsent sein – doch bei einem Blick auf den türkischen Bestand an Kriegsgerät aus der BRD lässt sich noch viel mehr finden.

Rheinmetall

Bekannt dürfte die Beteiligung am Leopard 2 Panzer sein, den Rheinmetall mit der 120 mm Glattrohrkanone (120 mm Waffenanlage L44 und der nun verlängerten L55) ausstattet.³ Im Jahr 2005 erhielt die Türkei von der Bundesregierung 354 Kampfpanzer des Typs Leopard 2 A4 – zuvor erhielt das türkische Militär bereits 397 Panzer des Typs Leopard 1, an dessen Produktion Rheinmetall ebenfalls durch die Glattrohrkanone beteiligt war.⁴ Zudem unterhält Rheinmetall in der Türkei das Tochterunternehmen Rheinmetall Defence Türkei (RDT) und betreibt mit einem Anteil von 90% das Unternehmen Rheinmetall Savunma Sanayi Anonim Şirketi, welches wiederum an dem im Jahr 2016 gegründeten Joint Venture Rheinmetall BMC Savunma Sanayi Ve Ticaret A.Ş. (RBSS) beteiligt ist. Weitere Anteilhaber sind die in Malaysia ansässige Firma Etika Stra und das türkische Unternehmen BMC Otomotiv San. ve Ticaret A.Ş. Dieses Joint Venture hat Interesse an der Ausschreibung für die Produktion des türkischen Panzers Altay bekundet – rund 1.000 neue Panzer im Wert von 7 Milliarden € seien geplant.⁵ Momentan liegt das Vorhaben auf Eis, doch sollten sich die politischen Einschätzungen ändern, könnten die Pläne wieder voran geschoben werden. Und diese Einschätzen „schneller als Industriestrategien“⁶, so Pappberger, der Vorstandsvorsitzende von Rheinmetall. Des Weiteren plant Rheinmetall mit dem türkischen Rüstungskonzern MKEK Munition zu produzieren – ein Plan, der momentan ebenfalls zumindest offiziell auf Eis liegt. Brisant dabei: „Dieses Geschäft habe man in Absprache mit der Bundesregierung vorbereitet.“⁷

VW/Renk und MTU Friedrichshafen

Das von VW übernommene Rüstungsunternehmen Renk ist bereits mit seinem Fahrzeuggetriebe HSWL 354 in den völker-

rechtswidrigen Angriffskrieg involviert: Es ist im Kampfpanzer Leopard 2 eingebaut.⁸ Zudem sollen die ersten zwei Serienproduktionsläufe des neuen türkischen Kampfpanzers „Altay“ (d.h. 500 der geplanten 1.000 Panzer) mit

Getrieben von Renk ausgestattet werden, welche wiederum an Dieselmotoren von MTU Friedrichshafen gekoppelt werden sollen.⁹ Ob jedoch an diesem Plan festgehalten wird, ist unsicher.¹⁰ Nicht abzustreiten ist jedoch, dass sowohl MTU und Renk seit 2010 mit der Türkei Absprachen zur Produktion treffen und ein großes Interesse an diesen Aufträgen haben – und dabei keinerlei moralische Skrupel zeigen.

Weitere Profiteure der Leopard 2 Panzer

Der Kampfpanzer Leopard 2 des Hauptauftragnehmers Kraus Maffei Wegmann (KMW), auch zuständig für die Endmontage, bezieht Einzelkomponenten von unterschiedlichen Zulieferunternehmen. Neben Rheinmetall, zählen dazu u.a. die Northrop Grumman LITEF GmbH aus Freiburg, die den Leopard 2 Panzer u.a mit der Fahrzeugelektronik ausstattet.¹¹ Diehl Remscheid stellte die Panzerketten zur Verfügung – im Jahr 2014 übernahm KMW das Unternehmen.¹² ZF Friedrichshafen AG liefert Getriebe für den Kampfpanzer und Mahle Behr Industry Kühlsysteme.¹³

Daimler AG

Wie aus einer Anfrage der kritischen Aktionär*innen bei der Daimler AG hervorgeht, steigerte die Daimler AG den Export von Militärfahrzeugen im Jahr 2016 um fast ein Drittel: 4.571 Militärlastkraftwagen (Vorjahr 3465) wurden an 22 (Vorjahr 16) Staaten ausgeliefert. Mercedes-Militär-Unimogs und Actros-Panzertransporter wurden demnach u.a. nach Algerien, Saudi-Arabien und an die Türkei geliefert.¹⁴ Abgesehen davon produziert Daimler bzw. Mercedes-Benz Türk A.Ş. seit 1986¹⁵ selbst LKW im Werk Aksaray/Mittelanatolien – u.a. der Baureihe Atego und Axor sowie den Unimog-Typ U 4000.¹⁶ Diese drei genannten Typen werden allesamt auch für das türkische Militär hergestellt. Der UNIMOG (Universal-Motor-Gerät) des Typs U 4000 wird u.a. zum Truppentransport oder aufgerüstet als Radarsystem eingesetzt.¹⁷

Heckler und Koch

Das aktuelle Standardgewehr der türkischen Armee beruht auf dem von Heckler & Koch (HK) entwickelten Modell G-3 und wird ebenso wie das Sturmgewehr HK33 vom staatseigenen türkischen Unternehmen MKEK (Makina ve Kimya Endüstrisi Kurumu) in Lizenz gefertigt.¹⁸ Es wird momentan durch das ebenfalls von MKEK produzierte MPT-76 ersetzt. Im Jahr 2018 erhielt H&K eine Ausfuhrgenehmigung für ein Scharfschützengewehr des Typs G28¹⁹. In den Jahren zuvor konnte H&K immer wieder Exportlizenzen für die Türkei erhalten: Im Juli 2003 für Teile für Herstellungsausrüstung im Wert von 354.428€, im November 2008 für Gewehre mit KWL-Nummer und Maschinengewehre im Wert von 37.690€ und im Dezember 2005 für zwei Maschinengewehre, fünf Maschinenpistolen und 16 Gewehre mit KWL-Nummer.²⁰

ThyssenKrupp Marine Systems

„Seit knapp 50 Jahren ist die türkische Marine Kunde von ThyssenKrupp Marine Systems GmbH (TKMS) – ehemals HDW – mit Sitz in Kiel“, so formuliert es die Linke in ihrer Kleinen Anfrage. Zurzeit baut die Türkei in der Gölcük Schiffswerft mit deutscher Herstellungslizenz sechs Jagd-U-Boote des Typs 214 – von HDW entwickelt.²¹ Das Börsenmagazin „Der Aktionär“ beruft sich auf „Brancheninsider“, die von der Absicht der Türkei berichten, mit TMKS zusammen U-Boote an die indonesische Regierung verkaufen zu wollen und damit gemeinsam Exportgeschäfte zu planen.²²

Weitere Exportlizenzen

Weitere Ausfuhrlizenzen von Rüstungsgütern an die Türkei erhielten in der Vergangenheit folgende Unternehmen: Deutsche Nickel AG, Hensoldt Systemtechnik GmbH, Team Spezialgeräte Vertriebs GmbH, Sundwiger Messingwerke GmbH, Diehl Avionik Systeme GmbH, AMP Technical Services GmbH, MAN Ferrostaal Industrieanlagen GmbH, Eurocopter Deutschland GmbH, Numerics GmbH und die Fritz Werner GmbH.²³

Elaman GmbH, FinFisher Labs GmbH und FinFisher GmbH Aktuell ermittelt die Staatsanwaltschaft München, ob das Firmenkonglomerat FinFisher GmbH, FinFisher Labs GmbH und Elaman GmbH mit Sitz in selbiger Stadt, die Spionagesoftware FinSpy ohne erforderliche Genehmigung der Bundesregierung zwischen Oktober 2016 und Juli 2017 an die türkische Regierung verkauft hat.²⁴ Die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF), Reporter ohne Grenzen (ROG), netzpolitik.org und das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) haben im Juli 2019 Anzeige gegen das Firmenkonglomerat eingereicht. Aus dieser geht hervor, dass mit FinSpy eine umfassende Überwachung der Mobilgeräte möglich sei.²⁵

Die Liste umfasst damit längst nicht alle Profiteure des Angriffskrieges auf die demokratische Konföderation Nord- und Ostsyrien. Beschränkt auf deutsche Konzerne fallen hier u.a. AIRBUS und Thales raus, obwohl diese zahlreiche Standorte in der BRD unterhalten. Es fehlen vermutlich auch zahlreiche weitere deutsche Rüstungsunternehmen in dieser Aufzählung. Aber eines ist klar: die Rüstungsindustrie entwickelt, testet und produziert in unserer Nachbarschaft, die dadurch zum geeigneten Ort des Protests wird. Und eine VW- oder auch Daimler-Niederlassung lässt sich in der BRD leicht finden.

Anmerkungen

- 1 Deutsche Waffenexporte in die Türkei auf höchstem Stand seit 14 Jahren, [zeit.de](#), 17.10.2019
- 2 Ebd.
- 3 Rheinmetall: Großkaliberwaffen und Munition, [rheinmetall-defence.com](#)
- 4 Drucksache 18/12309, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Agnieszka Brugger, Claudia Roth (Augsburg), Dr. Frithjof Schmidt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Deutsche Unterstützung beim Aufbau der Panzerindustrie in der Türkei, [dipbt.bundestag.de](#), 11.5.2017; Drucksache 17/14736, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan van Aken, Christine Buchholz, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Verkauf von deutschen Leopard-Kampfpanzern an Staaten des Mittleren Ostens und an weitere Länder, [waffenexporte.org](#), 11.9.2013
- 5 Exportstopp für Waffen trifft Türkei kaum, [faz.net](#), 14.10.2019

- 6 Streit mit Türkei behindert Rüstungsgeschäfte, [zeit.de](#), 29.10.2017
- 7 Drucksache 18/12309
- 8 Automatische Lastschaltgetriebe für mittlere und schwere Kettenfahrzeuge, [renk-ag.com](#)
- 9 The Altay Main Battle Tank in Turkey, [army-technology.com](#)
- 10 Burak Ege Bekdil: Future of Turkey's indigenous Altay tank in question over foreign involvement, [defensenews.com](#), 13.11.2018
- 11 Unternehmenschronik, [northropgrumman.litef.com](#)
- 12 Christian Peiseler: Panzerketten-Hersteller Diehl ist verkauft - Standort Remscheid bleibt, [rp-online.de](#), 19.12.2014
- 13 Facing Finance: Das "Leopard"-Geschäft. Wer profitiert – Wer finanziert? Eine Stichprobe aus aktuellem Anlass, [facing-finance.org](#), Juli 2011
- 14 Dachverband Kritische Aktionäre: Pressemitteilung 30. März 2017, Daimler AG steigert Exporte von Militärfahrzeugen um fast ein Drittel, [aufschrei-waffenhandel.de](#), 30.3.2017
- 15 Edelstein in Anatolien: Das Werk Aksaray der Mercedes-Benz Türk A.Ş., [media.daimler.com](#)
- 16 Die Erfolgsgeschichte der Mercedes-Benz Türk A.Ş., [media.daimler.com](#)
- 17 Presidency of Defence Industries: Turkish Defence Products, [mfa.gov.tr](#), S.18
- 18 Drucksache 19/333 Kleine Anfrage der Abg. Cárdenas (DIE LINKE), betreffend polizeiliche Zusammenarbeit mit der Türkei und Antwort des Ministers des Innern und für Sport, [starweb.hessen.de](#), 27.6.2014
- 19 Drucksache 18/11212, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Die waffentechnische Zusammenarbeit Deutschlands mit der Türkei und die Folgen, [dip21.bundestag.de](#), 16.2.2017
- 20 Drucksache 18/4194, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan van Aken, Christine Buchholz, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Rüstungsexportentscheidungen des Bundessicherheitsrates, [dipbt.bundestag.de](#), 4.3.2015
- 21 Drucksache 19/2099, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Christine Buchholz, Heike Hänsel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. U-Boot-Exporte in die Türkei und andere Staaten, 7.5.2018
- 22 Maximilian Völkl: ThyssenKrupp. Unangenehmer Partner – was läuft da mit der Türkei?, [deraktionaer.de](#), 28.4.2017
- 23 Drucksache 18/4194, Drucksache 19/4129, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Christine Buchholz, Heike Hänsel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Rüstungsexporte Deutschlands im ersten Halbjahr 2018 nach Saudi-Arabien, in die Vereinigten Arabischen Emirate, die Türkei und andere Länder, 31.8.2018
- 24 Überwachungssoftware „made in Germany“ für türkische Behörden? Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Münchner Firmen, [ecchr.eu](#)
- 25 Strafanzeige von Gesellschaft für Freiheitsrechte, Reporter ohne Grenzen, European Center for Constitutional and Human Rights, Netzpolitik.org gegen Angehörige der Firmen Elaman GmbH, FinFisher GmbH und FinFisher Labs GmbH wegen Verstoßes gegen § 18 Abs. 2 Nr. 1 und § 18 Abs. 5 Nr. 1 des Außenwirtschaftsgesetzes, [freiheitsrechte.org](#), 4.7.2019

Das US-Militär: Auf Kriegsfuß mit dem Klima

von Marc Werner

Das Militär verbraucht ungeheure Mengen an fossilen Brennstoffen, zerstört die Umwelt und trägt wesentlich zum Klimawandel bei. Dennoch klafft in der heutigen Klimadiskussion über die Verursacher und Folgen des menschengemachten Klimawandels eine schwerwiegende Lücke: Die „Übersee-Aktivitäten“ des Militärs, die auch durch ein UNO-Mandat gedeckt sind, wurden - und zwar weltweit - aus dem Kyoto-Protokoll (1997) und dem Pariser Klimaschutzabkommen (2015) ausgeklammert. „Schließlich wurden internationale militärische Bunkertreibstoffe (= der Treibstoff aller Schiffe und Flugzeuge, die vor Ort für multilaterale Militäroperationen eingesetzt werden), von der Bilanzierung der Treibhausgasemissionen ausgeschlossen. Im Rahmen des im Dezember 1997 unterzeichneten Kyoto-Protokolls, bestanden die USA darauf, dass diese ‚Bunkertreibstoffe‘ nicht auf die Gesamtemissionen eines Landes angerechnet werden“, so Neta Crawford in ihrer Studie, die im Zentrum der folgenden Seiten stehen wird.¹

Das spätere Klimaabkommen von Paris, 2005, hat versucht, diese Lücke zu schließen. Auch nach dem Paris-Protokoll waren die Länder nicht verpflichtet, ihre militärischen Emissionen zu reduzieren, aber es hätte eben auch keine automatische Freistellung mehr für sie gegeben. Privaten Bemerkungen von US-Beamten nach der Klimakonferenz sei laut Guardian zu entnehmen gewesen, dass die verabschiedete Paris-Vereinbarung keinerlei Bestimmungen enthalte, die die Einhaltung der militärischen Dokumentationspflichten auf die eine oder andere Weise regle. So bliebe die Entscheidung darüber den Nationalstaaten überlassen, welche nationalen Sektoren vor 2030 Emissionssenkungen vornehmen sollten. Tätigkeiten wie Geheimdienstarbeit, Strafverfolgung, Notfallmaßnahmen, taktische Flotten und Bereiche, die als nationale Sicherheitsinteressen eingestuft würden, seien ebenfalls von der Meldepflicht ausgenommen.²

Da die USA aber in der Zwischenzeit schriftlich ihren angestrebten Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen bestätigt haben, entfällt für das US-Militär jegliche Dokumentationspflicht bezüglich ihrer Treibhausgasemissionen.³ Zwei aktuelle Studien versuchen nun die insgesamt recht lückenhaften Informationen über die desaströse Umweltbilanz des US-Militärs zu schließen. Beide belegen, dass das US-Militär einer der größten Klimasünder in der Geschichte ist. Das Pentagon verbraucht mehr flüssige Kraftstoffe und emittiert mehr Kohlenstoffe als die meisten Länder dieser Erde.

Bei der einen Studie handelt es sich um eine Arbeit von Wissenschaftlern der Durham University und der Lancaster University, die von der Royal Geographical Society in Großbritannien veröffentlicht wurde. Unter dem Titel „Hidden carbon costs of the ‘everywhere war’: Logistics, geopolitical ecology, and the carbon boot-print of the US military“ analysiert sie die Bedeutung des US-Militärs für den Klimawandel durch eine detaillierte Untersuchung ihrer globalen logistischen Lieferketten. Um ihre weltweite Dominanz zu konservieren, benötigen die Streitkräfte ein ausgedehntes Netzwerk an militärischer Infrastruktur, um so ihre Stützpunkte, illegalen Kriege und Regime-

Change-Operationen überall auf der Welt mit den nötigen Ressourcen zu versorgen (siehe Kasten).

Die andere Studie vom Juni 2019 ist die von Professor Neta C. Crawford von der Boston University. Ihre Ergebnisse fördern die überaus proble-

matische Rolle des US-Militärs in diesem Zusammenhang schonungslos zutage, weshalb es umso bedauerlicher ist, dass ihnen in den deutschen Medien so gut wie keine Beachtung geschenkt wurde. Aus diesem Grund soll im Folgenden eine ausführliche Auswertung dieser Studie folgen, die die bislang wohl detailliertesten Erkenntnisse in diesem Bereich ans Licht bringt.

Die Crawford-Studie: Das US-Militär als zentraler Treiber des Klimawandels

Die USA befinden sich seit Ende 2001 kontinuierlich im Krieg, wobei das US-Militär und das Außenministerium derzeit in mehr als 80 Ländern an Antiterroroperationen beteiligt sind.⁴ All dieser Einsatz massiver militärischer Gewalt erfordert Energie, viel Energie, der größte Teil davon in Form von fossilen Brennstoffen. Die im Juni 2019 von Neta C. Crawford von der Boston University veröffentlichte Studie untersucht detailliert den militärischen Kraftstoffverbrauch für die US-Kriege nach dem 11. September 2001 und die Auswirkungen dieses Kraftstoffverbrauchs auf die Treibhausgasemissionen.⁵

Die Rohdaten für die Statistiken der Studie beruhen hauptsächlich auf Informationen des US-Department of Energy (DOE). Die Schätzungen der Treibhausgasemissionen durch das US-Department of Defense (DOD) in dieser Analyse basieren auf Berechnungen von US-Regierungsdaten über den Kraftstoffverbrauch des US-Energieministeriums, umfassenden jährlichen Energiedaten und Nachhaltigkeitsberichten. Daten zu den standardisierten und nicht-standardisierten Treibhausgasemissionen nach Abteilungen, sind auf der Website des Energieministeriums für das Geschäftsjahr 2008 und die Geschäftsjahre 2010-2017 verfügbar. Darüber hinaus liefert das Energieministerium nicht standardisierte Kraftstoffverbrauchsdaten für den Energieverbrauch von Fahrzeugen und Geräten für andere Jahre.⁶

Das Papier gliedert sich in drei große Kapitel:

Teil I der Crawford-Studie beschreibt das Ausmaß und die Struktur des militärischen Treibstoffverbrauchs der USA, einschließlich des Öls, das die USA verwenden, um den Zugang zu Öl aus dem Persischen Golf zu sichern.

Teil II schätzt die Treibhausgasemissionen des US-Militärs und den Anteil dieser Emissionen an den großen US-Kriegen, die ja eine Folge der Terroranschläge des 11. September 2001 waren. Das US-Militär hat zwar mit der Reduzierung der Treibhausgasemissionen begonnen, aber es gibt noch viel Raum für deutlichere Einschnitte. Für Leser, die an weiteren Details interessiert sind, geht Anhang 1 der Crawford-Studie auf technische Fragen ein und fasst die Datenquellen für die besten Schätzungen der Treibhausgasemissionen zusammen, die die USA in den Kriegen von 2001 bis 2017 emittiert haben.

Teil III des Papiers fasst zusammen, wie das US-Militär die Auswirkungen der Ölabhängigkeit und des Klimawandels auf die nationale Sicherheit versteht. Das Pentagon betrachtet den

Logistikketten und versteckte Klimakosten

Ihre Informationen erhielten die Wissenschaftler der Lancaster University von der Defense Logistics Agency. Anfragen auf Basis des Freedom of Information Act an diese Behörde lieferten den Forschern die Basisdaten für ihre Untersuchung.

Die US Defense Logistics Agency-Energy (DLA-E), eine mächtige, aber nahezu unerforschte Subagentur innerhalb der größeren Defense Logistics Agency, die wiederum eine Unterabteilung des US-Verteidigungsministeriums darstellt, ist der wichtigste Einkaufsknoten für kohlenwasserstoffbasierte Kraftstoffe für das US-Militär – und ein mächtiger Akteur auf dem globalen Ölmarkt.

Die Studie beschäftigt sich mit den logistischen Praktiken der DLA-E – basierend auf „just-in-time“-Lieferkettentechnologien und Lieferkapazitäten, die in Zusammenarbeit mit leistungsstarken multinationalen Konzernen entwickelt wurden – und zeigt wie die materielle Infrastruktur des DLA-E arbeitet.

Zusammenfassend kann man sagen: Die Defense Logistics Agency überwacht die massiven globalen Lieferketten des US-Militärs – von Energie, Dienstleistungen, Munition und Teilen bis hin zur Wartung für militärische Operationen.

Die Unteragentur DLA-E arbeitet speziell daran, den Energiebedarf aller US-Bundesbehörden sowie multinationaler Unternehmen, privater Auftragnehmer und mit den USA verbundener Länder zu decken. Die DLA-E verfügt über eine weltweite Vertriebsinfrastruktur für die Lieferung von Kohlenwasserstoffkraftstoffen und bietet logistische und planerische Unterstützung für die geografischen Kampfkommandos und Kriegszonen des US-Militärs auf der ganzen Welt. Die DLA-E ist auch der wichtigste Einkaufsmarkt kohlenwasserstoffbasierter Kraftstoffe für das US-Militär, sowohl national als auch international.¹

Co-Autor Dr. Patrick Bigger, vom Lancaster University Environment Center, sagt: „Basierend auf unseren DLA-E-Datensätzen untersuchen wir, wie es möglich wird, die für aktuelle militärische Operationen benötigte Menge an Brennstoffen zu beschaffen, zu verteilen, zu lagern und zu verbrauchen. Es ist wichtig zu beachten, dass dies ein Teilbild [und somit ein Teil der versteckten Kriegskosten] des Kohlenstoff-Fußabdrucks des US-Militärs ist.“

Doch ihre Klimapolitik ist grundsätzlich widersprüchlich – angesichts der Auswirkungen des Klimawandels und der Tatsache, dass es der größte institutionelle Verbraucher von Kohlenwasserstoffen der Welt bleibt, ist das US-Militär [für die kommenden Jahre] gefangen, aufgrund ihrer Abhängigkeit von bereits bestehenden Flugzeugen und Kriegsschiffen für [unbefristete] Operationen rund um den Globus.²

Anmerkungen

- 1 Belcher, Oliver, Bigger, Patrick, Neimark, Ben, Kennely, Cara; Hidden carbon costs of the “everywhere war”: Logistics, geopolitical ecology, and the carbon boot-print of the US military, Royal Geographical Society 19.06.2019.
- 2 Oliver Belcher et al., a.a.O.



Klimawandel als eine Bedrohung für ihre militärischen Einrichtungen und Operationen, sowie für die nationale Sicherheit, ab dem Zeitpunkt, wo der Klimawandel zu Massenmigration, Konflikt und Krieg führt.

Der beste Schätzwert der Treibhausgasemissionen des US-Militärs von 2001, als die Kriege mit der US-Invasion in Afghanistan begannen, bis 2017, ergibt, dass das US-Militär in diesem Zeitraum 1.212 Millionen Tonnen Treibhausgase (gemessen in CO₂-Äquivalent oder CO₂e⁷) freigesetzt hat.

In einem Jahr sind die Emissionen des Pentagons größer als die gesamten Treibhausgasemissionen vieler kleinerer Länder. Beispielsweise betrugen die Treibhausgasemissionen des US-DOD (Department of Defense) im Jahr 2017, 59 Millionen Tonnen (ohne biogene Emissionen) CO₂e. Damit waren die Emissionen des Pentagons im selben Jahr höher als in Finnland mit 46,8 Millionen Tonnen, in Schweden mit 50,8 Millionen Tonnen und in Dänemark mit 33,5 Millionen Tonnen CO₂e.⁸

Die DOD-Emissionen für alle militärischen Operationen von 2001 bis 2017 werden auf etwa 766 Millionen Tonnen CO₂e geschätzt. Es wird angenommen, dass die gesamten „kriegsbezogenen“ Emissionen in den hauptsächlichen Kriegsgebieten Afghanistans, Pakistans, des Irak und Syriens mehr als 400 Millionen Tonnen CO₂e betragen haben.

Die oben genannte Schätzung konzentriert sich nur auf die direkten militärischen Emissionen des DOD. Eine vollständige Abrechnung der mit dem Krieg und seiner Vorbereitung verbundenen Gesamtemissionen würde jedoch auch die Treibhausgasemissionen der Rüstungsindustrie umfassen. Die Militärindustrie beschäftigt direkt etwa 14,7 Prozent aller Menschen im US-Fertigungssektor. Unter der Annahme, dass die relative Größe der direkten Beschäftigung in der heimischen US-Militärindustrie ein Indikator für den prozentualen Anteil der Militärindustrie an der US-Industrie ist, wird das Größenverhältnis der militärischen Treibhausgasemissionen auf rund 15 Prozent der gesamten US-Industrie-Treibhausgasemissionen geschätzt.

Deshalb kommt Crawford zu folgendem Resümee: „Wenn die Hälfte dieser militärisch bedingten Emissionen auf die Kriege nach dem 11. September zurückzuführen ist, dann hat die US-Kriegsproduktion von 2001 bis 2017 etwa 2.600 (!) Millionen Megatonnen CO₂-Äquivalentes Treibhausgas ausgestoßen, was durchschnittlich 153 Millionen Tonnen CO₂e pro Jahr entspricht.“⁹

Nimmt man jetzt die akkumulierten CO₂-Emissionen zusammen, ergibt ein Vergleich: Die in Deutschland mit Benzin und Diesel betriebenen Pkw, Lkw und Busse waren 2015 verantwortlich für 155,7 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß.¹⁰

Oder: Mehr als die dreifache Menge an Treibhausgasemissionen, die Schweden 2017 (50,8 Millionen Tonnen) verbraucht hat.

Oder: Fast so viel in einem Jahr, wie Dänemark – eine entwickelte Industrienation – in fünf Jahren(!) ausschöpft.

Doch das Pentagon erkennt nicht an, dass der eigene Treibstoffverbrauch einen wesentlichen Beitrag zum Klimawandel leistet. Dabei könnte das Pentagon die Treibhausgasemissionen des US-Militärs auf verschiedene Weisen reduzieren. Diese Alternativen werden in Anhang 2 näher erläutert. Denn ohne eine Änderung der US-Treibstoffpolitik wird der Treibstoffverbrauch des US-Militärs zwangsläufig weiterhin hohe Treibhausgasemissionen verursachen. Diese Treibhausgase, kombiniert mit anderen US-Emissionen, werden dazu beitragen, dass die vom US-Militär vorhergesagten Alptrauumszenarien (s.u.) sich letzten Endes auch bewahrheiten.

I. Energie- und Treibstoffverbrauch des US-Militärs

Hauptquelle des fossilen Brennstoffverbrauchs sind Krieg und dessen Vorbereitung. Das DOD ist der größte Einzelverbraucher von Energie in den USA und in der Tat der größte institutionelle Verbraucher von Erdöl weltweit.¹¹

Abbildung 2 zeigt den Gesamtenergieverbrauch der US-Bundesregierung im Vergleich zum Energieverbrauch des DOD. Von 1975 bis 1990 war der Energieverbrauch des DOD im Wesentlichen konstant. Während des Golfkriegs 1991 stellten US-Allianzpartner, hauptsächlich Saudi-Arabien, einen Großteil des in diesem Krieg verwendeten Treibstoffs zur Verfügung.¹² Nach dem Golfkrieg von 1991 und mit dem Ende des Kalten Krieges ging der militärische Energieverbrauch der USA bis zu den Anschlägen vom 11. September zurück. Im Jahr 2001, als Folge des Einmarsches in Afghanistan, stieg der Energieverbrauch des DOD und erreichte 2005 den höchsten Stand seit einem Jahrzehnt.

Seit 2001 verbraucht das DOD konstant zwischen 77 und 80 Prozent (!) des gesamten Energieverbrauchs der US-Regierung. Warum verbraucht das US-Militär so viel Energie? Eine hochtechnologische Armee wie die der USA beansprucht Ausrüstung, welche mit unglaublicher Geschwindigkeit Treibstoff verschwendet. Auch der logistische „Schwanz“ und die Anlagen, die den Betrieb unterstützen, sind extrem kraftstoffintensiv. Selbst die ungepanzerten Fahrzeuge des Militärs sind bekanntlich ineffizient. So verbrauchen die rund 60.000 HUMVEEs¹³, die in der Flotte der US-Armee verbleiben, eine Gallone (= 4,404 Liter) Dieselmotorkraftstoff auf vier bis acht Meilen (eine Meile = 1,609 Km), was 45,681 Liter/100Km entspricht. Die Kohlenstoffemissionen pro Barrel Öl betragen 0,43 Tonnen. Die Humvee-Flotte verbrennt damit in einem Jahr das Äquivalent von 2.056.705 Barrel Öl, was allein 888.345 Tonnen an Treibhausgasemissionen entspricht.¹⁴

Mit anderen Worten: Eine absolut vernichtende Treibstoffbilanz, die eher an die Technologie des vorigen Jahrhunderts erinnert.

Das Profil des Energieverbrauchs fossiler Brennstoffe sieht anders aus, wenn man die „Betriebsenergie“ betrachtet. Der operative Energieverbrauch, definiert als die Energie, die „für die Ausbildung, das Bewegen und den Unterhalt von Streit-

kräften und Waffenplattformen benötigt wird“, macht 70 Prozent des Energieverbrauchs des DOD aus.

Die am häufigsten in Einsätzen verbrauchte Energie wird in Form der Treibstoff-Käufe von Jet- (JP-8 und JP-5) und Dieselmotorkraftstoff verbraucht. Der operative Einsatz variiert natürlich je nachdem, was das US-Militär in einem bestimmten Jahr unternimmt, abhängig von der Anzahl seiner permanenten oder punktuellen Missionen. Wenn die USA Krieg führen, was sie die meiste Zeit ihrer Geschichte auch tun¹⁵, wird der Verbrauch von Jet- und Dieselmotorkraftstoffen extrem zunehmen. Das Verhältnis des Energieverbrauchs hängt von den Arten der Operationen ab, die die Militärs durchführen – ob der Krieg oder eine bestimmte Phase des Krieges land- oder luftintensiv ist.

Kein Wunder also, zeigen die „ökologischen Fußabdrücke“ der Kriege und Besetzungen der USA fast den gesamten US-Militärverbrauch fossiler Brennstoffe. Insgesamt kauften die USA von 1998 bis 2017 2,4 Milliarden (!) Barrel Erdöl-kraftstoff.

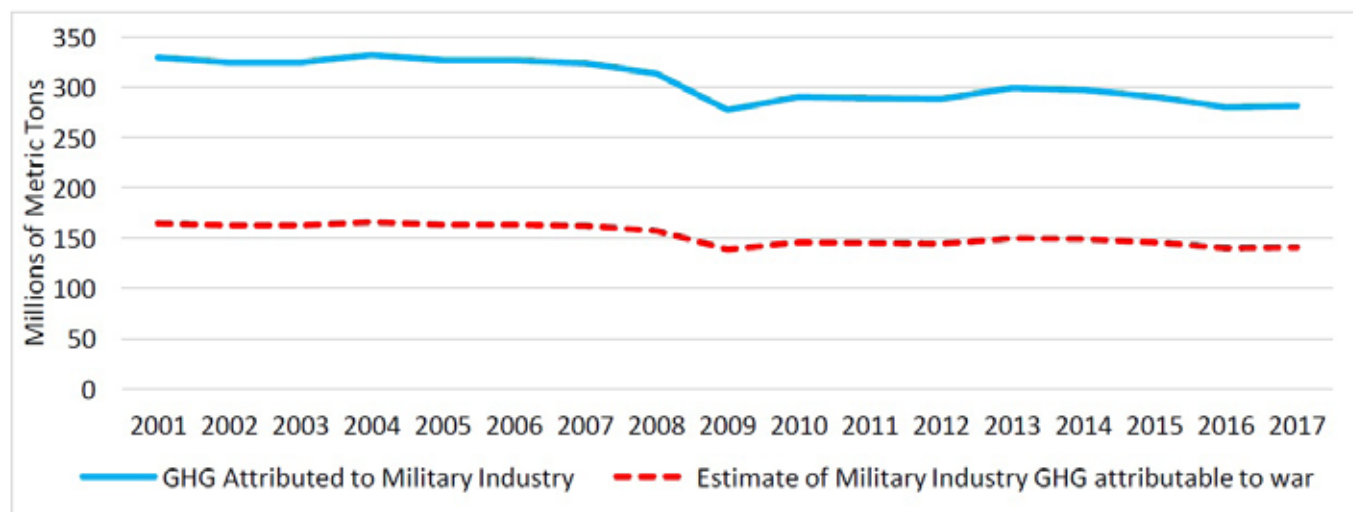
Ein Barrel Öl entspricht knapp 159 Liter. Umgerechnet ergibt das also die astronomische Zahl von mindestens 381.600.000.000 Liter Rohöl, die in nur 19 Jahren verbraucht wurden. Durchschnittlich also über 20.000.000.000 Liter Erdöl pro Jahr. Betrachtet man diese Zahlen, so wird verständlich warum die USA fünf (!) Erden pro Jahr (ver)brauchen¹⁶, um ihren verschwenderischen Wohlstand auf Kosten der übrigen, vor allem der Dritten Welt, zu garantieren. Es ist der Unwille auf Basis der eigenen Ressourcen und Mittel zu leben.

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 haben die jährlichen Kraftstoffkäufe durchschnittlich mehr als 120 Millionen Barrel aller Kraftstoffarten betragen. Die Käufe sind in den letzten Jahren etwas zurückgegangen, da die USA ihre Operationen im Irak und in Afghanistan reduziert haben und so sank der Verbrauch von 2013-2017 durchschnittlich auf immer noch horrende ca. 100 Millionen Barrel pro Jahr.

II. Schätzung der Treibhausgasemissionen des US-Militärs und den Auswirkungen der jüngsten Kriege

Wie viel Treibhausgas emittiert das US-Militär, und wie verteilen sich diese Emissionen zwischen Basis- und Übersee-Einsätzen?

Abbildung 1: Die gesamten militärisch bedingten Treibhausgasemissionen (einschl. Industrie)



Quelle: Crawford, Neta C.: *Pentagon Fuel Use, Climate Change, and the Costs of War*, Boston University, June 12, 2019. Abdruck mit freundlicher Genehmigung durch die Autorin.

Laut Crawford gibt es zahlreiche Quellen von Treibhausgasen im Zusammenhang mit Krieg und seiner Vorbereitung. Sie nennt konkret sieben Hauptquellen von Treibhausgasemissionen, die man berücksichtigen sollte.

- „1. Gesamte militärische Emissionen für Anlagen und Nicht-Kriegseinsätze“;
- „2. Kriegsbedingte Emissionen des US-Militärs bei Notfalloperationen in Übersee“;
- „3. Emissionen der US-Militärindustrie, z.B. für die Herstellung von Waffen und Munition“;
- „4. Emissionen, die verursacht werden, wenn Erdöl direkt ins Visier genommen wird, so gesehen die absichtliche Verbrennung von Ölquellen und Raffinerien durch alle Kriegsparteien“;
- „5. Emissionsquellen durch andere Kriegsparteien“;
- „6. Energieverbrauch beim Wiederaufbau der beschädigten und zerstörten Infrastruktur“;
- „7. Emissionen aus anderen Quellen, wie z.B. Feuerlösch- und Löschmittel, einschließlich Halon, einem Treibhausgas, und von Explosionen und Bränden aufgrund der Zerstörung von Nicht-Erdölzielen im Kriegsgebiet.“¹⁷

Crawford konzentriert sich in ihrer Studie auf die ersten beiden Quellen: Militärische Treibhausgasemissionen insgesamt und kriegsbedingte Emissionen – und diskutiert kurz die militärischen Industrieemissionen.

Militärische Anlagen im In- und Ausland machen etwa 40 Prozent der Treibhausgasemissionen des DOD aus. Dabei ist Flugtreibstoff ein wesentlicher Bestandteil der militärischen Nutzung und damit der Treibhausgasemissionen. Während jeder Luftmission blasen Flugzeuge hunderte von Tonnen CO₂ in die Luft, ganz zu schweigen von den Unterstützungsaktivitäten der Marine- und Bodenstationen für diese Luftmissionen.

Die US-Kriege in Afghanistan und im Irak begannen mit tagelangen massiven Luftangriffen. Darüber hinaus wurde in jedem Fall Material und Personal in die Kriegsgebiete geflogen und Basen eingerichtet. Auch der US-Krieg gegen ISIS in Syrien und im Irak, der im August 2014 begann, hat Zehn-

tausende von Flugzeugeinsätzen für verschiedene Missionen – von der Aufklärung über die Luftbrücke bis hin zur Betankung und dem Bombeneinsatz – mit sich gebracht. Beispielsweise muss ein B-2 Bomber, begleitet von 15 KC-135- und KC-10-Lufttankern, viele Male in der Luft aufgetankt werden, bis er den Nahen Osten erreicht.

Pat Elder, Mitglied von World Beyond War, schreibt, dass Amerika während der Invasion des Irak im Jahr 2003 29.200 Luftangriffe durchgeführt hat. US-Luftstreitkräfte führten in den nächsten acht Jahren mindestens weitere 3.900 Luftangriffe im Irak durch, bevor die irakische Regierung schließlich den Abzug der US-Besatzungstruppen aushandelte. Inzwischen haben die USA seit 2002 mindestens 38.100 (!) Luftangriffe in Afghanistan durchgeführt. Auch die Seestreitmacht der USA ist ein gewaltiger Klimasünder. Die US Navy nutzt mehr als 180 Kernreaktoren, um über 140 U-Boote und Überwasserschiffe anzutreiben, darunter alle 11 US-Flugzeugträger und 70 U-Boote. Obwohl Atomreaktoren keine direkten Kohlendioxidemissionen erzeugen, erfordern die Prozesse zum Abbau und zur Raffinerie von Uranerz und zur Herstellung von Reaktorbrennstoff massive Energiemengen. Nukleare U-Boote und Schiffe haben einen gewaltigen CO₂-Fußabdruck.¹⁸

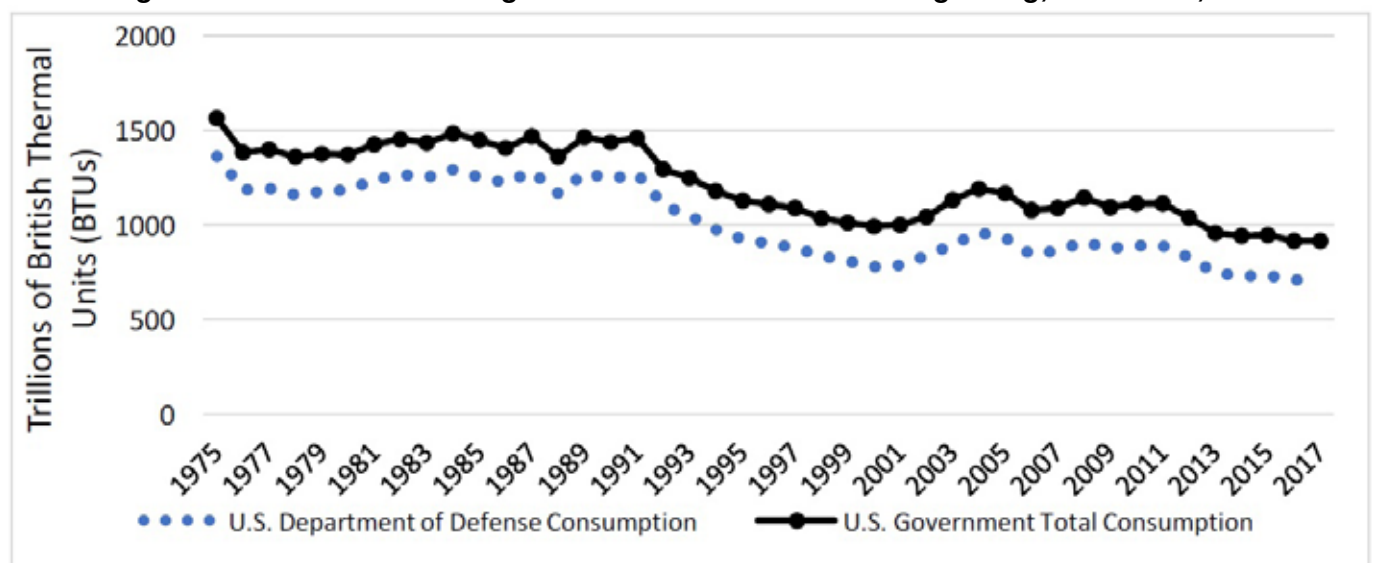
III. Bedrohungen der nationalen Sicherheit durch Ölabhängigkeit und Klimawandel

Laut Neta Crawford überschneiden sich hier drei nationale Sicherheitsbedenken:

Erstens die Sorge der US-Regierung über die Abhängigkeit der USA vom Persischen Golföl. Gleichzeitig steht ein beträchtlicher Teil des operativen Treibstoffverbrauchs des Militärs in Zusammenhang mit den Missionen, die mit dem Schutz des Zugangs zu Öl und dem Schutz der Systeme verbunden sind, die den US-amerikanischen und globalen Zugang zu Öl gewährleisten. Einige halten diese Missionen für lebenswichtig, während andere sich fragen, ob sie noch notwendig sind.

Unabhängig davon, ob diese Unternehmungen von wesentlicher Bedeutung sind oder nicht, sind Maßnahmen zur Sicherstellung des Zugangs zu Erdöl teuer, ganz zu schweigen von

Abbildung 2: DOD und Gesamtenergieverbrauch der US-Bundesregierung, 1975-2017, in BTUs



Die obere schwarz gestrichelte Linie zeigt den gesamten Energieverbrauch (BTU₃₄) der US-Regierung im Zeitraum von 1975 bis 2017 an. Die blau gestrichelte Linie gibt den prozentualen Anteil des DOD an diesem Gesamtverbrauch an. Quelle: Crawford, Neta C.: *Pentagon Fuel Use, Climate Change, and the Costs of War*, Boston University, June 12, 2019

ihrer Kraftstoffintensität. Nach einer Schätzung belaufen sich die jährlichen zusätzlichen Kosten zum Schutz der Bedrohungen, die den ungehinderten Zugriff auf das Öl des Persischen Golfs gefährden, auf etwa 5 Milliarden Dollar. Nach einer anderen Schätzung geben die USA mindestens 81 Milliarden Dollar pro Jahr für die Verteidigung der globalen Ölversorgung aus.¹⁹

Zweitens ist das DOD zunehmend besorgt darüber, dass der Klimawandel gleichzeitig Bedrohung und Herausforderung für das Militär selbst darstellt, insbesondere für militärische Einrichtungen und Operationen. Dies ist verbunden mit der Sorge, dass die Treibstoffabhängigkeit das US-Militär verwundbar macht. Die USA haben deswegen versucht, ihren Kraftstoffverbrauch zu reduzieren, sodass sie weniger abhängig von fossilen Brennstoffen sind.²⁰

Und drittens befasst sich das Pentagon mit den Bedrohungen, die der Klimawandel für die internationale Sicherheit darstellt, nämlich massive Migration und potenzielle Kriege. Jedoch scheint das US-Militär sich nicht bewusst zu sein, inwieweit seine Aktivitäten – Sicherung des Zugangs zum Öl des Persischen Golfs, die Kriege und der Energieverbrauch ihrer Anlagen – auch Treiber der Emissionen, und damit mitverantwortlich für den Klimawandel sind.²¹

In der Nationalen Sicherheitsstrategie 2015 sagte die Obama-Regierung: „Der Klimawandel ist eine dringende und wachsende Bedrohung für unsere nationale Sicherheit und trägt zu zunehmenden Naturkatastrophen, Flüchtlingsströmen und Konflikten um grundlegende Ressourcen wie Nahrung und Wasser bei. Die heutigen Auswirkungen des Klimawandels sind von der Arktis bis in den Mittleren Westen zu spüren. Steigender Meeresspiegel und Sturmfluten bedrohen Küstenregionen, Infrastruktur und Eigentum. Die Weltwirtschaft wiederum leidet, verschlimmert wird dies durch die steigenden Kosten für die Vorbereitung und Wiederherstellung der [zerstörten] Infrastruktur.“²²

In der jüngsten Nationalen Sicherheitsstrategie ignorierte die Trump-Administration den Klimawandel. Als Reaktion darauf schrieben mehr als 100 Mitglieder des Kongresses im Januar 2018 an den Präsidenten, um die Risiken hervorzuheben und den Präsidenten aufzufordern, den Klimawandel in die Berichterstattung der Nationalen Sicherheitsstrategie miteinzubeziehen.²³

In jedem Fall hat das Pentagon seinen Einsatz erneuerbarer Energien seit 2009 verstärkt. Das Militär hat massiv in die Solarenergie und andere erneuerbare Energien investiert und die Erzeugung erneuerbarer Energien zwischen 2011 und 2015 verdoppelt. Trotzdem hat die Umstellung auf diese Energien Einsparungen bei den sogenannten Emissionsausgleichswerten von weniger als ein (!) Prozent der Treibhausgasemissionen des US-DOD bewirkt.

Das Pentagon erkennt jedoch nicht an, dass sein eigener Treibstoffverbrauch ein Teil des Problems ist, oder dass eine Verringerung des Treibstoffverbrauchs ein potenziell wichtiger Weg ist, um die Risiken klimabedingter nationaler Sicherheitsrisiken zu verringern, so Neta Crawford.

Zusammenfassend geht das DOD davon aus, dass der Klimawandel eine Katastrophe für die Institution und den Planeten sein wird. Egal was sie tun, auch wenn sie glauben, dass sie weiterhin den Zugang zum Öl des Persischen Golfs schützen müssen, damit die USA und der Rest der Welt so viel Öl verbrennen können wie sie wollen – und zwar zu einem so niedrigen Preis pro Barrel wie möglich. Das Pentagon konzentriert seine Bemühungen auf die Anpassung an den Klimawandel

und die Vorbereitung auf klimabedingte Unsicherheiten, auch wenn es weiterhin dafür sorgt, dass die Amerikaner relativ kostengünstigen Zugang zu importiertem Öl haben.

In ihrer Schlussfolgerung weist Neta Crawford auf folgende wichtige Punkte hin: Selbst wenn die USA öffentlich zusichern, dass sie ihre militärische Präsenz in Afghanistan, Irak und Syrien verringern werden, so haben die Vereinigten Staaten trotz alledem in den letzten Jahren mit einem massiven Ausbau ihrer militärischen Kapazitäten begonnen. Der US-Militärhaushalt ist größer als je zuvor seit dem Ende des Kalten Krieges und erreicht jedes Jahr neue Höchststände (Im Jahr 2018 beliefen sich die Militärausgaben der USA auf rund 649 Milliarden US-Dollar.²⁴). Die USA scheinen bestrebt zu sein, den Persischen Golf auch weiterhin zu überwachen. Hinzu kommt die verschärfende militärische Konfrontation mit China und eine zunehmende militärische Präsenz in Afrika. Alle diese Aktivitäten erfordern Kraftstoff- und Energieverbrauch und tragen enorm dazu bei, dass sich der anthropogene Klimawandel weiter verschlimmern wird.

Laut Crawford haben die USA eine wichtige politische Entscheidung zu treffen: Richten sie ihre Außenpolitik und militärische Präsenz weiterhin darauf aus, den Zugang zu fossilen Brennstoffen zu sichern? Oder reduzieren sie den Einsatz fossiler Brennstoffe, einschließlich der eigenen Abhängigkeit des Militärs drastisch und vermindern damit die Notwendigkeit den Zugang zu den Ölressourcen militärisch zu überwachen?

Eine Verringerung des militärischen Treibstoffverbrauchs wäre in vierfacher Hinsicht von Vorteil, argumentiert Professor Crawford.

Erstens: Wenn die USA ihre Abhängigkeit vom Öl verringern würden, könnten die Vereinigten Staaten die Treibstoffressourcen, die sie zur Verteidigung des Zugangs zum Öl verwenden, reduzieren. Gleichzeitig könnte Amerika dann das Ausmaß der US-Militärpräsenz in der Region neu bewerten und seine Beziehungen zu Saudi-Arabien (Das saudische Regime ist, noch vor den USA, der größte Sponsor des globalen Terrorismus auf diesem Planeten²⁵) und anderen Verbündeten in der Region auf den Prüfstand stellen. Die USA würden (sicherheits-)politische Vorteile ernten, einschließlich der Verringerung der Abhängigkeit der Truppen auf dem Feld vom Öl und von denjenigen, die es bereitstellen.

Zweitens: Durch die drastische Senkung des Verbrauchs an fossilen Brennstoffen würde das US-Militär die gesamten Treibhausgasemissionen der Vereinigten Staaten signifikant reduzieren und vielleicht die Kohlenstoffsequestrierung (= Kohlenstoff aus der Atmosphäre entfernen und in Boden und Bäumen fixieren) fördern, sollte auf geschlossenen Basen wieder aufgeforstet werden. Es gibt viele Möglichkeiten, dies zu tun, so etwa Maßnahmen wie die Verringerung des Kraftstoffverbrauchs und der Verwendung alternativer Kraftstoffe, die das Pentagon in bescheidenerem Umfang bereits getan hat. Außerdem dürften einige Basisschließungen aufgrund des Klimawandels selbst ohnehin erforderlich sein.

Eine deutlichere Reduzierung der Treibhausgasemissionen, so Crawford, wird am effektivsten durch eine Umstrukturierung der US-Militärpräsenz erreicht, einschließlich der Verringerung weltweiter militärischen Operationen und Anlagen, neben der kompletten Schließung von Stützpunkten in den USA. Die Stilllegung der militärischen Basen könnte auch zu einer erheblichen Kohlenstoffbindung führen, wenn diese öffentlichen Flächen wieder aufgeforstet werden. Anhang 2 der Studie liefert diesbezüglich bescheidene Vorschläge für Maßnahmen des US-Kongresses.



Quelle: [unsplash.com](https://unsplash.com/photos/72072-Tübingen) / Daniel Klein

Drittens: Das Pentagon würde durch die Verringerung des Einsatzes von Treibstoffen (in Verbindung mit Emissionsreduzierungen in anderen Sektoren) – die gewaltig zu den Treibhausgasemissionen beitragen – seinen (wichtigen) Anteil zu den damit verbundenen Bedrohungen des Klimawandels für die nationale Sicherheit leisten (s.o.). Tatsächlich könnte das Pentagon eine extrem wichtige Rolle bei der Verringerung der schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels – und aller potenziellen Sicherheitsfolgen der globalen Erwärmung – spielen, anstatt nur auf die globalen Verwüstungen zu reagieren oder „aufzuräumen“ (was im Militär Jargon nichts anderes als sinnlose Gewalt und Krieg bedeutet), nachdem diese Auswirkungen bereits eingetreten sind.

Und Viertens: Die USA könnten als Folge der geringeren Ausgaben für Treibstoff und ihrer Operationen zur Gewährleistung des sicheren Zugangs zu Erdöl langfristig die Militärausgaben der USA senken und ihre Wirtschaft auf produktivere, sprich nachhaltige Aktivitäten ausrichten.

Wenn das US-Militär mehr von seinem Energieverbrauch auf erneuerbare Energien umstellt, würde dies die Industrie für erneuerbare Energien in den USA stimulieren, mit erheblichen wirtschaftlichen Vorteilen für die gesamte US-Wirtschaft.²⁶

Zusammenfassend lassen sich wichtigsten Befunde der Studie auf folgenden Punkt bringen: Die Reduzierung des fossilen Brennstoffverbrauchs des Pentagon hätte enorm positive und kaum zu überschätzende Auswirkungen auf den Klimawandel, den Umweltschutz allgemein, die Bewahrung der Artenvielfalt und am wichtigsten natürlich, den Frieden.²⁷

Fazit

Die Zeit läuft ab und es wird schlimmer. Zu diesem Schluss kommt ein neuer Sonderbericht des Weltklimarats IPCC. Der Bericht bestätigt, dass sich der Klimawandel immer fataler und einschneidender auf die Weltmeere und die Kryosphäre (Gesamtheit des in gefrorenem Zustand auf der Erde vorkommenden Wassers) auswirkt. Eine geringe Hoffnung die schlimmsten Auswirkungen zu vermeiden besteht noch: Es muss zu drastischen und sofortigen Einsparungen bei den CO₂-Emissionen kommen.²⁸

Aus den bisherigen Studien und Untersuchungen kann man schlussfolgern, dass das Militär – neben der industriellen Landwirtschaft (eine der zerstörerischsten Industrien und schlimmsten Klimasünder dieses Planeten²⁹) und den fossilen Konzernen (die Rohstoffkonzerne sind in besonders großem Umfang mit maßloser Umweltzerstörung, Kinderarbeit und Kriegen verbunden³⁰) – weltweit der wahrscheinlich bedeutendste institutionelle Umweltverschmutzer ist. Es ist nur logisch anzunehmen, dass die desaströse Umweltbilanz des US-Militärs auch auf alle anderen Militärmaschinerien dieses Planeten überschrieben werden kann, nur eben nicht in diesem gigantischen Ausmaß, betrachtet man die größten globalen Rüstungshaushalte.

Ein bedeutender Anteil der Maßnahmen gegen den menschengemachten Klimawandel müsste deshalb eine umfassende Abrüstung beinhalten, stattdessen geschieht genau das Gegenteil. Leider machen auch die Leitmedien gekonnt einen

großen Bogen um dieses heiße Eisen. Eine Treffersuche der bahnbrechenden Untersuchung von Neta Crawford zeigte ein kollektives journalistisches Totschweigen. Egal ob ARD, ZDF, Deutschlandfunk & Co über SPIEGEL (Slogan: „SPIEGEL-Leser wissen weniger“), ZEIT, TAZ, FAZ, WELT, SZ (Süddeutsche Zeitung), diversen überregionalen Tageszeitungen wie FR (Frankfurter Rundschau) oder Berliner Morgenpost (unsere selbsternannten Flaggschiffe der Demokratie), bis hin zu dem absoluten Tiefpunkt des seriösen Journalismus BILD – keinerlei Treffer.

Da die notwendigen Veränderungen nicht freiwillig geschehen, muss ein organisierter, gesellschaftlich weltumspannender Druck entstehen, der von allen Schichten der Gesellschaft unterstützt und getragen wird. Nur so kann es zu ernsthaften, positiven und dringend erforderlichen Systemveränderungen kommen. Der weltweite Protest von Extinction Rebellion, Fridays for Future, indigener Völker, der Gelbwesten, ATTAC, zahlloser Umweltverbände wie Greenpeace u.v.a. zeigt beispielhaft, wie dieser notwendige Widerstand entstehen kann.

Friedensbewegung und Umweltschutzorganisationen sollten zudem an einem Strang ziehen und eng miteinander kooperieren, denn sie alle eint derselbe Feind. Den Ruf nach einer Beendigung der Umweltzerstörung durch Militär und Kriege sollten sowohl Umweltbewegung wie auch Friedensbewegung als zentrale Forderung an die Politik adressieren.

Anmerkungen

- 1 Crawford, Neta C.: Pentagon Fuel Use, Climate Change, and the Costs of War, S.25, Boston University, 12.06.2019.
- 2 Neslon, Arthur: Pentagon to lose emissions exemption under Paris climate deal, The Guardian, 14.12.2015.
- 3 USA reichen bei den Vereinten Nationen den Austritt aus dem Klimaabkommen ein, wollen aber in der internationalen Klimapolitik weiter mitreden: NZZ, 5.8.2017.
- 4 Crawford a.a.O.
- 5 Crawford a.a.O.
- 6 Crawford a.a.O.
- 7 Die Konzentration der Klimagase Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄) und Distickstoffoxid (N₂O, Lachgas) in unserer Atmosphäre ist so hoch wie seit 800 000 Jahren nicht mehr. Da diese Gase unterschiedlich stark auf den Treibhauseffekt wirken, aber auch in ganz unterschiedlichen Mengen emittiert werden, spricht man (in Relation) zusammengefasst von Gigatonnen CO₂-Äquivalenten (Gt CO₂-eq); Stefan Kreutzberger: Tanz auf dem Vulkan, Hintergrund, 12.09.2019.
- 8 https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_CO2-Emission
- 9 Crawford a.a. O.
- 10 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur: Energie auf neuen Wegen-Aktuelles zur Weiterentwicklung der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung, Stand April 2018.
- 11 Crawford a.a.O.
- 12 Crawford a.a.O.
- 13 Das High Mobility Multipurpose Wheeled Vehicle [kurz: HMMWV, der Einfachheit halber meist Humvee genannt] ist ein geländegängiges Fahrzeug, das als Nachfolger des M151 für die US-amerikanische Armee entwickelt wurde und seit 1985 von dem US-amerikanischen Hersteller AM General in verschiedenen Versionen produziert wird. https://de.wikipedia.org/wiki/High_Mobility_Multipurpose_Wheeled_Vehicle
- 14 Elder, Pat: Workshop #2 Impact of the US military on climate change, Ramstein, Juni 2019.
- 15 Die Vereinigten Staaten von Amerika haben in 231 Jahren seit ihrer Gründung, insgesamt 219 mal selbst Krieg geführt, militärisch interveniert oder waren in kriegsähnliche Handlungen verwickelt, beispielsweise über eine Geheimdienstbeteiligung an

- Terroranschlägen, Putsch- und Umsturzversuchen auf dem Territorium eines anderen Staates. Dabei wurde die USA nur einziges Mal selbst angegriffen (1815): https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Milit%C3%A4roperationen_der_Vereinigten_Staaten
- 16 Bundeszentrale für politische Bildung: Ökologischer Fußabdruck und Biokapazität, 01.09.2017.
 - 17 Crawford a.a.O.
 - 18 Elder, Pat: Workshop #2 Impact of the US military on climate change, Ramstein, Juni 2019
 - 19 Crawford a.a.O.
 - 20 Crawford a.a.O.
 - 21 Crawford a.a.O.
 - 22 Crawford a.a.O.
 - 23 Crawford a.a.O.
 - 24 Statista: Ranking der 15 Länder mit den weltweit höchsten Militärausgaben im Jahr 2018 (in Milliarden US-Dollar), 2019.
 - 25 Terrorist Financing, Financial Action Task Force (FATF) Report to G20 Leaders, June 2019.
 - 26 Crawford a.a.O.
 - 27 Crawford a.a.O.
 - 28 IPCC: Special Report on the Ocean and Cryosphere in a Changing Climate, 25.9.2019.
 - 29 Die fünf größten Fleisch- und Milchkonzerne kommen zusammen auf einen höheren Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase als die größten Ölmultis und kommen demnach auf Emissionen von insgesamt 578 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent pro Jahr; Verena Kern: Fleischindustrie rechnet Klimalast klein, 18.7.2018.
 - 30 Greenpeace Switzerland Magazin 4/2014 DE, 1.12.2014.

Bei dem hier abgedruckten Text handelt es sich um eine stark gekürzte Version der gleichnamigen IMI-Studie 2019/7. Sie kann wie immer gratis von der IMI-Internetseite [heruntergeladen](#) oder im Zehnerpack (10 Euro) in Print bestellt werden.



Nachhaltige Bundeswehr?

Die Nachhaltigkeitsberichte des BMVg in Zeiten des Klimawandels

von Karl-Heinz Peil

Der Begriff Nachhaltigkeit spielt heute im politischen Diskurs eine wesentliche Rolle. Dabei geht es vor allem um die Umwelt- und Klimapolitik, aber auch um die damit zusammenhängende Politik des globalen Nord-Süd-Konfliktes. Für zivilgesellschaftliche Forderungen ist dieser Begriff aber eher problematisch, da allein schon dessen inflationäre Verwendung auf einen Missbrauch für eine letztlich „weiter so“-Politik hindeutet. Dieser Eindruck drängt sich natürlich auch bei den hier betrachteten Nachhaltigkeitsberichten des Bundesministeriums für Verteidigung (BMVg) auf. Ginge es nur darum, die dort postulierte Nachhaltigkeit als Propaganda abzutun, wäre der mit dieser Studie erfolgte detaillierte Aufwand nicht erforderlich. Denn an Propaganda durch die Bundesregierung ist man mittlerweile gewöhnt, z.B. sowohl bei der Außen- und Sicherheitspolitik als auch in der Umwelt- und Klimapolitik sowie der globalen „Entwicklungspolitik“. In diesem Fall geht es aber um die Frage nach den Motiven für Nachhaltigkeitsberichte, deren Inhalte sich – wie in dieser Studie aufgezeigt wird – als bloße Nebelkerzen erweisen. Ein naturgrüner Anstrich für die olivgrüne Institution Bundeswehr – warum?

Grundlegend für diese Studie ist, dass die mittlerweile vorhandene Unschärfe des Nachhaltigkeitsbegriffes beleuchtet wird und dass trotz des Spagats zwischen verschiedenen Definitionen dennoch ein analytisches Verständnis möglich ist. Auch der spezifische Hintergrund der Nachhaltigkeitsberichte muss kompakt dargestellt werden. Mit diesen methodischen Voraussetzungen wird eine andere Sichtweise auf die Bundeswehr möglich, die fundamental ist sowohl für Initiativen im Umwelt- und Klimaschutz wie auch für Eine-Welt-Initiativen, die sich für globale Gerechtigkeit engagieren.

Die aus friedenspolitischer Sicht vorhandene Kritik an der Institution Bundeswehr und deren geopolitische Ausrichtung als Machtinstrument für wirtschaftliche Interessen Deutschlands soll in dieser Studie nicht analysiert werden. Vielmehr geht es um Anknüpfungspunkte zu einem Zusammenwirken verschiedener gesellschaftlicher Bewegungen, das zunächst einmal eine „gemeinsame Sprache“ erfordert. Grundlegend für friedenspolitische Initiativen ist dabei ein Verständnis der Nachhaltigkeitsdebatte und deren Instrumentalisierung. Mit anderen Worten: Unabhängig von der aus friedenspolitischer Sicht vorhandenen „klassischen“ Kritik an der Bundeswehr müssen auch Kritikpunkte beleuchtet werden, die für Umwelt- und Klimainitiativen sowie Eine-Welt-Initiativen bisher noch wenig thematisiert wurden.

Im Bundeshaushalt beträgt derzeit der Anteil des BMVg mit dem Einzelplan 14 allein 12% des Gesamthaushaltes. Während aber in den anderen Ministerien und Einzelplänen Ausgaben im Wesentlichen als Transferleistungen erfolgen, wird vom BMVg mit der Bundeswehr die größte staatliche Einzel-Institution verwaltet bzw. mit dem Einzelplan 14 finanziert. Zur Kritik an diesen Ausgaben müssen die vorhandenen Begründungen herangezogen werden. Dieses ist zunächst das Bundeswehr-Weißbuch 2016, in dem die aktuellen Aufgaben dieser Institution beschrieben sind. Darüber hinaus muss aber auch geprüft

werden, welche Rechtfertigungen sich in dem weltpolitischen Umfeld ergeben, die aktuell durch den Diskurs um Maßnahmen und Ressourcen gegen den Klimawandel bestimmt wird. Dieses wiederum ist eingebunden in die aktuellen Ziele der UNO-Weltgemeinschaft,

definiert als „Globale Ziele“, „Agenda 2030“ oder als die 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDG). Wenngleich dort die Maßnahmen zum Klimaschutz in direkter Form nur als ein Teilziel definiert sind, so haben die Sekundärwirkungen des Klimawandels doch erhebliche Rückwirkungen auf andere Teilziele. Schließlich geht es dabei auch um eine möglichst effiziente Verteilung der vorhandenen Ressourcen. Diese werden weltweit und auch in Deutschland in erheblichem Maße zunehmend durch das Militär absorbiert, während gleichzeitig das globale Teilziel „Frieden und Gerechtigkeit“ sich gegenläufig entwickelt.

1. Nachhaltigkeit: Begriffsdefinitionen und Strategien

Ursprünge und aktuelle Bezüge

In dem 1987 vorgelegten Bericht der sogenannten Brundtland-Kommission, auch Weltkommission für Umwelt und Entwicklung genannt, wurde der Nachhaltigkeitsbegriff als zentrales Element aufgenommen und wie folgt definiert:

„Dauerhafte (nachhaltige) Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. Zwei Schlüsselbegriffe sind wichtig: der Begriff Bedürfnisse, insbesondere die Grundbedürfnisse der Ärmsten der Welt sollen Priorität haben; der Gedanke von Beschränkungen, die der Stand der Technologie und der sozialen Organisation auf die Fähigkeit der Umwelt ausübt, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen.“

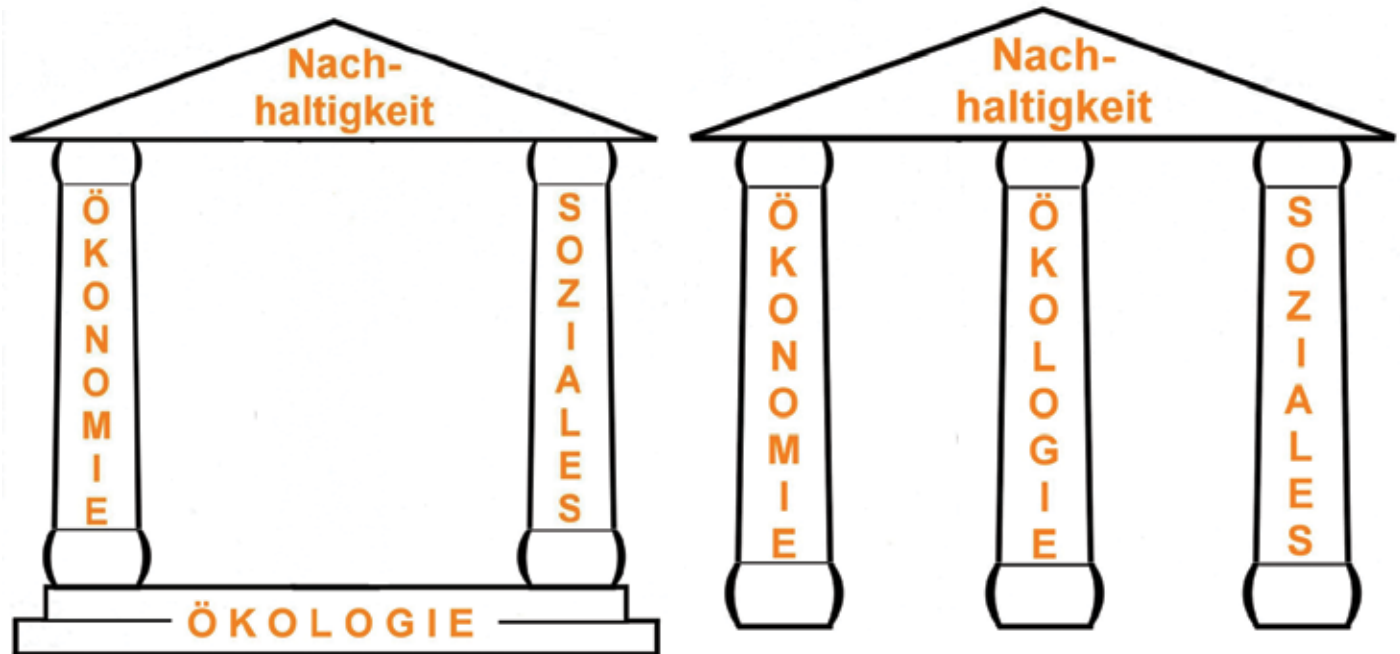
Auf dieser Basis wurde auf dem Weltgipfel 1992 beschlossene nationale Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln, was als Aktionsprogramm unter dem Begriff Agenda 21 auf den Weg gebracht wurde. Als Nachfolge gelten die Sustainable Development Goals von 2016 bis 2030 bzw. die Agenda 2030.

Begriffliche Elemente und alternative Begriffe

Der englische Begriff „sustainable“ wird übersetzt mit: aufrechterhalten, nachhaltig und aushaltend sein. In der Studie des Club of Rome aus dem Jahr 1972 wird als Konsequenz aus den „Grenzen des Wachstums“ ein „aufrechterhaltbares Welt-system“ gefordert. Weniger häufig, aber korrekt umschrieben wird Nachhaltigkeit mit den drei begrifflichen Elementen Suffizienz, Konsistenz und Effizienz.

Unter Suffizienz versteht man meist die individuelle Beschränkung der Ressourcennutzung auf ein tatsächlich notwendiges Maß, mit dem vorhandene Grundbedürfnisse dennoch ausreichend befriedigt werden können. Hierbei geht es aber nicht nur um individuelle Verhaltensweisen, sondern um sozio-kulturelle und politische Rahmenbedingungen.

Mit Konsistenz wird umschrieben, dass Rahmenbedingungen



Klassisches Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit (rechts) versus Zwei-Säulen-Modell (links).
Grafik: Herwig Winter (BUND)

für eine kontinuierliche Entwicklung vorhanden sind, d.h. dass gemessen am Umfang der verwendeten Ressourcen diese auch langfristig verfügbar sind.

Effizienz heißt, dass die für einen definierten Zweck benötigten Ressourcen so optimal eingesetzt werden, dass eine Verschwendung vermieden wird. Das heißt: Ressourcen einsparen, ohne hierbei Abstriche an vorhandenen Bedürfnissen vorzunehmen.

Ein einfaches Beispiel ist die Verwendung von Druckerpapier: (Ressourcen-)Effizienz ist die Verwendung von Recyclingpapier, Suffizienz ist die Vermeidung unnötiger Ausdrucke. Ein anderes Beispiel: Bei der aktuell breit diskutierten Verkehrswende bedeutet Suffizienz der Verzicht auf motorisierten Individualverkehr mit eigenem Pkw, während die Effizienz sich aus Größe und CO₂-Emissionen eines Pkws ergibt. Bei der Frage einer generellen Verlagerung von Pkws mit Verbrennungsmotoren auf Elektroantriebe geht es neben Suffizienz und Effizienz auch um die Konsistenz im Sinne von Zukunftsfähigkeit langfristig benötigter Ressourcen und der gesamten Verkehrs-Infrastruktur.

Bei dem häufig verwendeten Begriff des ökologischen Fußabdrucks als Nachhaltigkeits-Maßstab fließen Suffizienz und Effizienz zusammen. Ein ähnlich gelagerter, aber etwas vereinfachter Begriff ist der ökologische Rucksack (engl.: Material Footprint), der in Verbindung mit nachhaltigem Konsum herangezogen wird. Häufiger verwendet wird der CO₂-Fußabdruck, der zwar per Definition die Treibhausgasemissionen über den gesamten Lebenszyklus eines Produktes beinhaltet, in der Praxis aber wesentlich selektiver ist.

Das Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit

Das sog. Drei-Säulen-Modell besagt, dass Nachhaltigkeit auf den drei Säulen von ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung beruht. Die gleichrangige Behandlung dieser drei Faktoren gesellschaftlicher Entwicklung bedeutet aber, dass ökologische Grundsätze leicht ausgehebelt werden können. Typisches Beispiel dafür ist das Arbeitsplatzargument, das immer dann als Bremsklotz herhalten muss, wenn ambitionierte Ziele zum Klimaschutz eingefordert werden. Faktisch läuft dieses Modell auf die Aufrechterhaltung ökonomischer

Vorgaben („Weiter so“) hinaus, wobei die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Maßnahmen eher dem Charakter einer Schadensbegrenzung zukommt. Prinzipiell wird bei dem Drei-Säulen-Modell jeglicher Ressourceneinsatz als Bestandteil einer Wertschöpfungskette positiv bewertet, da er (in der Säule Ökonomie) zur Steigerung des BIP beiträgt. Gleichzeitig wird eine relative Effizienz der hierbei eingesetzten Produkte gleichfalls positiv bewertet (Säule Ökologie). Ein Gegenmodell dazu wäre ein aus der Umweltbewegung vorgeschlagenes Zwei-Säulen-Modell, das die Ökologie als Fundament betrachtet, auf dem die beiden Säulen Ökonomie und Soziales stehend die Nachhaltigkeit im Sinne von Suffizienz, Konsistenz und Effizienz ermöglicht.

Dass das Drei-Säulen-Modell sich dennoch als Quasi-Standard etabliert hat, steht auch in einem engen Zusammenhang mit den Nachhaltigkeitsberichten, bei denen es darum geht, die ökonomische Zielsetzung eines Unternehmens im Kontext mit ökologischer und sozialer Verantwortung darzustellen, wie nachfolgend noch beschrieben wird. Damit wird wie selbstverständlich die dauerhafte Erwirtschaftung von Gewinnen als „nachhaltiges Wirtschaften“ definiert. Dass dieses Prinzip in der Regel nicht auf Suffizienz ausgerichtet ist, sondern allenfalls auf Effizienz (im Sinne von Wettbewerbsvorteilen), hebt den Nachhaltigkeitsbegriff praktisch aus.

Die Agenda 2030

Die 2015 von der UNO verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) für den Zeitraum 2016 bis 2030 werden deutschsprachig überwiegend unter dem Begriff Agenda 2030 zitiert. Diese umfassen 17 Oberziele, die durch 169 Unterziele erläutert und konkretisiert werden. Kurzgefasst sollen als wichtige Kriterien an dieser Stelle genannt werden: Die fünf Hauptziele Gesundheit, Energie, Klima, Wasser und Bildung hängen in Konfliktregionen von Ziel 16 (Frieden) ab. Da die 17 Ziele sowohl für Entwicklungsländer wie auch für hoch entwickelte Länder (d.h. den globalen Süden und den globalen Norden) gelten, ergeben sich an einigen Stellen Unschärfen, da Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Konsum je nach Region diametral verschieden interpretiert werden können.

Mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) in der

Neuaufgabe von 2016 erfolgt auf 260 Seiten eine Fortschreibung dessen, was seit 2002 bzw. 2004 alle vier Jahre in der Form sogenannter Fortschrittsberichte weiterentwickelt wird. Auf der Homepage der Bundesregierung heißt es dazu: „Die Neuaufgabe der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zeigt anhand der Globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 auf, welche Aufgaben wir uns stellen, um unseren Beitrag zu einer weltweiten Verpflichtung auf eine nachhaltige Entwicklung zu leisten.“

In einer kritischen Stellungnahme schrieb der Umweltverband BUND dazu:

„Entlang dieser 17 Ziele hat die Bundesregierung die neue Strategie auch gegliedert. Sie benennt Prioritäten, Indikatoren und geplante Maßnahmen – Ziele bis 2030 fehlen jedoch weitestgehend. Der Ansatz der neuen Strategie geht zwar in die richtige Richtung, wird aber dem umfassenden Anspruch der SDG nicht gerecht, Hunger und Armut zu beenden, Zugang zu bezahlbarer, moderner und nachhaltiger Energie für alle Menschen auf der Welt zu schaffen, nachhaltigen Konsum sicherzustellen – und vieles mehr. Die Bundesregierung muss ihre Ziele daher im Hinblick auf 2030 deutlich schärfen sowie mit verbindlichen Zwischenschritten und wirksamen Maßnahmen unterlegen. Dafür sind eine profunde Analyse des bisher nicht Erreichten und konsequente Nachbesserungen erforderlich.“

Das Prinzip Greenwashing

Für zahlreiche Unternehmen spielt es heutzutage eine strategische Rolle, die nicht vorhandene Umweltverträglichkeit bzw. fehlende ökologische Nachhaltigkeit bei den eigenen Produkten und Dienstleistungen zu verschleiern. Diesbezügliche Irreführungen erfolgen nicht nur bei Werbeaktionen, sondern auch mittels Nachhaltigkeitsberichten. Hierfür hat sich der Begriff Greenwashing etabliert. Wichtige Merkmale von Greenwashing sind:

Selektive Darstellung der Umweltwirkung von Produkten und Dienstleistungen (z.B. mit CO₂-Fußabdruck nur in der Nutzungsphase anstelle des umfassenderen ökologischen Fußabdrucks über den Lebenszyklus);

Redefinition des Begriffes Nachhaltigkeit als vermeintlicher Gleichklang ökonomischer, sozialer und ökologischer Faktoren und/oder dessen inflationäre Verwendung;

Verschleierung der Unternehmensziele, die konträr zu Suffizienz, Konsistenz und Effizienz ausgerichtet sind, um vorhandene Ressourcen in möglichst großem Umfang profitabel zu vermarkten.

Die UN-Nachhaltigkeitsziele werden mittlerweile durch eine selektive Bezugnahme in Nachhaltigkeitsberichten auch zum Greenwashing missbraucht.

2. Nachhaltigkeitsberichte: Funktion, Inhalte und Beispiele

Die aktuell gängige Form des Berichtswesens hat sich in den beiden letzten Jahrzehnten zunächst vor allem bei Großunternehmen etabliert und erstreckt sich mittlerweile auch auf behördliche Institutionen (wie das BMVg) und mittelständige Unternehmen. Untrennbar verbunden ist die hierbei erfolgende Darstellung mit dem o.g. Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit. Auch damit wird Greenwashing zumindest bei Großunternehmen ein fester Bestandteil der NB.

Wenngleich es keine starren Festlegungen zu den Inhalten

von NB gibt, so bestehen doch maßgebliche Empfehlungen. Ganz allgemein gilt:

1. Darstellung von Zielsetzungen (Visionen und Strategien);
2. Kennzahlen zur Veranschaulichung von Entwicklungen und Abgleich mit den Zielsetzungen;
3. Darstellung des Managementsystems, um zu veranschaulichen, wie durch Entscheidungsprozesse die dargestellte Nachhaltigkeit erreicht werden kann.

Das Umweltbundesamt (UBA) hat 2007 vor allem mit Blick auf mittelständige Firmen „Empfehlungen für eine gute Unternehmenspraxis“ herausgegeben. Danach sollte der Bericht mindestens folgende Kennzahlen enthalten:

- Energieverbrauch und Klimaschutz: Energieverbrauch, Anteil regenerativer Energien, Energieeffizienz, Emissionen von Treibhausgasen wie CO₂ und anderen Luftschadstoffen;
- Abfallaufkommen: Gesamtabfallmenge differenziert nach den wichtigsten Abfallarten bzw. Behandlungsformen;
- Wassermanagement: Wasserverbrauch, Abwasseraufkommen und damit verbundene Schadstoffemissionen z.B. von Schwermetallen;
- Verbrauch von Rohstoffen: wesentliche Stoffströme nach Art und Menge, Materialeffizienz.

Von diesen vier Hauptkriterien wird nur der Energieverbrauch in den NB des BMVg teilweise dargestellt.

Für die Beurteilung der in Nachhaltigkeitsberichten behandelten Themen müssen auch Kriterien für deren Relevanz vorhanden sein. Man unterscheidet:

Primärprozesse, die zum Kerngeschäft gehören bzw. für das Unternehmensziel relevant sind;

Sekundärprozesse, die unterstützende Funktionen haben, vor allem die Verwaltung der internen Logistik und Infrastruktur sowie das Immobilienmanagement. Da diese unternehmensübergreifend relativ ähnlich gelagert sind, gibt es auch naheliegende Gründe für ein Outsourcing, wie z.B. mit der BwFuhrparkService GmbH für zivile Fahrzeuge bei der Bundeswehr.

Bei der Bewertung von Nachhaltigkeitsberichten ist deshalb zunächst zu prüfen, ob die dort behandelten Themen zu den Primärprozessen des Unternehmens bzw. der Institution gehören, d.h. ob die Zielsetzung eines Unternehmens der Nachhaltigkeit dient.

3. Die Bundeswehr-Nachhaltigkeitsberichte: Generelle Bewertung

Inhalte der bisherigen NB

Zugrunde liegt der Erstellung von NB des BMVg das vom Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung im Dez. 2010 im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland beschlossene 12-Punkte-Maßnahmenprogramm „Nachhaltigkeit konkret im Verwaltungshandeln umsetzen“.

Der erste NB aus dem Jahr 2012 ist überschrieben mit „Nachhaltige Entwicklung in der Bundeswehr“ mit dem Untertitel „Nachhaltigkeitsbericht des Bundesministeriums der Verteidigung“. Ab 2014 heißt es auf dem Deckblatt: „Nachhaltigkeitsbericht 201[x] des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr“. Hinter dieser Semantik verbirgt sich, dass der Betrachtungsgegenstand von der Institution Bundeswehr auf das Ministerium und die direkt zugeordneten Bundesbehörden verschoben wird.

Folgende Einzelthemen werden in den vier Nachhaltigkeitsberichten – mit unterschiedlichem Umfang bzw. wechselnder Schwerpunktsetzung behandelt:

- Naturschutz auf Übungsplätzen
- Umweltschutz / Altlastenbeseitigung
- Nachhaltiges Bauen
- Erneuerbare Energien
- Energieverbrauch Liegenschaften
- Nachhaltige Mobilität / Fuhrpark
- Nachhaltige Beschaffung
- Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Dienst

zusätzlich ab 2016:

- Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen

zusätzlich 2018:

- Korruptionsprävention
- Rüstungskontrolle
- Gesundheitsversorgung

(Fehlende) Strategie

Für die Bundeswehr gibt es keine eigene Nachhaltigkeitsstrategie seitens des BMVg. Dieses ergibt sich aus dem Bundeswehr-Weißbuch 2016, wo der Begriff Nachhaltigkeit nur an einer Stelle in Bezug auf Beschaffung von Rüstungsgütern auftaucht.

Im Nachhaltigkeitsbericht 2012 heißt es einleitend:

„Auch wenn die Nachhaltige Entwicklung nicht zum Kerngeschäft des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) gehört, findet sie im Verteidigungsressort ihren besonderen Niederschlag in Begriffen wie ‚nachhaltige Konfliktlösungen‘, ‚vorausschauende und nachhaltige, letztlich erfolgreiche Sicherheitspolitik‘, ‚nachhaltige Friedenslösungen‘, ‚nachhaltige Konsolidierung von Frieden und Stabilität‘, ‚nachhaltige Friedenssicherung‘.“

Was hier mit einem Begriffs-Sammelsurium umschrieben wird, könnte man auch wie folgt ausdrücken: Die Bundeswehr ist im engeren Sinne keineswegs nachhaltig, im erweiterten Sinne aber durchaus.

Nachhaltig wäre eine Militärmission, wenn diese als Bestandteil einer Suffizienzstrategie angesehen werden könnte oder wesentliche Ziele der Agenda 2030 damit vorangebracht würden. Allerdings gibt es selbst für die hiermit zumindest indirekt angesprochene zivil-militärische Zusammenarbeit keine Erfolgsbelege, sondern nur Wunschkonzepte. Praktisch werden in den Nachhaltigkeitsberichten des BMVg nur insti-

tutionelle Sekundärprozesse behandelt, während die militärischen Kernbereiche komplett ausgespart werden.

Völlig anders als noch im NB 2012 wird im Vorwort der Ausgabe 2018 durch die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen die Nachhaltigkeit indirekt als Kernaufgabe der Bundeswehr dargestellt, indem die Umsetzung der Agenda 2030 als Schwerpunkt dargestellt wird:

„Mit dem nun vorliegenden dritten Nachhaltigkeitsbericht des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr zeigt sich, dass der Nachhaltigkeit auch im internen Verwaltungshandeln des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr dauerhaft eine bedeutende Rolle zukommt. Die ergriffenen Maßnahmen tragen zur Umsetzung einer Vielzahl der in der Agenda 2030 formulierten Ziele zur nachhaltigen Entwicklung bei.“

Prinzipiell ist zwar die in dem NB 2018 erfolgende Fokussierung auf die Agenda 2030 durchaus akzeptabel. Allerdings wäre damit eine glaubwürdige Strategie nur dann gegeben, wenn hierbei explizit auf die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016 Bezug genommen würde, der ja die Agenda 2030 zugrunde liegt. Dort werden zwar selektive Ziele unter dem SDG 16 benannt, jedoch wird die Bundeswehr als Institution überhaupt nicht aufgeführt.

Der Klimawandel wurde bisher nur im Bundeswehr-Weißbuch 2016 kurz thematisiert. Anlässlich einer Tagung des BMVg am 18. Juni 2019 zum Thema „Zukunftsszenarien Klimawandel“ wurde Prof. Dr. Carlo Masala, der an der Universität der Bundeswehr München als Lehrstuhlinhaber den Fachbereich Internationale Politik leitet, im Interview dazu befragt:

„Frage: Der Klimawandel ist ein globales Thema – was bedeutet das für Deutschland mit Blick auf ein globales militärisches Bündnis wie die NATO? C.M.: Dass sich die Bundesrepublik unter Umständen auf Einsätze vorbereiten muss, die weder der klassischen Bündnisverteidigung noch der Art der bislang erfolgten Auslandseinsätze entsprechen. Wenn die globale Erwärmung um zwei Grad steigt, dann werden unter Umständen auch Einsätze im Rahmen multilateraler Koalitionen oder Bündnisse erfolgen, die dazu dienen Flüchtlingsströme zu managen oder aber Hilfsaktionen in Gegenden durchzuführen, die überschwemmt sind. Also, es wird möglicherweise ein zusätzliches, neues Aufgabenspektrum auf Deutschland und die NATO zukommen.“

Mit anderen Worten: Der Klimawandel wird als möglicher Auslöser weiterer Bundeswehreinsätze weltweit gesehen, aber



natürlich nicht die Bundeswehr als Teil des Problems. Auch rückblickend wurde diese Thematik auch an anderen Stellen von der Bundeswehr kaum bzw. nur selektiv verfolgt. So gab es 2010 vom damaligen Zentrum für Transformation der Bundeswehr eine Studie „Peak Oil – Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen“, wo auch der Klimawandel als Zukunftsproblem angemessen thematisiert wurde.

Wesentliche Aufgabenfelder der Bundeswehr

Angesichts der grundlegenden Defizite bei den strategischen Grundlagen können nur die aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr mit den jeweils definierten Aufträgen zur Ermittlung und Bewertung der wesentlichen Aufgabenfelder herangezogen werden – unabhängig von der politischen Bewertung. Zur Beurteilung einer evtl. vorhandenen Nachhaltigkeit wäre hierbei im Einzelfall nicht nur eine Beschreibung des Auftrages, sondern auch eine Zieldefinition notwendig. Letzteres ist aber aufgrund der vorhandenen Daten nicht verfügbar.

Von den tabellarisch aufgeführten Missionen wird jedoch keine einzige in den Nachhaltigkeitsberichten des BMVg erwähnt. Auch bei weitestgehender, schwammiger Definition von Nachhaltigkeit lässt sich zumindest anhand der wichtigsten Bundeswehr-Auslandseinsätze feststellen, dass dort keine Problemlösungen in Verbindung mit anderen NATO- bzw. EU-Partnern erfolgt sind.

Afghanistan zählt nach wie vor zu den ärmsten Ländern der Welt. Ohne Militärintervention wäre das Land nach Meinung von Experten mit einem Bruchteil der bisher von den NATO-Ländern aufgewendeten Ressourcen auf einem hohen Entwicklungsniveau.

Im Kosovo ist als wesentlicher Auftragsbestandteil die Herstellung von Rechtsstaatlichkeit angegeben. Das Land gilt aber als hochgradig korrupt und beherrscht von der albanischen Mafia.

In Mali hat die seit 2013 erfolgende, kriegsrische „Stabilisierung“ bisher keinen Erfolg gebracht. Die gesamte Region inklusive der Nachbarstaaten gilt heute als andauernd destabilisiert.

Darstellung der CO₂-Emissionen

Die Institution Bundeswehr ist allein aufgrund ihrer Größe der größte staatliche Emittent von CO₂ bzw. Treibhausgasen. Dazu heißt es in der Erstfassung der o.g. Peak-Oil-Studie aus dem Jahr 2010:

„Weltweit haben Streitkräfte einen hohen Anteil am Verbrauch fossiler Treibstoffe – auch und gerade im Einsatz. Neben dem technologischen Vorhalten fossiler Ersatzlösungen und der Vergrößerung der strategischen Reserven ist die mittel- bis langfristige Transformation hin zu postfossilen Streitkräften unabdingbar.“

Dieses gilt natürlich auch für andere Länder und insbesondere die USA. Wäre das US-Militär ein eigener Staat, würde dieser mit seinen CO₂-Emissionen weltweit auf Rang 47 liegen, noch vor Ländern wie Schweden, Norwegen oder Finnland. Wichtiger als solche Vergleiche ist aber im Kontext dieser Studie eine andere Kennzahl: Seit 2001 werden konstant zwischen 77 und 80 Prozent (!) des gesamten Energieverbrauchs der US-Regierung durch das Verteidigungsministerium (DOD) verbraucht.

Grundlage für die Darstellung von Treibhausgas-Emissionen sind die Nationalen Inventarberichte (National Inventory Regi-

ster – NIR) gemäß den international vereinbarten Richtlinien des Weltklimarates IPCC. Diese sehen aber keine verbindliche Erfassung militärisch verursachter Emissionen vor.

Im NIR 2019 des Umweltbundesamtes (UBA) werden für stationäre und mobile Quellen gemeinsam ausgewiesen: 848 kt CO₂ für 2017. Als relevant für eine aufgeschlüsselte Darstellung sind hierbei für das Jahr 2016 als zuletzt revidierte Emissionsdaten:

- militärischer Landverkehr 271 kt CO₂
- militärischer Luftverkehr 284 kt CO₂
- militärischer Seeverkehr 27 kt CO₂
- (militärischer Verkehr gesamt: 582 kt CO₂).

Im NB 2018 werden für den Gebäudesektor 1.050 kt CO₂ im Jahr 2017 ausgewiesen, mit grafischer Darstellung der Entwicklung seit 2008. Weitergehende Angaben fehlen jedoch, insbesondere Verweise auf die o.a. Daten aus dem NIR.

Militärische NB in anderen Ländern

Für eine generelle Bewertung der BMVg-Nachhaltigkeitsberichte lohnt sich ein Vergleich mit anderen Ländern, wo ebenfalls vergleichbare Berichte erstellt und überwiegend auch eigene Nachhaltigkeitsstrategien für den nationalen Militärapparat vorhanden sind.

In Großbritannien gibt es seit 2015 die „Sustainable MOD Strategy“ des Ministry of Defence (MOD) sowie jährliche Nachhaltigkeitsberichte, die nicht nur CO₂-Emissionen, sondern auch die Entwicklung des Trinkwasserverbrauchs und der Abfallmengen enthalten.

In Kanada besteht seitens des Department of National Defence (DND) eine „Defence Energy and Environment Strategy“, jedoch keine eigenen Nachhaltigkeitsberichte. Die CO₂-Emissionen des Militärs werden mit 61% Anteil an staatlichen Institutionen angegeben.

In Dänemark gibt es durch das Forsvarsministeriet als englischsprachige Fassung eine „Environment and Energy Strategy 2016-2020“ Jahresberichte der Klimabilanz beinhalten die CO₂-Emissionen von militärischem Flugverkehr, Landverkehr und Marine als Teilsummen.

All den vorliegenden Strategiepapieren ist gemeinsam, dass Reduktionsziele bei Treibhausgasen benannt werden, wenngleich dabei eine Fokussierung auf Liegenschaften bzw. Gebäude und die zivile Fahrzeugflotte erfolgt. Der militärische Sektor wird dabei mit Umschreibungen wie „sustainable operations“ nur unscharf benannt. Vor allem geht es dabei um Überlegungen zur Substitution fossiler Brennstoffe. Mit anderen Worten: Was in der inoffiziellen Peak-Oil-Studie der Bundeswehr aus dem Jahr 2010 angerissen wurde, ist in mehreren anderen NATO-Ländern Bestandteil offizieller Nachhaltigkeitsstrategien.

4. Detailkritik zu Einzelthemen

Nachhaltiges Bauen und Einsatz erneuerbarer Energien

Der Gebäudebestand der Bundeswehr verteilt sich auf 264 Standorte mit etwa 1.560 Liegenschaften. Darin werden ca. 34.000 Gebäude mit ca. 28, Mio. m² Nutzfläche geführt. Vermutlich beinhalten diese Zahlen aber erhebliche Leerstände. Aufgrund der ausgewiesenen Altersstruktur ergibt sich daraus sowohl für Neubauten als auch für Sanierungen im Gebäude-



Die Nachhaltigkeitsberichte Österreichs und Großbritanniens.

bestand ein relativ hoher Bedarf. In den bisher vorgelegten Nachhaltigkeitsberichten werden Projektbeispiele für nachhaltiges Bauen aufgeführt, z.B. in Passivbauweise. Beschrieben werden aber nur Pilotprojekte und es erfolgt keine Aussage darüber, inwieweit diese in eine langfristige Planung eingebunden sind. Da Hinweise auf den Gesamtbedarf an Sanierungen und Neubauten fehlen, liefert die Darstellung von Einzelprojekten keinerlei bewertbare Aussagen.

Auf den Liegenschaften der Bundeswehr sind mittlerweile ca. 35 Photovoltaik-(PV)-Anlagen vorhanden, was in allen bisherigen Nachhaltigkeitsberichten dargestellt wird. Angesichts des riesigen Bestandes an Liegenschaften ist dieses aber nur ein marginaler Beitrag zum Klimaschutz.

Betriebliche Energieeffizienz von Liegenschaften

Die Verbesserung der Energieeffizienz bei der Nutzung von Liegenschaften der Bundeswehr wird in allen bisher vorgelegten Nachhaltigkeitsberichten detailliert behandelt. Da in den Nachhaltigkeitsberichten auch der steigende Anteil von Ökostrom thematisiert wird, der sich im Wesentlichen aus dem Bezug von Stromanbietern ergibt, werden auch bei gleichbleibendem Verbrauch von elektrischem Strom die rechnerischen CO₂-Emissionen reduziert. Ein Energiemanagementsystem nach dem seit einigen Jahren aktuellen Standard gemäß ISO 50.001 ist aktuell erst zur Einführung vorgesehen. Dieses ist insofern verwunderlich, da an Bundeswehrstandorten bereits seit den 90er Jahren eine elektronische Verbrauchsbuchhaltung erfolgt, z.B. in Form von standardisierten Heiztagebüchern. Eine darüber hinaus gehende Nutzung von Verbrauchsdaten durch systematischen Abgleich und zeitnahe Beobachtung mittels qualifizierter Mitarbeiter ist heute bereits bei den meisten Betreibern großer Liegenschaftsbestände üblich, z.B. bei Kommunen.

Ziviles Fuhrparkmanagement

Mit der Ausgründung der BwFuhrparkService GmbH im Jahr 2002 erfolgte einmal der schrittweise Umstieg der Bundeswehrverwaltung auf kleinere und verbrauchsarme (Zivil-) Fahrzeuge, aber auch eine Reduzierung des Fahrzeugbestandes durch ein behördeninternes Carsharing-Modell. Positiv ist zwar das „Downsizing“ der zivilen Fahrzeuge und die auf einem internen Carsharing-Modell beruhende Reduzierung des Flottenbestandes. Dieses stellt praktisch eine Suffizienzstrategie dar, die aber als solche in den NB nicht ausgewiesen ist. Vielmehr wird lediglich auf die gesunkenen CO₂-Werte im Flottendurchschnitt verwiesen, während eine Gesamtdarstellung der Verbrauchsentwicklung (ähnlich wie bei den Liegenschaften) fehlt.

Naturschutz

Im NB 2012 heißt es als Schlussbemerkung zum Naturschutz:

„Selbst in einem rein auf militärische Aktivitäten ausgerichteten Umfeld, wie der Nutzung von Truppenübungsplätzen, leistet die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität. Dies zeigt sich eindrucksvoll daran, dass rund zwei Drittel der Fläche der Truppenübungsplätze dem besonderen Schutz nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie bzw. nach der Vogelrichtlinie unterliegen – nicht trotz sondern wegen der militärischen Nutzung!“

Tatsächlich erfordern Truppenübungsplätze für Schließübungen eine freie Sicht mit großflächigen Heiden, Wiesen oder Sandflächen, die eine Landschaftspflege erfordern, was im Einklang mit den o.g. Naturschutzrichtlinien machbar ist. Bei einer notwendigen Gesamtbetrachtung von Natur- und Umweltschutz muss aber auch die Verseuchung durch Benzin, Diesel, Öl und Reinigungsmittel sowie das Verschießen von Munition betrachtet werden. Daraus ergibt sich ein hoch problematischer Cocktail von Giftstoffen, die letztlich in das Grundwasser gelangen und dort die zulässigen Grenzwerte weit überschreiten. Die Sanierung stillgelegter Truppenübungsplätze ist deshalb nur mit gewaltigen Kosten möglich.

Wie es in der Praxis mit dem Naturschutz auf Truppenübungsplätzen bestellt ist, hat sich anschaulich am 3. September 2018 gezeigt, als auf dem ca. 1000 ha großen Übungsgelände im niedersächsischen Meppen ein Moorbrand mit verheerenden Folgen – auch wegen der dadurch erfolgten, gigantischen CO₂-Emissionen – ausgelöst wurde. Das Feuer brannte über einen Monat lang und erforderte in Spitzenzeiten den Einsatz von täglich bis zu 1.700 Einsatzkräften.

Umweltschutz und Altlastenbeseitigung

Naturschutz kann nicht losgelöst vom Umweltschutz gesehen werden. Der militärische Übungsbetrieb ist stets verbunden mit Belastungen für natürliche Lebensgrundlagen und Gesundheit von Menschen. Diese sind einmal Lärmbelastungen in unterschiedlicher Ausprägung (Kampffjet-Tiefflüge, Schießbetrieb an Truppenübungsplätzen) sowie Schadstoffeinträge in den Boden, die auch zu Belastungen des Oberflächenwassers und langfristig des Grundwassers führen.

Als derzeit größtes Problem sowohl an vorhandenen wie auch stillgelegten Militärstandorten gilt die Belastung mit PFC. Diese Chemikalien wurden vor allem bei Bundeswehr-Fliegerhorsten und US-Militärbasen im Löschschaum bei Feuerwehrrübungen mit Kerosinbränden eingesetzt. Deutschlandweit gelten 23 frühere und aktuell genutzte Standorte nachweislich als PFC-belastet. Verdachtsfälle bestehen zusätzlich bei etwa 100 Standorten, wobei es sich von wenigen Ausnahmen abgesehen um (frühere) Militärstandorte handelt. Unklar bleibt, was seitens des Bundeswehramtes IUD hier tatsächlich an Maßnahmen erfolgt, zudem dieses praktisch nur im Zusammenspiel mit anderen Behörden, vor allem regionalen Regierungspräsidien erfolgen kann.

5. Fazit

Auch durch das Militär wird der Klimawandel bereits seit langen Jahren als Bedrohung angesehen. Dieses findet sowohl in offiziellen Strategiepapieren von mehreren NATO-Mitgliedsländern wie Kanada, Großbritannien und Dänemark wie

auch inoffiziellen Arbeitspapieren des Pentagon seinen Niederschlag. Dabei wird natürlich nicht die eigene Existenzberechtigung infrage gestellt, sondern mit dem Klimawandel ein neuer Gegner identifiziert, der neue Aufrüstungsmaßnahmen erfordert. Für die deutsche Politik bzw. das BMVg gilt dabei, dass der Klimawandel als Hebel für weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr anzusehen ist. Dabei sind bis heute in den Nachhaltigkeitsberichten des BMVg die Bundeswehr-Auslandseinsätze ein unbeschriebenes Blatt. Damit bleibt das BMVg weit hinter anderen NATO-Länder zurück, die nicht nur über „sustainable operations“ schwadronieren, sondern mit Schlagwörtern wie „Green Defence“ ihre Greenwashing-Strategien propagieren. Hierbei spielen eigene Nachhaltigkeitsstrategien und regelmäßige Nachhaltigkeitsberichte eine wichtige Rolle. In unterschiedlicher Ausprägung erfolgt darin zumindest aber eine Darstellung des Ressourcenverbrauchs anhand teilweise definierter Reduktionsziele.

Den Nachhaltigkeitsberichten des BMVg liegt nach wie vor keine Strategie zugrunde, mit denen die dargestellten Inhalte im Sinne eines Fortschrittsberichtes bewertet werden könnten. Die inhaltliche Rückständigkeit der BMVg-Nachhaltigkeitsberichte ist aber leider nur ein Abbild dessen, was seitens der bisherigen Bundesregierungen gegen den Klimawandel unternommen wurde. Dieses Thema wird durch das BMVg erst in dem letzten Nachhaltigkeitsbericht 2018 überhaupt erwähnt und auch nur indirekt in Bezug auf die UN-Nachhaltigkeitsziele. Es gibt deshalb viele Gründe, von der Bundesregierung hierzu eine überfällige Positionierung einzufordern.

Trotz des seit 2012 erheblich entwickelten Aufwandes in der Darstellung hat sich inhaltlich bei den Nachhaltigkeitsberichten eher wenig geändert. Auch die in der Ausgabe 2018 hinzu gekommene Fokussierung auf die Agenda 2030 kann kaum den dürftigen Inhalt überdecken. Die größten Unterschiede lassen sich bei den Einleitungen feststellen, wo der Begriff Nachhaltigkeit einigen Drehungen und Wendungen unterworfen wird. Entscheidend und durchgängiger Kritikpunkt ist aber, dass mit dem seit 2014 geltenden Titel „Nachhaltigkeitsbericht des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr“ eine Vernebelung des Betrachtungsgegenstandes erfolgt. Es wird damit in erster Linie auf Maßnahmen der Behörde verwiesen, die in den standortbezogenen Bereichen Immobilien, Logistik und Infrastruktur angesiedelt sind und damit für die mittlerweile als Kernaufgabe definierten Auslandseinsätze der Bundeswehr nur nachrangige Bedeutung haben. Doch selbst bei den behandelten Einzelthemen fällt die Bilanz insgesamt sehr dürftig aus.

Die Bundeswehr ist aber die größte Institution der Bundesregierung und keine Bundesbehörde. Eine vorhandene Nachhaltigkeitsstrategie für (alle!) Bundesbehörden ist deshalb etwas völlig anderes als eine Strategie für eine Institution mit ca. 250.000 zivilen und militärischen Mitarbeitern und einem offiziellen Jahresbudget von 45 Mrd. Euro. Damit ergibt sich auch: Im Regierungshandeln, das der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zugrunde liegt, ist die Institution Bundeswehr der größte Verursacher von CO₂-Emissionen. In den USA verursacht das Militär (vor allem durch permanente Auslandspräsenz und Kriegsführung) 77 bis 80% der staatlichen Emissionen, in Kanada liegt dieser Anteil bei über 60%.

Stellt man nun die berechnete Frage, was diese Institution eigentlich leistet, so lautet die Antwort: Offenbar nichts, was in den Nachhaltigkeitsberichten des BMVg darstellbar wäre. Die Bundeswehr muss man aber nicht nur bei den Nachhaltigkeitsberichten mit deutschen Großunternehmen der Automobil- und

Chemieindustrie vergleichen, die als „Global Player“ weltweit agieren. Diese legen formal korrekte Nachhaltigkeitsberichte hin, mit denen aber massiv Greenwashing betrieben wird. Dieses erfolgt aus der Not heraus, dass zivilgesellschaftlich deren umweltschädliche Produkte auch immer mehr kritisch gesehen und infrage gestellt werden. Das BMVg versucht hingegen, die Bundeswehr als größte staatliche Institution und als solche auch größten staatlichen Einzelemittenten von Treibhausgasen mit Nebelkerzen bzw. Belanglosigkeiten zum Thema Nachhaltigkeit zu verstecken. Eine Delegitimierung der Bundeswehr sollte deshalb hier ansetzen und folgende Fragen in den politischen Diskurs zu bringen:

1. Für welche Aufgaben werden vom BMVg (im Haushaltsjahr 2020) 45 Mrd. Euro budgetiert?
2. Wofür könnte man diesen Betrag im Sinne einer nationalen Nachhaltigkeit bzw. einer Suffizienzstrategie am besten einsetzen?
3. Inwieweit ist der aufgeblähte Rüstungshaushalt auch bezüglich der notwendigen Ressourcen für die weltweite Agenda 2030 und den Klimaschutz ein wesentlicher Teil des Problems?

Anmerkungen

Der vorliegende Beitrag ist die Kurzfassung der gleichnamigen IMI-Studie 2019/8, die gratis auf der IMI-Internetseite zu finden ist. Dort finden sich auch die detaillierten Quellenangaben mit teilweise weiteren Anmerkungen. Die Studie kann auch im Zehnerpack (10 Euro) in Print bestellt werden.



Erneuter Alleingang oder Münchner Konsens 2.0?

Kramp-Karrenbauers Grundsatzrede: Deutschland als globale Militärmacht

von Martin Kirsch

Nach einem eher missglückten Start als Verteidigungsministerin ging Annegret Kramp-Karrenbauer am 7. November 2019 mit einer „Grundsatzrede zur Sicherheitspolitik“¹ in die sicherheitspolitische Offensive. Im Audimax der Bundeswehruniversität in München skizzierte sie ihre Visionen für „Deutschlands Rolle in der Welt“. Sie erhob Forderungen für neue Einsätze auf dem afrikanischen Kontinent und im Indo-Pazifischen-Raum, für die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrats und für die Verstümmelung des Parlamentsvorbehalts - ein Versuch den vor gut fünf Jahren auf der Sicherheitskonferenz 2014 beschworenen „Münchner Konsens“² wieder zu beleben und die Kultur der (militärischen) Zurückhaltung endgültig zu begraben. Finanziert werden soll die offensive Sicherheitspolitik durch das Erreichen des 2%-Ziels der NATO bis spätestens 2031. Ein giftiger Cocktail, der Deutschland als interessengeleitete, globale Gestaltungs- und damit Militärmacht positionieren soll.

Persönliche Vorwärtsverteidigung

Seit ihrem Amtsantritt im Juli 2019 war Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer mit eher blassen Initiativen - zu freien Bahntickets für Soldat*innen und zu bundesweiten öffentlichen Gelöbnissen zum Geburtstag der Bundeswehr am 12. November - in ihr Amt gestartet. Großes nationales und internationales Aufsehen erlangte Kramp-Karrenbauer dann Ende Oktober mit ihrem politischen Alleingang, eine Schutzzone in Nordsyrien einrichten zu wollen. Dabei hatte sie nicht nur auf die Formulierung konkreter Rahmenbedingungen, sondern auch auf die Koordination mit internationalen Verbündeten und dem Koalitionspartner in Berlin verzichtet, was ihr massive Kritik einbrachte. Diese Kritik bezog sich allerdings zumeist auf die Form ihres Vorstoßes. Inhaltlich befürwortete die Mehrheit der journalistischen und politischen Kommentator*innen eine deutsche Initiative im Syrienkrieg.

Die Inszenierung ihrer Grundsatzrede erinnert an die Rede von US-Präsidenten Obama an der Militärakademie Westpoint im Jahr 2009 - wenn auch mit deutlich schlechterer Beleuchtung.

Vor zukünftigen Bundeswehroffizier*innen machte Kramp-Karrenbauer ihre Ambitionen klar, die weit über das Amt der Verteidigungsministerin hinausreichen. Sie positionierte sich - mit der Erläuterung strategischer Eckpunkte für eine zukünftige deutsche Sicherheitspolitik - auch im Rennen um die Kanzlerkandidatur. Die „Ability to Act“ (dt. Handlungsfähigkeit) benannte sie als zentrale Herausforderung einer neuen, interessengeleiteten deutschen Sicherheitspolitik. Damit versuchte sie wohl nicht nur einem sich zunehmend militärisch gebärdenden deutschen Staat, sondern auch sich ganz persönlich, neue Ellenbogenfreiheit zu verschaffen.

Freunde, Feinde und Herausforderungen

In ihrer Grundsatzrede schickt sich Kramp-Karrenbauer an, „Deutschlands Rolle in der Welt“ zu bestimmen. Einer Welt, die nach ihrer Auffassung „aus den Fugen geraten ist.“

Einen relevanten Grund dafür findet sie in der „Rückkehr der

Konkurrenz großer Mächte um Einflussphären und Vorherrschaft.“ Eine zutreffende Analyse, der sie allerdings damit begegnen will, Deutschland für eben diesen globalen, machtpolitischen Konkurrenzkampf als großen Player in NATO und EU fit zu machen.

Als zentrale sicherheitspolitische Herausforderungen nennt sie neben der „russische[n] Aggression in der Ukraine“ und den „weltumspannenden Netzwerke[n] des Terrorismus, insbesondere des islamistischen Terrorismus“ als alten Bekannten auch den „machtpolitische[n] Aufstieg Chinas“, der im Weißbuch 2016 noch ausschließlich unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet worden war. Weitere Herausforderungen seien gesellschaftliche Phänomene wie „Klimawandel, Demographie und Digitalisierung“. Im Bereich der Digitalisierung sieht sie den Cyberraum als einen Austragungsort neuer Machtkämpfe an. Dieser sei einerseits durch seine Beschaffenheit ohne „physische Dimension“ per se geographisch entgrenzt, andererseits allerdings menschengemacht und durch die notwendige physische Infrastruktur wie Router, Rechenzentren, Datenleitungen und Satelliten gekennzeichnet. „Und all das verschafft“, so Kramp-Karrenbauer, „Einwirkungsmöglichkeiten auf die Gestaltung des Cyberraums, verschafft Macht und Einfluss, nicht nur auf die digitale Welt.“ Aufgrund der benannten Bedrohungen und Herausforderungen sei es Deutschlands Pflicht und Interesse, die liberale Ordnung zu schützen, von der es nach dem Zweiten Weltkrieg wie kaum ein anderes Land profitiert habe. Daher müsse Deutschland seine Rolle als „Gestaltungsmacht“ annehmen, die es allerdings „nicht zum Nulltarif“ gebe.

In der Aufzählung der Verbündeten Deutschlands räumt Kramp-Karrenbauer den USA den ersten Platz ein. Mit einem pathetischen historischen Abriss dessen, was die Vereinigten Staaten für Deutschland getan hätten, kommt sie zu einem klaren transatlantischen Bekenntnis. So hätten die USA in den letzten Jahrzehnten einen übergroßen Beitrag für Deutschland geleistet, das sich auf seiner sicheren Lage im Herzen Europas ausgeruht habe. Daher sei es auch aus deutschem Interesse an der Zeit, die Lasten jetzt neu zu verteilen.

Erst an zweiter Stelle bringt die Verteidigungsministerin die EU ins Spiel, für die sie klare Ziele formuliert. Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 sei es, „die europäische Zusammenarbeit in der Verteidigung [zu] verstärken.“ In Abgrenzung zu Forderungen nach strategischer Autonomie, die nicht nur in Paris, sondern auch in Berliner Thinktanks gestellt werden, sieht die Verteidigungsministerin darin die Stärkung des „europäischen Arms innerhalb der NATO“. So sei „die Europäische Verteidigungsunion immer auf die Zusammenarbeit mit der NATO ausgerichtet, die der Anker der Sicherheit Europas“ bleibe. Neben der starken Anbindung an die NATO brauche eine „selbstbewusste Europäische Verteidigungsunion“ allerdings einen „Kompass“, um die wirtschaftliche, politische und auch militärische Stärke der

EU zu behaupten. Während die Europäischen Institutionen und die kleinen Mitgliedsstaaten – die sie mit keinem Wort erwähnt – bei dieser Überlegung außen vor bleiben, beschwört sie die Notwendigkeit eines „starken deutsch-französischen Tandem“, um das „verzweigen“ Europas zu verhindern.

Zusätzlich zu diesem EU-Führungsduo sei es eine zentrale Aufgabe, trotz Brexit „kreative Wege [zu] finden, Großbritannien weiter in die Sicherheit Europas einzubinden.“ Dafür schlägt sie das „E3-Format“, bestehend aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland vor, das sich für die Atomverhandlungen mit dem Iran gebildet hatte. Dieses will sie auf der Ebene der Verteidigungsminister*innen als „Scharnier zwischen NATO und EU“ weiter institutionalisieren.

Interessen, Gestaltungsmacht und die Ability to Act

Lange wurde in politischen und politikwissenschaftlichen Debatten behauptet, Deutschland würde sich außen- und verteidigungspolitisch nahezu ausschließlich werteorientiert verhalten. Eine Floskel, die intensiv gepflegt wurde, aber nie der Realität entsprach. Dennoch brauchte es immer eine unterdrückte Minderheit, Frauenrechte oder sonstige moralisierende Begründungen, um in der Öffentlichkeit einen Kriegseinsatz der Bundeswehr zu legitimieren. Laut Kramp-Karrenbauer habe Deutschland deswegen vor allem ein Handlungsproblem. „Wir Deutschen sind oft besser darin, hohe Ansprüche, auch moralisch hohe Ansprüche zu formulieren, an uns und an andere, als selbst konkrete Maßnahmen vorzuschlagen und umzusetzen. Das gilt insbesondere für unsere militärischen Beiträge, geht aber darüber hinaus.“ Daher sei es jetzt an der Zeit, ausgehend vom Münchner Konsens mehr „Verantwortung“ zu übernehmen und das hinter den Aussagen von 2014 stehende Versprechen einzulösen – die Kultur der (militärischen) Zurückhaltung endgültig zu begraben.

Während das Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“ von 2013 – als sogenannter Elitenkonsens für eine neue deutsche Außenpolitik und Grundlage für den Münchner Konsens 2014 – noch mühevoll versuchte Werte und Interessen zusammenzuführen, verzichtet Kramp-Karrenbauer auf diese Anstrengung. Stattdessen positioniert sie sich klar: „natürlich hat Deutschland wie jeder Staat der Welt eigene strategische Interessen. Zum Beispiel als global vernetzte Handelsnation im Herzen Europas. Wir vertreten jeden Tag unsere Interessen. Aber wir müssen endlich anfangen, das zuzugeben.“ So nutzt sie das Wort „Interessen“ in ihrer Rede zehnmal, während andere Schlagworte wie „Werte“(4) oder „Verantwortung“(3) klar in den Hintergrund treten. Um diese Interessen durchsetzen zu können, gelte es, gerade in Zeiten von Umbruch und Ungewissheit „wirklich zu führen – und so die Zukunft zu formen.“

Militärische Präsenz von Osteuropa über Afrika bis Ostasien

Bezogen auf die Einsatzgebiete der Bundeswehr ging Kramp-Karrenbauer auf die Landes- und Bündnisverteidigung, die unter ihrer Vorgängerin von der Leyen zur strategischen Priorität deutscher Verteidigungspolitik erhoben wurde, nur am Rande ein. Zwar erwähnte sie, dass Deutschland als zweitgrößter Truppensteller der NATO und als „einzige kontinentaleuropäische Nation [mit] Führungsrolle bei der Enhanced Forward Presence zum Schutz Osteuropas“ Verantwortung übernehme.



Kramp-Karrenbauer auf Truppenbesuch in Erbil (Irak) am 21.08.2019. Quelle: Bundeswehr/Jana Neumann

Dann widmete sie sich aber vor allem den Auslandseinsätzen.

Hier hob sie deutsche Verdienste in Afghanistan, Mali und im Irak hervor – kam aber zu dem Schluss, dass Deutschland mehr leisten müsse. Zu oft wäre die deutsche Rolle im internationalen Rahmen angezweifelt worden. Gegen Ende ihrer Rede stellte die Verteidigungsministerin heraus: „Für Abenteuer war die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik nie zu haben, und das bleibt auch so.“ Dazu passt weder ihre Forderung aus dem September 2019, eine europäische Marinemission in der Straße von Hormus – direkt vor der iranischen Küste – einzurichten, noch ihr Vorstoß aus dem Oktober bis zu 2.500 deutsche Soldat*innen nach Nordsyrien zu entsenden.

In der Begründung für weitere mögliche Abenteuer betont die Verteidigungsministerin Frankreichs hervorgehobene Rolle in der sogenannten Terrorbekämpfung in der Sahelregion, obwohl Deutschland doch gleichermaßen vom Terrorismus betroffen sei. Am 6. November, einen Tag vor der Grundsatzrede, hatte Kramp-Karrenbauer bereits in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung betont: „Die Sicherheit in der Sahelzone ist Teil unserer Sicherheit“.³ Diese Aussage erinnert nicht zufällig an die Worte des damaligen Verteidigungsministers Struck, der 2002 zur Begründung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan behauptete: „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Der gut informierte Fachjournalist Thomas Wiegold vermutet, dass sich hinter dieser Aussage die Vorbereitung weiterer Bundeswehreinsätze auf dem afrikanischen Kontinent verbirgt.⁴ So sind beispielsweise im Niger, einem Nachbarland von Mali, aktuell deutsche Elitesoldat*innen ohne Bundestagsmandat mit der Ausbildung nigrischer Spezialeinheiten beschäftigt. Im Schlepptau einer französischen Initiative, die sich in Vorbereitung befinde, könnten daraus im Niger und weiteren Nachbarländern eine sogenannte Mentoring Mission werden. Wie bereits in Afghanistan würden deutsche Soldat*innen sich nicht mehr nur auf die Ausbildung in geschützten Lagern konzentrieren, sondern mit ihren Auszubildenden auch in den Kampf ziehen. Eine perfide Strategie, um Kontrolle über Armeen in Regionen von strategischem Interesse zu erhalten und damit auf die Kämpfe Einfluss nehmen zu können, den deutschen Blutzoll aber extrem zu minimieren.

Ein weiteres mögliches Abenteuer begründete die Verteidigungsministerin mit der Rolle Deutschlands als Handelsnation und – neben China – Marktführer in der internationalen Containerschiffahrt. Daher gäbe es ein besonderes Interesse an freien und friedlichen Seewegen, die allerdings auch geschützt werden müssten. Hier wäre neben den eigenen ökonomischen Interessen Deutschlands auch ein „klares Zeichen der Solidarität“ mit den Partnerstaaten im Indo-Pazifischen-Raum, darunter Australien, Japan und Südkorea, „aber auch Indien“ vonnöten. Diese fühlten sich vom Machtanspruch Chinas in der Region zunehmend bedrängt. Daher sei es „an der Zeit, dass Deutschland auch ein solches Zeichen setzt, indem wir mit unseren Verbündeten Präsenz in der Region zeigen.“ In

dieser Aussage sieht Wiegold einen klaren Hinweis auf die Vorbereitung einer deutschen „Freedom of Navigation-Mission im Südchinesischen Meer“.⁵

Dahinter verbirgt sich eine Praxis der US-amerikanischen und der französischen Marine, regelmäßig mit großen Kriegsschiffen Passagen im Südchinesischen Meer zu befahren, die sie zum internationalen Seeraum zählen, China diese aber für sich beansprucht. Sollte sich die Bundesregierung dazu hinreißen lassen eine solche Mission einzurichten, wäre dies, neben der Truppenpräsenz an der russischen Grenze, ein weiteres gefährliches Muskelspiel, bei dem es auch unbeabsichtigt zu Eskalationsdynamiken kommen könnte.

Während noch nicht absehbar ist, ob Kramp-Karrenbauer ihre Vorstöße für Nordsyrien und die Straße von Hormus bereits endgültig begraben hat, brachte sie in ihrer Rede neue Schauplätze für militärische Missionen ins Spiel. Die jungen Offiziersanwärter*innen im Publikum dürfen also gespannt sein, welche Abenteuer ihre Verteidigungsministerin für sie parat hält.

Nationaler Sicherheitsrat und Vorratsbeschlüsse im Bundestag

Ganz im Sinne der von ihr ausgemachten deutschen Interessen begibt sich Kramp-Karrenbauer auf den Weg, sich die Strukturen zu schaffen, die es für eine solche neue Interessenpolitik braucht. Dabei beruft sie sich auf eine Redewendung, die Barak Obama als US-Präsident gegenüber seinen Mitarbeiter*innen genutzt haben soll: „Don't admire the problem. Tell me about solutions.“ (Bewundere nicht das Problem. Verrat mir etwas über Lösungen.) So gäbe es laut Kramp-Karrenbauer kein „Erkenntnisproblem“, da es eine Vielzahl von „klugen Analysen und Strategiepapieren“ gebe. Das Problem sei vielmehr die Umsetzung, mit der sich schwer getan werde. Daher macht sie sich auf den Weg, im Angesicht der „strategischen Herausforderungen“ ein paar alte Zöpfe der demokratischen und durchaus in antifaschistischer Motivation entstandenen Nachkriegsordnung der deutschen Außenpolitik abschneiden zu wollen.

So will sie den Bundessicherheitsrat,⁶ der bisher hinter verschlossenen Türen ausschließlich über Rüstungsexporte entscheidet, in einen Nationalen Sicherheitsrat und damit zur sicherheitspolitischen Schaltzentrale der Bundesregierung umbauen. Dabei beruft sie sich auf Wolfgang Ischinger, den Vorsitzenden der Münchner Sicherheitskonferenz, der entsprechende Forderungen schon länger erhebt. Dieser Nationale Sicherheitsrat solle dann deutsche „Beiträge zur internationalen Krisenbewältigung schneller und effektiver zur Wirkung bringen.“

Um den Nationalen Sicherheitsrat aber nicht handzahn dastehen zu lassen, will Kramp-Karrenbauer mit einem weiteren Vorschlag auch die parlamentarische Kontrolle von Bundeswehreinsätzen auf ein Minimum zurückstutzen. Ziel dessen sei es, keine „Verzögerungen und Unsicherheiten über unsere Leistungsbereitschaft entstehen“ zu lassen. Dafür solle das Parlament dann, das deutet sie zumindest an, für alle von der UN, NATO oder einer Europäischen Initiative geführten internationalen Operationen mit völkerrechtlicher Legitimation Vorratsbeschlüsse bereithalten – z.B. jährlich die Hand heben, um alle kommenden Missionen per Wette auf die Zukunft zu beschließen. So soll der Parlamentsvorbehalt zwar auf dem Papier erhalten bleiben, die lästige Zeit und Mühe eines Parlamentsbetriebs allerdings eingespart werden. Zudem ist die

parlamentarische Debatte über Mandate – und Mandatsverlängerungen – für Auslandseinsätze zumeist der Punkt, an dem eine breitere gesellschaftliche Diskussion stattfindet – über Für und Wider des jeweiligen Einsatzes verhandelt wird und auch Gegner*innen die Möglichkeit haben, sich Gehör zu verschaffen. An die Parlamentsdebatten sind darüber hinaus Informationsrechte der Parlamentarier*innen gebunden, die über Ziele, Zahlen, Orte, Strukturen und Weiteres vor einer solchen Abstimmung informiert werden müssen – Informationen, auf die eine wirksame Opposition gegen Interventionspolitik angewiesen ist. Sollten diese Schritte tatsächlich umgesetzt werden, könnte der Nationale Sicherheitsrat, nach Absprachen mit Verbündeten und auf Grundlage der parlamentarischen Vorratsbeschlüsse, deutsche Truppen von einem Tag auf den anderen in alle Welt entsenden – ohne unmittelbare parlamentarische Kontrolle und ohne institutionalisierten Aufhänger für eine demokratische Debatte über deutsche Kriegsbeteiligungen.

Und die Rechnung? – zwei Prozent des BIP bis 2031

Um diese vonseiten der politischen Kontrolle entsicherte Bundeswehr für die neuen Aufgaben fit zu machen, fordert die Verteidigungsministerin mehr Geld – deutlich mehr Geld. Nachdem sich die Regierungskoalition, getrieben von der CDU, bereits auf einen Verteidigungshaushalt von 1,5% des BIP in 2024 – nach Prognosen rund 58 Milliarden Euro – „geeignet“ hat, will Kramp-Karrenbauer mehr. Bereits als CDU-Vorsitzende hatte sie im Sommer gefordert, die vollen 2% des BIP in Verteidigung zu investieren. Nun stellte sie von der Regierungsbank einen Zeitplan vor. Ab 2024 solle der Verteidigungshaushalt kontinuierlich ansteigen, um dann spätestens 2031 das NATO-Ziel von 2% des BIP zu erreichen. Korrespondieren würde dieser Anstieg der Rüstungsausgaben dann auch mit den Rüstungsplänen für die Bundeswehr. Auf der Grundlage von Konzeption und Fähigkeitsprofil der Bundeswehr von 2018⁷ ist geplant, bis spätestens 2031 die Truppenstärke zu steigern und die Vollausrüstung der gesamten Truppe mit neustem Material umzusetzen. Auf diesem Weg scheint die Verteidigungsministerin, nach Angaben der Zeit, bereits für 2020 die Summe von 50,36 Milliarden Euro als für die NATO relevante Ausgaben der Bundesregierung nach Brüssel gemeldet zu haben.⁸ Damit wäre die Schallmauer von 50 Milliarden Euro durchbrochen. Der Vorsatz, bis 2031 das 2%-Ziel der NATO zu erfüllen, würde die Rechnung um weitere zweistellige Milliardenbeträge erhöhen. Grobe Schätzungen für diesen Fall ergeben für 2031 Verteidigungsausgaben von rund 75 Milliarden Euro.⁹ Neben der verheerenden Wirkung der Aufrüstung, die mit diesen Unsummen betrieben werden soll, werden die zusätzlichen Milliarden im Verteidigungsetat in anderen Bereichen der öffentlichen Finanzen, vermutlich besonders im Sozialbereich, fehlen.

Fünf Jahre nach dem Münchner Konsens

Als Bühne für ihre sicherheitspolitische Grundsatzrede hatte sich die Verteidigungsministerin nicht ohne Grund die Universität der Bundeswehr in München ausgewählt. Einerseits sprach sie dort vor dem Offiziersnachwuchs der Bundeswehr, den jungen Soldatinnen und Soldaten, die in Zukunft die Geschicke der Bundeswehr leiten werden. Andererseits ist die Stadt München seit 2014 zu einem Symbol einer neuen, offensiven Außen- und Militärpolitik Deutschlands geworden. Hier

wurde auf der 2014er Sicherheitskonferenz der sogenannte „Münchener Konsens“ verkündet, auf den sich Kramp-Karrenbauer offensiv bezieht. Außenminister Steinmeier, Verteidigungsministerin von der Leyen und Präsident Gauck einigten sich damals auf die Formel, dass Deutschland sich sicherheitspolitisch „früher, entschiedener und substantieller einbringen“ solle. So heißt es in der Grundsatzrede: „Und dieser parteiübergreifende sogenannte Münchener Konsens prägt auch das Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr aus dem Jahr 2016. Das alles bleibt nach wie vor gültig und richtig.“

Nach der deutschen Verweigerung 2011 und 2012 Soldat*innen nach Libyen und Syrien zu entsenden, war 2014 in München angetreten worden, um die langjährige „Kultur der (militärischen) Zurückhaltung“ zu beerdigen. Diese Initiative war allerdings in den letzten Jahren ins Stocken geraten. Nun ist Kramp-Karrenbauer in München angetreten, um sich als tatsächliche Totengräberin zu profilieren. Damit schlägt sie nicht nur im Bereich der deutschen Außenpolitik Pflöcke ein, sondern geht auch persönlich volles Risiko, um dem Umfragetief einen politischen Befreiungsschlag entgegenzusetzen. In Anbetracht dessen stellt sich die Frage, ob sich die Grundsatzrede als weiterer Alleingang herausstellt, oder ob Kramp-Karrenbauer in der Lage ist, diesen Vorstoß zu nutzen, um den Koalitionspartner unter ihren Vorzeichen an den Verhandlungstisch zu zwingen. Sollte sich daraus, gut fünf Jahre nach dem Münchener Konsens, ein erneuerter und erweiterter Elitenkonsens ergeben, wäre dies ein weiterer großer Schritt Deutschlands, sich nach dem Zweiten Weltkrieg wieder als „handlungsfähige“, interessengeleitete, globale militärische Macht zu restaurieren.

Anmerkungen

- 1 Annegret Kramp-Karrenbauer, Rede der Ministerin an der Universität der Bundeswehr München, 07.11.19. bmvg.de
- 2 Mehr zum „Münchener Konsens“ im Abschnitt „Fünf Jahre nach dem Münchener Konsens“. Oder: IMI-Analyse 2014/004, Jürgen Wagner, Münchener Sicherheitskonferenz: Generalangriff der Kriegstreiber, 01.02.2014, imi-online.de
- 3 BMVg, „Die Sicherheit in der Sahelzone ist Teil unserer Sicherheit“, Interview der Süddeutschen Zeitung mit der Verteidigungsministerin, 06.11.19, bmvg.de
- 4 Augen geradeaus!, Thomas Wiegold, Bundeswehr im Sahel: Wahrscheinlich länger, vielleicht auch anders?, 06.11.2019, augengeradeaus.net
- 5 Augen geradeaus!, Thomas Wiegold, AKK skizziert ihre Sicherheitspolitik: Mehr Verantwortung, mehr Einsätze, mehr Geld, 06.11.2019, augengeradeaus.net
- 6 Der Bundessicherheitsrat ist ein Gremium zur geheimen Abstimmung über die Genehmigung von Waffenexporten. Er setzt sich zusammen aus Verteidigungs-, Innen-, Außen-, Wirtschafts-, Finanz-, und Justizminister*in, sowie Minister*in für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Kanzler*in und Chef*in des Kanzleramtes. Weitere Ministerien, der Generalinspekteur der Bundeswehr und der Chef des Bundespräsidialamtes können beratend hinzugerufen werden.
- 7 IMI-Analyse 2018/29, Jürgen Wagner, Konzeption und Fähigkeitsprofil: Bundeswehr-Umbau für den Neuen Kalten Krieg, 10.12.2018, imi-online.de
- 8 Zeit Online, Verteidigungsetat könnte auf mehr als 50 Milliarden Euro steigen, 16.10.19, zeit.de
- 9 Ausgehend vom BIP für 2018, mit einer angenommenen jährlichen Steigerung um ein Prozent, lässt sich ein Näherungswert bilden, der allerdings nur zur groben Veranschaulichung dienen kann.

Zum F-16-Absturz bei Trier: Militärische Übungsflüge beenden

Am 7. Oktober 2019 stürzte ein Kampfflugzeug vom Typ F-16 der US-Streitkräfte aus Spangdahlem in der Eifel im Wald zwischen den Dörfern Zemmer und Rodt ab, der Pilot konnte sich mit Schleudersitz retten und wurde nur leicht verletzt, sonst kamen keine Menschen zu Schaden.

Die Kriegsfunktion von Kampffliegern und Airbases wie Spangdahlem ist bei den aktuellen Berichten kaum Thema, stattdessen heißt es u.a.: „Klar sei aber bereits: Das Gebiet ist sicher. Es gehe keine Gefahr von dem zerschellten Flugzeug aus.“ Die Friedensbewegung vor Ort kritisiert: „Der hochgiftige Treibstoff, der beim Absturz in die Umwelt gelangen kann, wird über kurz oder lang die eh schon hohe Belastung der Bevölkerung mit krebserregenden Emissionen weiter erhöhen. Zudem darf nicht verschwiegen werden, was Militärflugzeuge in ihrem eigentlichen Sinne anrichten: Sie bringen andernorts gewollt Tod und Zerstörung auch über die Zivilbevölkerung wie im Irak, Kosovo und Afghanistan – oft zynisch als Kollateralschaden verharmlost.“

Seit den letzten Abstürzen gab es keine öffentlich bekannten Vorkehrungen oder Schutzmaßnahmen für einen besseren Umgang mit zukünftigen Abstürzen und Giftstoffen wie beispielsweise das kontaminierte Erdreich. Dabei ist bekannt, dass die einstrahlige Auslegung eine Schwäche der F-16 ist und ein Triebwerksversagen in Verbindung mit geringer Flughöhe fast unweigerlich zum Absturz des Kampfflugs führt. Deswegen ist auch davon auszugehen, dass sowohl Hydrazin für das Notenergieaggregat als auch der hochgiftige NATO-Treibstoff JP-8 an Bord waren.

Die F-16 üben wie viele NATO-Militärs den Luft-Bodenkampf in der Übungszone TRA Lauter mit Polygonstationen, ein 20.000qm großes Trainingsgebiet mit den Militärstandorten Spangdahlem, Ramstein und Büchel, das von Karlsruhe über Saarbrücken und Trier nach Worms und bis nach Frankreich reicht. Der Übungsflugraum Tra Lauter gilt deutschlandweit als die meist belastete Region mit Kampfflugsübungen. Im Jahr 2018 habe es 821 Nutzungsstunden von Kampfflugs gegeben.

Die Kampfflugzeuge F-16 sind aktuell im Jemenkrieg eingesetzt, sie bombardierten Aftan und es ist zu erwarten, dass Erdogan sie auch in der neuen Militäroffensive gegen kurdische Gebiete wie Rojava einsetzen wird.

Der US-Kriegsflughafen in der Eifel macht deutlich, wie viel Zerstörungsergie hier von Landes- und Bundesregierung mit Millionen Euro unterstützt wird. Gefahr für Mensch und Umwelt wird heruntergespielt und die politische Bedeutung und Funktion von Kampfflugzeugen und Kriegsflughäfen weiterhin verschwiegen.

Der Absturz der F-16 verdeutlicht die tägliche Gefahr durch Kriegsflughäfen wie Spangdahlem, statt bei Abstürzen abzuwiegen, wäre ein Ende der militärischen Übungsflüge und zivile Konversion das Gebot der Stunde.

Markus Pflüger

BWTEX

Anti-Terror-Übung “katastrophischen Ausmaßes”?

von Martin Kirsch

Vom 18. bis 19. Oktober 2019 hielt das baden-württembergische Innenministerium eine Großübung zur Bekämpfung von Terroranschlägen im Inland ab. Nach Angaben des Ministeriums handelte es sich dabei – mit 2500 Beteiligten, einem Jahr Vorbereitungszeit und reinen Materialkosten von rund 250.000 Euro¹ – um die größte Anti-Terror-Übung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Laut Bundeswehr, die ebenfalls an der Übung beteiligt war, eine Übung „von großer strategischer Bedeutung“,² weil erstmals der Ablauf eines gesamten Anschlagsszenarios vom ersten Schuss bis zur Versorgung von Verletzten im OP mit realen Einsatzkräften trainiert wurde.

Unter dem Titel BWTEX (Baden-Württemberg Terrorismusabwehr Exercise) kamen am 19. Oktober rund 1.500 Einsatzkräfte aus Landespolizeien, Bundeswehr, Bevölkerungsschutz, Feuerwehren, THW und Rettungsdiensten auf dem Bundeswehr-Truppenübungsplatz Heuberg auf der schwäbischen Alb zusammen. Dazu waren bis zu 450 Einsatzkräfte in vier umliegenden Krankenhäusern, sowie Polizeikräfte aus der Schweiz samt Panzerfahrzeug, an der Übung beteiligt. Mit der Übungsorganisation und -koordination waren rund 500 weitere Personen der beteiligten Organisationen beschäftigt.³ Diese hatten bereits am Vortag in den Stäben von Polizei, Bundeswehr und Rettungskräften an diversen Standorten im Südwesten, von Göppingen, über Stuttgart bis Konstanz, sowie in Berlin, die Abläufe und Kommunikationswege der Kommandoebenen trainiert.

Laut Übungsdrehbuch war es bereits in den Vormonaten zu sechs Anschlägen mit über 100 Toten und diversen Anschlagversuchen durch eine Islamistische Gruppierung in ganz Deutschland gekommen. Das konkrete Szenario am 19. Oktober umfasste einen Doppelanschlag mit Bombenexplosion, Schießerei, totem Terroristen mit Sprengstoffgürtel und einer Geiselnahme in der Innenstadt von Konstanz, die dafür auf dem Truppenübungsplatz extra nachgestellt wurde.

Der Pressesprecher des Innenministeriums, Renato Gogliotti, nennt es „ein Anschlagsszenario, das sicherlich katastrophischen Ausmaßes ist“.⁴ Eine Formulierung, die nicht zufällig gewählt wurde, weil sie nach der neuen Rechtsprechung des Verfassungsgerichts von 2012 den Einsatz der Bundeswehr in der Terrorabwehr im Inland mit „militärischen Mitteln“ ermöglicht. So wurden im Übungsverlauf neben Polizei und Bevölkerungsschutz auch Soldat*innen einbezogen, um Verletzte mit Panzerfahrzeugen aus dem Gefahrenbereich zu bergen. Zudem wurde die maßgeblich von zivilen Rettungskräften betriebene Verletztensammelstelle durch Reservist*innen aus der Region mit „hoheitlichen Zwangs- und Eingriffsbefugnissen“ und gezogenen Gewehren gesichert.

Rechtsgrundlage

Die Worte des Ministeriumssprechers Gogliotti, der am 19. Oktober in Polizeiuniform vor die Presse trat, waren so gewählt, dass er die aktuellen juristischen Grundlagen der

Übung auf eine Minimalformel brachte. In einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2012 zum Luftsicherheitsgesetz hatte die Mehrheit der Karlsruher Richter*innen die Tür für einen bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Inland weiter aufgestoßen. Dazu waren beide

Kammern des Gerichts zu einem Plenumsentscheid zusammengekommen. Ein seltenes Vorgehen, das die Brisanz der Entscheidung verdeutlicht. In einer schriftlich im Urteilstext vermerkten abweichenden Meinung des Verfassungsrichters Gaier hieß es damals: „Im Schatten eines Arsenal militärischer Waffen kann freie Meinungsäußerung schwerlich gedeihen.“

Während der Abschuss von Zivilflugzeugen durch die Bundeswehr als klar verfassungswidrig eingestuft wurde, ließen es sich die Verfassungsrichter*innen nicht nehmen, in einer Grundgesetzänderung per Gerichtsentscheid den Einsatz von bewaffneten Einheiten der Bundeswehr zur Gefahrenabwehr zu legalisieren, wenn es sich – beispielsweise bei Anschlagsszenarien – um eine „Ausnahmesituation katastrophischen Ausmaßes“ handeln würde.⁵

Von den bereits eröffneten neuen Spielräumen durch das Karlsruher Urteil weitestgehend unbeeindruckt hatte das CDU-geführte Verteidigungsministerium in der Debatte um das Weißbuch 2016 versucht, eine Verfassungsänderung in der Regierungskoalition durchzusetzen, scheiterte aber am Widerstand der SPD, den Inlandseinsatz der Bundeswehr vollends freizugeben.

Damit verschob sich die politische Handlungsebene von der Debatte um eine Verfassungsänderung auf die zeitnahe praktische Ausgestaltung der neuen Möglichkeiten im Rahmen des Katastrophennotstandsartikels 35. So ließ die damalige Verteidigungsministerin von der Leyen bereits im Sommer 2016, während eines rechtsmotivierten Amoklaufes in München, Militärpolizei und Sanitätskräfte der Bundeswehr in Alarmbereitschaft versetzen.⁶

Verfassungsrechtliche Grenzfälle als Grundlagen für die TEX-Übungsserie

Seit März 2017 wird sich aktiv auf die polizeilich-militärische Anwendung des Katastrophenschutzparagraphen im Grundgesetz vorbereitet. Den Aufschlag bildete die Gemeinsame Terrorismusabwehr Exercise (GETEX),⁷ bei der Bundesbehörden, sechs Länderpolizeien, Bundeswehr und Rettungskräfte den gemeinsamen Einsatz übten – allerdings nur per Simulation in den Kommandozentralen, ohne dass ein Soldat die Kaserne verließ. In der damaligen Berichterstattung schienen die Nennung der neuen Rechtsgrundlage und eine politische Einordnung dieser für den auch medialen Präzedenzfall zum absoluten Standard zu gehören.

Mittlerweile scheint sich, anstelle der weiterhin verfassungsrechtlich komplizierten Einordnung von Bundeswehrein-sätzen zur Terrorabwehr im Inland, das Zauberwort von der „Ausnahmesituation katastrophischen Ausmaßes“ weitestgehend durchgesetzt zu haben. Wenn das für die Übung erstellte Bedrohungsszenario nur groß genug ist und das Zauberwort fällt, dann darf die Bundeswehr kommen und „helfen“, so die Lesart.

Nach der GETEX-Übung auf Bundesebene ist Baden-Württemberg-TEX nicht die erste Übung dieser Art, bei der

versucht wird für Behörden und Politik auf Landesebene Klarheit im Umgang mit der neuen Rechtsgrundlage zu schaffen. Zuvor hatten bereits Bayern (BAYTEX 2018), Brandenburg (BBTEX 2019) und Niedersachsen (NITEX 2019) ähnliche Übungen abgehalten – wenn auch in kleinerem Maßstab.

Dass es sich bei BWTEX durchaus um eine rechtlich umstrittene Ausgangslage handeln könnte, war den Soldat*innen, die am 17. Oktober in der Stettener Kaserne ihre Ausrüstung und Panzerfahrzeuge präsentierten, durchaus bewusst. Ein Soldat verwies bei der Frage nach möglichen Einsatzszenarien gleich an den Presseoffizier, der allerdings auch von der Polizei nicht gefunden werden konnte. Ein Sanitätssoldat machte sich über Vorgaben lustig, die sie anscheinend im Vorhinein bekommen hatten. So sei eine „No Boots on the Ground“-Order erlassen worden, die Soldat*innen dazu verpflichtet, ihre gepanzerten Fahrzeuge nicht zu verlassen und die Arbeit in der Gefahrenzone von der Polizei erledigen zu lassen. Darüber lachend wurde im selben Atemzug eine Änderung des Artikel 35 im Grundgesetz gefordert, um die Armee im Inland leichter einsetzen zu können. Damit bläst der Soldat ins selbe Horn wie der Gastgeber der Übung, CDU-Innenminister Strobl.

Rechtspolitik wird in den Stäben und Ministerien gemacht

Der mediale Fokus bei solchen Großübungen liegt zumeist dort, wo Bilder erzeugt werden – wo Spezialkräfte der Polizei mit Panzerwagen oder Marineschiffen zum Einsatzort gebracht werden, Sanitätspanzer Verletzte abtransportieren, oder bewaffnete Soldat*innen öffentliche Flächen militärisch sichern. Hier wird ein Bild der Normalisierung von Inlandseinsätzen der Bundeswehr zur Terrorabwehr in die Öffentlichkeit vermittelt.

So ließ sich Innenminister Strobl, der zum law-and-order-Flügel der CDU gezählt werden kann, während der Übung wie folgt zitieren: „Die Bedrohungslage ist real. Wir können zwar hoffen, dass es nicht eines Tages wirklich zum Schlimmsten kommt. Aber allein mit der Hoffnung kommen wir nicht weiter.“⁸ Damit untermauerte Strobl implizit auch seine über den Übungsrahmen hinausgehende Position als Befürworter einer Verfassungsänderung, mit dem Ziel den Spielraum der Bundeswehr im Inland auszuweiten.

Ein realistischeres Bild der Wahrscheinlichkeit einer Anschlagsserie, wie sie in der Übung dargestellt wurde lieferte der Sprecher des Innenministeriums Renato Gogliotti: „Ein Anschlagsszenario, das sicherlich katastrophischen Ausmaßes ist und so für uns keine konkrete Basis hat. Aber wir wollen das Udenkbare üben.“⁹ (Hervorhebung MK) Er beschrieb damit ein rein fiktives Szenario, ohne reale Basis, das die Anwendung der neuen Rechtsgrundlage ermöglicht.

Eine skeptische, aber nicht grundlegend ablehnende Position formulierte der Innenexperte der Landtags-Grünen Uli Sckerl: „Wir werden genau hinschauen, ob die vom Grundgesetz verlangte Rollenverteilung zwischen Polizei und Bundeswehr überhaupt eingehalten werden kann.“. Damit erklärte er die BWTEX-Übung im Vorhinein zum Test dafür, „welche Rolle die Bundeswehr tatsächlich spielt“.¹⁰

Bei diesen drei politischen Einordnungen der juristischen Ausgangslage handelt es sich um Positionen, die so oder so ähnlich nicht nur innerhalb der Landesregierung, sondern auch in den beteiligten Behörden vertreten sein werden.

Diese unterschiedlichen Grundeinstellungen in praktische Handlungsmuster, Kommunikationswege und Arbeitsabläufe

zu übersetzen, war abseits der Fernsehkameras auch Teil der BWTEX-Übung und ihrer Vorgänger. So waren alle öffentlich präsentierten Übungen der TEX-Reihe auch mit einer Stabsrahmenübung verknüpft – einem reinen Kommunikationsplanspiel der Leitungsebenen. Dort sitzen Führungskräfte von Polizei, Militär und Rettungsdiensten in ihren jeweiligen Kommandozentralen und bearbeiten Szenarien ausschließlich auf den Ebenen von Kommunikation, Alarmierung und Organisation. Hier werden die juristischen Grenzfälle durchgespielt, um zu testen, wann die Bundeswehr hinzu gerufen werden kann und wann nicht. Interpretationen der Rechtslage, die sich hier durchsetzen, haben gute Chancen in den nächsten Jahren zu Handlungsgrundsätzen für Inlandseinsätze der Bundeswehr zu werden. Hier werden die Spielräume ausgelotet, wie weit Behördenvertreter gehen können, die eine Begrenzung von Inlandseinsätzen am liebsten ganz kippen würden.

Mit dem Versuch im Rahmen der TEX-Übungen Fälle zu konstruieren, in denen der Paragraph 35 greift, wird so eine behördenübergreifende Verfassungsinterpretation für den Inlandseinsatz der Bundeswehr zur Terrorabwehr etabliert, von der nicht klar ist, ob sie einer späteren Prüfung durch das Verfassungsgericht standhalten würde. Sollte es zum Fall der Fälle kommen, herrscht dann allerdings eine vorläufige Einigung, die zur Anwendung gebracht werden kann.

Normalisieren, Kennenlernen, Kommunizieren

Neben der Aushandlung der rechtlichen Grundlagen haben die TEX-Übungen allerdings auch die beabsichtigte, unmittelbare Wirkung den Inlandseinsatz der Bundeswehr in den Köpfen der breiten Bevölkerung und der ausführenden Polizist*innen, Feuerwehrleute, Sanitäter*innen und Soldat*innen zu normalisieren.

Dass die BWTEX-Übung auch auf ihre Öffentlichkeitswirksamkeit ausgelegt war zeigt sich daran, dass zur Live-Übung am 19. Oktober 300 geladene Gäste aus Behörden und Parlamenten – einige auch aus der Schweiz, Österreich, Frankreich und Großbritannien – sowie 65 Pressevertreter*innen anwesend waren, um sich das inszenierte Anti-Terror-Spektakel von einer Tribüne aus anzusehen und darüber zu berichten.

Für Innenminister Strobl war es zudem eine Möglichkeit seine „Handlungsfähigkeit“ pressewirksam zu inszenieren: „Wer heute erlebt hat, wie leistungsfähig hier gearbeitet wurde, wie konsequent aufeinander abgestimmt gehandelt wurde, kommt sicher zu dem gleichen Schluss wie ich: Die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sind hoch professionell und sehr gut vorbereitet.“¹¹

Neben der Öffentlichkeitswirksamkeit greift der Effekt der Normalisierung allerdings auch innerhalb der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Ein idealtypisches Beispiel dafür war die Vorbereitung der Bevölkerungsschutz-Einsatzeinheit des Roten Kreuz Zollernalb für die BWTEX-Übung. Bereits im Frühjahr hatten sie auf dem Truppenübungsplatz in Heuberg mit Bundeswehrsankräften einen Tag zusammen gearbeitet und sich kennengelernt. Ein dort trainiertes Szenario war die gemeinsame Verletztenversorgung im Rahmen eines Zusammenstoßes zwischen Feldjägern der Bundeswehr und Demonstrant*innen im Rahmen eines fiktiven NATO-Gipfels. Danach gab es dann ein „echt cooles Fest“, so der Rotes Kreuz-Vertreter. In der Rolle des mit staatlichen Hoheitsrechten versehenen Bevölkerungsschutzes wurden, sowohl während der Übung als auch beim späteren gemeinsamen Feiern, die Neutralitätsgrundsätze des Roten

Kreuzes anscheinend gepflegt an den Nagel gehängt. Ausgehend von diesem Beispiel muss von einer ähnlichen Verbrüderung von zivilen Behörden und Organisationen mit dem militärischen Gegenüber im Rahmen dieser Übungen ausgegangen werden.

Dass Rettungsdienste, Feuerwehr, spezialisierte Einheiten der Polizei wie Bombenentschärfer und Geräteeinheiten der Bereitschaftspolizei auf dem Feld der staatlichen Finanzierung durchaus in einem Konkurrenzverhältnis zu ihren militärischen Gegenstücken stehen, wenn diese vermehrt im Inland zum Einsatz kommen, schien keine besondere Rolle zu spielen. Bei der Leistungsschau am 17. Oktober auf diesen Themenbereich angesprochen, wurde gegenteilig, ausweichend, oder mit einem Verweis auf die Führungsebene, die ohnehin das Sagen habe, geantwortet.

Die Parole, auf die sich auf der ausführenden Ebene alle einigen konnten, wer in etwa: „Wir sind hier um Fehler zu machen und daraus zu lernen“. Eine pragmatische Einstellung, die sich wiederum mit der Vorgehensweise der Stabsebene deckt – den verfassungsrechtlichen Grenzfall in Übungsszenarien so lange durchspielen, bis sich eine gewisse Routine einstellt.

Großübungen sind nur die Spitze des Eisbergs

Mit jeder bildgewaltigen Übung der TEX-Reihe setzt sich die vermeintliche Normalität von bewaffneten Soldat*innen zur Terrorabwehr in der Öffentlichkeit weiter durch.

Dafür wird ein Verfassungsgerichtsurteil herangezogen, welches die Grenzen des rechtlich Möglichen beschreibt. Dass dieser Grenzfall zur Grundlage für regelmäßige Übungen gemacht wird, zeigt, dass im Bereich der Inneren Sicherheit und was den Einsatz des Militärs im Inland angeht aktiv mit Katastrophenszenarien gearbeitet wird. Ob mögliche künftige Einsätze dann tatsächlich die rechtliche Prüfung überstehen würden ist ungewiss. Sollte es so weit kommen, kann ein Verfassungsgerichtsurteil nach einigen Jahren entsprechender Praxis, selbst wenn es weitere Beschränkungen setzen würde, den entstandenen Schaden allerdings nicht mehr auffangen.

Abseits des Rampenlichts ist die bis vor wenigen Jahren noch weitestgehend als Tabu eingestufte Kooperation von Bundeswehr und Polizei in den letzten Jahren längst zum Alltag geworden.

Für die Entwicklung der Ausbildung von Streifenpolizist*innen für sogenannte Amok- und Terrorlagen, die sich seit 2015 durchgesetzt hat, standen neben der Bundeswehr auch weitere Militärs, u.a. aus Frankreich und Israel, Pate.¹²

Mittlerweile ist diese militarisierte Zusatzausbildung für „lebensbedrohliche Einsatzlagen“ fest in den Lehrplänen von Bundes- und Länderpolizeien verankert. Sie bildete auch bei BWTEX die Grundlage für das Vorgehen von übenden Streifen- und Bereitschaftspolizist*innen.

Ähnliches gilt für die Spezialausrüstung, die mittlerweile in jedem Streifenwagen deponiert ist und bei der Übung zur Schau gestellt wurde. Auch beim Kauf von Schnellfeuerwaffen, Titanhelmen, schweren Schutzwesten und gepanzerten Fahrzeugen durch die Polizei wurde auf Erfahrungen der Bundeswehr aus den Auslandseinsätzen, wie in Afghanistan, zurückgegriffen.

Die intensivste Kooperation mit der Bundeswehr betreibt die Bundespolizei. Auf einer Konferenz für Führungskräfte im Juli 2019 unterzeichneten der Inspekteur der Streitkräftebasis, Generalleutnant Martin Schelleis, und der Präsident des Bundespolizeipräsidiums, Dr. Dieter Romann, in Blumberg bei Berlin eine Kooperationsvereinbarung.¹³ Ziel soll es sein, auch einzelne Dienststellen beider Organisationen enger zu vernetzen. Als zentrale Arbeitsfelder wurde die Zusammenarbeit im Bereich Personal, sowie bei der Materialwirtschaft und -erprobung hervorgehoben.

Für Zusammenarbeit auf diesen Feldern gibt es allerdings schon jetzt Beispiele. So findet die Fallschirmausbildung der Spezialkräfte der Bundespolizei bereits bei der Bundeswehr statt.¹⁴ Zudem besuchten im März 2019 zwei Schießtrainer der Bundespolizei eine Ausbildung zur Nutzung von ferngesteuerten Maschinengewehren auf Fahrzeugen im Ausbildungszentrum der Bundeswehr in Hammelburg.¹⁵ Diese Waffensysteme sollen künftig auch auf gepanzerten Fahrzeugen der Bundespolizei genutzt werden. Zudem laufen aktuelle Materialerprobungen des Bundesinnenministeriums zur Beschaffung von gepanzerten Fahrzeugen für Bundes- und Landespolizeien u.a. bei der Wehrtechnischen Dienststelle 41 in Trier.

Auch über die Bundespolizei hinaus hat sich in den letzten Jahren durchgesetzt, dass Polizeibehörden und Zoll regelmäßig Bundeswehrgelände nutzen, sowohl für Ausbildungsvorhaben, als auch als Park-, Unterbringungs- und Versorgungsinfra-



struktur bei Großeinsätzen.¹⁶ Ein Vorgehen, das lange für Ausnahmesituationen vorbehalten war, in den letzten Jahren aber zum absoluten Alltagsgeschäft geworden ist. Eine weitere Verschmelzung von Polizeien und Armee auf der Ebene der Infrastruktur, die darüber hinaus zu einer alltäglichen Annäherung führt.

Zusammenbringen, was nicht zusammengehört

Solange die aktuelle Auslegung der Verfassung Bestand hat, ist nicht davon auszugehen, dass Soldat*innen der Bundeswehr in der näheren Zukunft das Bild Deutscher Städte prägen werden, wie es beispielsweise in Frankreich oder Belgien zum Alltag gehört. Die Bundeswehr steht vielmehr weiter für Ausnahmesituationen bereit, auch wenn es sich dabei um Gipfelproteste handelt, wie die beschriebene Übung aus dem Frühjahr und Ereignisse der letzten Jahre zeigen.

Aktuell ist es kaum vorstellbar, dass Streifen der Bundeswehr die Polizei im Alltagsgeschäft ablösen. Sollte sich das politische Klima allerdings, z.B. durch eine Reihe von Anschlägen oder weitere Wahlerfolge der AFD verschärfen, steht die Bundeswehr bereits in den Startlöchern, weil erste Annäherungsschwierigkeiten durch regelmäßige gemeinsame Übungen bereits ausgeräumt wurden. Mit der permanenten Annäherung von Polizei und Bundeswehr wird nicht nur die politische Option ausgefeilt. Es werden auch die organisatorischen Unstimmigkeiten behoben, die einem großflächigen Inlandseinsatz der Bundeswehr bis vor Kurzem auch strukturell im Wege standen. Ein Prozess der zu einer permanenten Absenkung der Schwelle für Inlandseinsätze der Bundeswehr, auch solchen für repressive Zwecke, führt.

Unterhalb des bewaffneten Inlandseinsatzes der Bundeswehr hat sich in den letzten Jahren allerdings ein weiterer Trend durchgesetzt - die Militarisation der Polizei. So ist ein Effekt des Abfärbens militärischer Vorgehensweisen, Denkmuster, Materialien und Waffen auf die Polizei zu beobachten, der sich in der Eskalationshierarchie abwärts von den Spezialkräften bis hinunter zur Ebene des Streifendienstes bemerkbar macht.¹⁷ Damit ist die Bundeswehr als Orientierungspunkt für die Polizei mittlerweile nicht nur bei Anti-Terror-Einsätzen, sondern bis weit in den Polizeialltag hinein zum Teil der inneren Sicherheitsarchitektur geworden, auch wenn kein*e Soldat*in die Kaserne verlässt, oder sich auf anderen Wegen aktiv beteiligt.

Die gesellschaftliche Katastrophe liegt also mitnichten allein in einem Gerichtsurteil oder der Durchführung einer Anti-Terror-Übung mit Beteiligung der Bundeswehr. Vielmehr ist in den letzten Jahren ein Dammbbruch im Bereich des Trennungsgebots zwischen Polizei und Armee zu beobachten. Die schleichende Katastrophe ist somit in der zunehmende Verschmelzung von Polizei und Armee und der Normalisierung militärischer Mittel in der Innenpolitik zu sehen, die historisch, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen, vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zum NS immer einen zentralen Stützpfeiler autoritärer Staatlichkeit bildete. Paramilitärisches Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung war immer ein Mittel, dass jenen politischen Kräften in die Hände spielte, die – allzu oft erfolgreich – versuchten, die Rechte und Widerstandsoptionen der Bevölkerung gegenüber dem Staat zu beschneiden.

Für März 2020 wird nach Informationen des Journalisten Björn Müller¹⁸ bereits eine zweite Auflage der GETEX-Übung auf Bundesebene geplant. Diese Übung könnte einen Anlass

bieten, Kritik an Verschmelzung von Polizei und Militär und der damit einhergehende Entdemokratisierung auf die Straße zu bringen.

Anmerkungen

- 1 Welt, Hannelore Crolly, Wenn die Polizei an ihre Grenzen gerät, 20.10.2019, [welt.de](https://www.welt.de)
- 2 Streitkräftebasis, Andreas Steffan, „Die Polizei schützt, die Bundeswehr unterstützt“, 23.10.2019, [streitkraeftebasis.de](https://www.streitkraeftebasis.de)
- 3 Genauer beteiligt waren 320 Einsatzkräfte der Polizei, 300 Einsatzkräfte des Bevölkerungsschutzes, 120 Einsatzkräfte der Bundeswehr, 80 Einsatzkräfte des Technischen Hilfswerkes (Versorgung), 240 Statisten der Polizei, 100 Statisten der Bundeswehr, 380 Personen für die Übungsorganisation von Polizei/Bevölkerungsschutz und 100 Personen für die Übungsorganisation von Bundeswehr. Dazu kamen 300 Gäste (Presse / VIPs / Fachpublikum) und weitere beteiligte in Krankenhäusern und an anderen Standorten. Zu finden unter: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg, Interview zur BWTEX 2019, aus: Polizei-Zeitschrift Baden-Württemberg (DPZ), [im.baden-wuerttemberg.de](https://www.im.baden-wuerttemberg.de)
- 4 SWR Aktuell, Polizei und Bundeswehr in Stetten am kalten Markt - Schüsse und Bomben bei größter Anti-Terror-Übung Deutschlands, 19.10.2019, [swr.de](https://www.swr.de)
- 5 IMI-Analyse 2012/022, Michael Haid, „Im Schatten eines Arsenals militärischer Waffen kann freie Meinungsäußerung schwerlich gedeihen!“ - Die Bundeswehr im Innern nach der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, 19.10.2012, [imi-online.de](https://www.imi-online.de)
- 6 IMI-Analyse 2016/33b, Martin Kirsch, Bundeswehr in den Straßen? - Einschätzungen zur aktuellen Debatte um Bundeswehrein-sätze zur Terrorabwehr in Deutschland, 17.10.2016, [imi-online.de](https://www.imi-online.de)
- 7 IMI-Analyse 2017/10, Martin Kirsch, GETEX - Polizei und Bundeswehr üben Anti-Terror-Einsatz im Inland, 12.04.2017, [imi-online.de](https://www.imi-online.de)
- 8 WELT, Hannelore Crolly, Wenn die Polizei an ihre Grenzen gerät, 20.10.2019, [welt.de](https://www.welt.de)
- 9 SWR Aktuell, Polizei und Bundeswehr in Stetten am kalten Markt - Schüsse und Bomben bei größter Anti-Terror-Übung Deutschlands, 19.10.2019, [swr.de](https://www.swr.de)
- 10 WELT, Hannelore Crolly, Wenn die Polizei an ihre Grenzen gerät, 20.10.2019, [welt.de](https://www.welt.de)
- 11 Südwestpresse, Luca Stettner, BWTEX-Übung in Stetten am kalten Markt - Polizei und Bundeswehr proben Kampf gegen Terroristen, 20.10.2019, [swp.de](https://www.swp.de)
- 12 SWR Fernsehen Rheinland-Pfalz, Beitrag: „Blut, Schweiß und Adrenalin“, 04.07.2017, 19.30 Uhr, [swr.de](https://www.swr.de)
- 13 Streitkräftebasis, Patrick Schweitzer, Gemeinsame Potenziale nutzen, 12.07.2019, [streitkraeftebasis.de](https://www.streitkraeftebasis.de)
- 14 Deutsches Heer, Michael Krause, Freifaller der GSG 9 der Bundespolizei lernen künftig beim Heer, 16.11.2018, [deutschesheer.de](https://www.deutschesheer.de)
- 15 Kommando Streitkräftebasis, Sandra Sander, Vom Auszubildenden zum Ausbilder – Bundespolizisten lernen bei der Bundeswehr, 07.04.2019, [kommando.streitkraeftebasis.de](https://www.kommando.streitkraeftebasis.de)
- 16 Aktuelle Beispiele und ein Überblick über die Menge der Aufenthalte von Polizeikräften auf Bundeswehrgeländen finden sich in einer Anfrage der Linkspartei im Bundestag: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12704, Stattgefunden und geplante Amtshilfe- und Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Inland (Stand: zweites Quartal 2019), [kleineanfragen.de](https://www.kleineanfragen.de)
- 17 IMI-Analyse 2019/018, Martin Kirsch, Paramilitärische Polizei – Vorbild Bundeswehr - Die Innenministerkonferenz koordiniert die bundesweite Aufrüstung und Militarisation der Polizei, 18.07.2019, [imi-online.de](https://www.imi-online.de)
- 18 Pivot Area, Björn Müller, Germany: Large anti-terror drill with armed forces in the works, 27.06.2019, [pivotarea.eu](https://www.pivotarea.eu)

Die Militarisierung der Ostsee

Die NATO und das Marinekommando in Rostock

von Merle Weber

In den letzten Jahren hat sich in der Ostseeregion einiges getan: Die Anzahl der militärischen Übungen hat zugenommen, in den Anrainerstaaten sind neue militärische Strukturen entstanden, Truppen wurden stationiert und auch die Nachschubkontingente und -wege wurden ausgebaut. Kurz: Die NATO baut gerade die militärische Infrastruktur für einen Krieg in Osteuropa auf. Deutschland ist hier unter anderem mit dem neuen Marinekommando in Rostock ganz vorne mit dabei.

Teil 1: Die Bedeutung der Region für die NATO

Die sicherheitspolitische Bedeutung der Ostsee entwickelt sich geradezu deckungsgleich mit den drei Phasen der NATO. In der ersten Phase, von der Gründung des Bündnisses 1949 bis zum Ende der Sowjetunion 1990, dominierte die Großmachtkonfrontation das Denken und Handeln der Militärs. Die Ostsee war in diesem Kontext potenzieller Schauplatz einer direkten militärischen Konfrontation der beiden Großmächte in Europa. Ab den 1990ern passte sich die NATO an die neue weltpolitische Lage an. In dieser zweiten Phase entwickelte sie den Anspruch, überall auf der Welt in ihrem Interesse militärisch einzugreifen. Sie wird zum globalen Interventionsbündnis: Aufstandsbekämpfung und Regimechange ersetzen die Großmachtkonfrontation. Vor diesem neuen Hintergrund verlor die Ostsee zeitweilig ihre sicherheitspolitische Relevanz.

Seit einigen Jahren befinden wir uns in der dritten Phase: Am Horizont erstarbt China, der NATO-Block und Russland geraten zunehmend aneinander. Die „Wiederkehr der Konkurrenz großer Mächte“ sei das prägende Merkmal der heutigen Zeit. Dafür müssten sich Deutschland und die NATO rüsten, ohne dabei die globalen Interventionsansprüche fallen zu lassen, verkündete beispielsweise Ursula von der Leyen, damals noch als Verteidigungsministerin, Anfang 2019 bei der Münchner Sicherheitskonferenz.¹

Für die Ostsee bedeutet die zunehmende Eskalation des Konflikts zwischen NATO und Russland eine Rückkehr zu ihrer einstigen sicherheitspolitischen Bedeutung. Der strategische Umschwung des westlichen Militärbündnisses hat für die Ostseeregion eine voranschreitende Militarisierung und zunehmende Kriegsgefahr zur Folge. Damit beginnt nicht nur für die NATO ein neues historisches Kapitel der Sicherheitspolitik.

Militärische Strukturen um die Ostsee

Analog zur Eskalation der westlich-russischen Beziehungen hat in den letzten Jahren ein Prozess der umfassenden Militarisierung der Region eingesetzt. Der erste Schub wurde 2014 als „Readiness Action Plan“ auf dem NATO-Gipfel in Wales beschlossen und dann auch umgesetzt. Zunächst erhöhte die NATO ihre militärische Präsenz vor Ort in Form von Übungen unter, auf und über der Ostsee. Darüber hinaus wurde die „NATO Response Force“ von 13.000 auf 40.000 Soldaten auf-

gestockt, also ein Anstieg auf 300 Prozent. Diese Truppenstruktur ist innerhalb von 5 bis 30 Tagen weltweit einsetzbar und damit die Schnelle Eingreiftruppe der NATO. Sie wurde jedoch nicht nur vergrößert, sondern auch intern umstrukturiert. Mit der Very High Readiness

Joint Task Force (VJTF), umgangssprachlich Speerspitze genannt, gibt es jetzt innerhalb der NATO Response Force eine Unterorganisation, die noch schneller in jeweilige Einsatzgebiete verlegbar sein soll. Um den Kameraden der Speerspitze die Verlegung und vor allem das Ankommen zu erleichtern, gibt es zusätzlich noch die „NATO Force Integration Units“ in den potenziellen Einsatzländern. Deren Aufgabe ist es, den ankommenden NATO-Truppen im Einsatzland schnell Orientierung zu geben, sowie vor Ort Unterstützungsnetzwerke aufzubauen. Mit dem Readiness Action Plan wurde für Europa der Aufbau acht solcher Andockstationen beschlossen, vier davon in den östlichen Ostseeanrainern (Polen und Baltische Staaten). Darüber hinaus wurden die stehenden Marinekräfte der NATO ausgebaut. In einem ersten Schritt hat die NATO also ihre Präsenz in der Ostseeregion erhöht, die Nachschubtruppen vergrößert und ihre Verlegzeiten verringert, sowie an der russischen Grenze Strukturen aufgebaut, die diesen Nachschub in Empfang nehmen.²

Auf dem nächsten NATO-Gipfel 2016 in Warschau folgte die „Enhanced Forward Presence“. Mit diesem Programm wurde die Präsenz der NATO an ihrer Ostflanke noch einmal drastisch verstärkt. Mit jeweils einem Bataillon in Polen und den drei Baltischen Staaten sind jetzt insgesamt rund 4.000 NATO-Soldaten an der Ostflanke stationiert (dazu kommen noch im Rahmen der „European Deterrence Initiative“ bilateral von den USA verlegte Truppen). Die Soldaten rotieren zwar, das ändert jedoch nichts daran, dass das Bündnis damit eine nach der NATO-Russland-Grundakte unzulässige permanente Truppenpräsenz direkt an der russischen Grenze aufgebaut hat.³

Dritte Runde: NATO-Gipfel in Brüssel 2018. Die „Initiative zur Reaktionsfähigkeit“, auch „4x30“ genannt, wird beschlossen. 2020 sollen 30 Flugzeugstaffeln, 30 Kriegsschiffe und 30 Infanterie-Bataillone (bis zu 36.000 Soldaten) plus Unterstützungskräfte „in eine Reaktionsfähigkeit von 30 Tagen oder weniger“ versetzt werden. Zudem wurde ein Logistikkommando in Ulm beschlossen, das schnelle Transporte „nach, durch und aus Europa“ organisieren soll, d.h. vor allem reibungslose Truppen- und Materialverlegungen nach Osteuropa⁴. Für den Fall eines Konflikts mit Russland heißt das alles: Nach drei bis fünf Tagen ist die Speerspitze vor Ort und wird von den Integration Units eingegliedert, nach 30 Tagen ist der Rest der NATO-Response Force vor Ort, und ab dann die 3x30 der Initiative Reaktionsfähigkeit. Nebenbei bemerkt bedeutet dieser ausgebaute Nachschub unabhängig von der Ostseeregion prinzipiell mehr NATO-Truppen in höherer Bereitschaft, die sich natürlich auch in anderen Krisenregionen einsetzen lassen.

NATO, Russland und die Ostsee

In unterschiedlicher Form liest und hört man hier im Westen immer dasselbe: Eigentlich war Europa ein Hort von Demokratie und Dialog, von Kommunikation und Kompromissen – alles Friede, Freude, Völkerrecht in der Keimzelle der

westlichen Wertegemeinschaft. Bis 2014, dem Jahr, das alles anders machte. Mit der Annexion der Krim entscheidet sich Putin eindeutig gegen das Völkerrecht und macht knallharte Machtpolitik wieder zum Standard des zwischenstaatlichen Umgangs. Mit Bedauern sehen sich die NATO-Staaten durch diese Provokation gezwungen, selbst zu überwinden gehofften, drastischeren Mitteln zurückzukehren. Also beschließt man bei nächster Gelegenheit den Readiness Action Plan. Auf Putins Demonstration der Kompromisslosigkeit muss eine Demonstration der entschlossenen Stärke aus dem Westen folgen. Nach damaligem Stand des Kräfteverhältnisses könnten Russlands Truppen ohne Probleme in 60 Stunden in Tallinn und Riga und damit den Hauptstädten zweier NATO-Staaten stehen.⁵ Also beschließt man die Enhanced Forward Presence, schickt vier Bataillone an die russische Grenze. Was sonst soll Russland davon abhalten, als nächstes in die baltischen Staaten einzumarschieren?

So erzählt sich jedenfalls die NATO ihre Geschichte. Mit der Realität hat das alles wenig zu tun. Hinter der Annexion der Krim steht nicht vorrangig Putins „knallharte Machtpolitik“, sondern die kompromisslose Expansionspolitik der NATO und der EU. Die Politik des NATO-Machtblocks steuert auf eine Konfrontation mit Russland zu, seit man sich ab den frühen 1990ern für die Osterweiterungen entschieden hat. Die nächste Runde der Großmacht-Konfrontation war in der Expansion von NATO und EU von Beginn an angelegt. Das veranlasst NATO und EU damals wie heute jedoch nicht, von diesem brandgefährlichen Kurs abzulassen. Was ist das, wenn nicht „knallharte Machtpolitik“? Russlands Verhalten in der Ukraine-Krise ist nebenbei bemerkt keineswegs der erste Warnschuss aus Moskau Richtung Westen. 2014 ist nicht das magische Jahr, zu dem die NATO es erklärt. Vor 2014 kam 2011, vor 2011 kam 2008; vor der Ukraine-Krise kamen der Libyen- und der Syrienkrieg und davor der Georgien-Krieg. Russland und NATO geraten seit Jahren verstärkt aneinander. Aber anscheinend ist die Krim der erste Warnschuss, den die NATO zum Anlass nimmt, ihren Kurs zu ändern. Aber nicht etwa hin zu Kooperation und Deeskalation. Im Gegenteil: Seit 2014 hat offene Konfrontation das oberflächlich friedliche, fast schon stillschweigende Ringen um Osteuropa ersetzt. 1990 verlief die Trennlinie der Einflussphären der beiden Großmächte noch durch Deutschland. Heute ist Deutschland fest im NATO-Block verankert und die Linie ist gut tausend Kilometer nach Osten verschoben. Viel Platz gibt es nicht mehr zum Ausdehnen: Ukraine, Moldawien, Weißrussland und dann, dann bleibt fast nur noch Russland. Der Fokus der NATO verschiebt sich also von Osterweiterung zu Ostabsicherung. Die Militarisierung der Ostseeregion durch die NATO lässt sich nicht mit dem unwahrscheinlichen Szenario einer plötzlichen, unbegründeten russischen Invasion Estlands erklären, jedenfalls nicht überzeugend.⁶

Viel überzeugender ist da ein anderes Szenario: Der ungelöste Konflikt um die Ukraine eskaliert weiter, ähnliche Krisen entwickeln sich in Moldawien und Weißrussland vielleicht sogar Russland. Und auch wenn die baltischen Staaten in Europa tatsächlich das schwächste Glied der NATO sind, ist das allein noch kein Grund zu erwarten, dass Russland plötzlich NATO-Staaten angreift und damit de facto der NATO den Krieg erklärt. Außer natürlich, man geht davon aus, dass die NATO die ohnehin schon angespannte Lage noch weiter eskaliert. Da NATO und EU keinen Anschein machen, von ihren Ansprüchen auf Osteuropa (und den Rest der Welt) abzulassen, ist das leider gar nicht so unwahrscheinlich.

2024: Die Ostsee im Krieg mit Russland

Schon im Jahr 2010 wurde durch bei Wikileaks veröffentlichte Depeschen des US State Department und von diversen US-Botschaften weltweit bekannt, dass die NATO unter dem Codenamen „Operation Eagle Guardian“ Pläne für militärische Auseinandersetzungen mit Russland um Polen und die baltischen Staaten angefertigt hatte.⁷ Im Zentrum dieser Pläne steht der schnelle Einsatz von neun Divisionen aus den USA, Großbritannien, Deutschland und Polen falls es in Europa zu einem militärischen Konflikt mit Russland kommen sollte. Weitere Details zu Eagle Guardian sind nicht bekannt, insbesondere auch nicht, welche Rolle genau die Ostsee in einem solchen Szenario spielen soll. Bemerkenswert ist dabei, dass man sich in NATO-Kreisen schon vier Jahre vor der Krim-Krise um die militärische Infrastruktur im Baltikum gesorgt hat, mit der die Militarisierung der baltischen Staaten heute ja begründet wird.

Einen Eindruck, welche Rolle die Ostsee in einem solchen militärischen Konflikt haben könnte, liefert ein Blick in die Publikation „Fire and Ice – A New Maritime Strategy for NATO’s Northern Flank“. Veröffentlicht wurde das im militärstrategischen Diskurs relativ ausführlich rezipierte Papier Ende 2018 von der britischen Denkfabrik „Human Security Centre“. Auch wenn es sich also dabei um kein offizielles NATO-Papier handelt, gibt es wohl aktuell mit den „besten“ Einblick, wie sich Militärplaner einen möglichen Konflikt zwischen Russland und der NATO in der Ostsee ausmalen.

Im Papier wird das folgende Szenario ausgebreitet: In einem Krieg der NATO gegen Russland wäre die Ostseeregion „Hauptschauplatz“, wenngleich davon auszugehen sei, dass der Konflikt sich nicht auf die Ostsee begrenzen würde. Die Nachschubtruppen der NATO müssten auf ihrem Weg nach Europa den Atlantik überqueren und könnten dort schon von russischen U-Booten angegriffen werden. Darüber hinaus sei es für die NATO strategisch vorteilhaft, eine sogenannte „horizontale Eskalation“, also eine geographische Ausweitung des Konfliktes, in diesem Szenario über die Ostsee und auch über den Atlantik hinaus, gezielt voranzutreiben. So könne die NATO ihre zahlenmäßige militärische Überlegenheit ausnutzen, indem sie die russischen Streitkräfte nötige, sich über den Globus zu verteilen. Eine gezielt herbeigeführte Globalisierung des Krieges also.

Bei Kampfhandlungen in der Ostsee wären vor allem kleinere Schiffe und amphibische Fahrzeuge gefragt, um die Operationen an Land zu unterstützen, indem sie beispielsweise Truppenkonvois in die Region eskortieren sowie sich an der



Anlandungsversuche im baltischen Gebiet im Rahmen des NATO-Manövers Saber Strike 2017. Quelle: U.S. Marine Corps Forces Reserve / Lance Cpl. Ricardo Davila



Korvette der Klasse 130 (auch: Braunschweig-Klasse), die u.a. für Einsätze in der Ostsee „geeignet“ ist. Quelle: Ein Dahmer / CC BY-SA 4.0

Abwehr der von Kaliningrad abgefeuerten russischen Raketen beteiligten. Mit seinen in Kaliningrad stationierten Raketen-systemen könne Russland große Teile der Ostsee, aber auch die Baltischen Staaten und Polen bombardieren. Damit habe Russland die Fähigkeit, sowohl über das Meer, den Luftraum und über Land die Nachschubrouten der NATO zum Baltikum abzuschneiden. Es könnte die NATO-Staaten militärisch und ökonomisch aus den östlichen zwei Dritteln der Ostsee verban-nen und Truppen der Landstreitkräfte unter Beschuss nehmen, die versuchen würden, das kleine Stück polnisch-litauische Grenze zwischen Kaliningrad und Weißrussland zu passieren (die sogenannte Sulwalki-Lücke). Die Aufgabe, die russische Blase um Kaliningrad zu zerbersten, läge jedoch nicht vorrangig bei der Marine, sondern bei der landbasierten Luftwaffe. In diesem Kampf um den Zugriff auf die Ostsee komme auch der Minenkriegsführung eine besondere Bedeutung zu, denn die begrenzten und flachen Seestraßen der Ostsee ließen sich mit Minen effektiv dichtmachen. Und wäre dieses Ringen um die Ostsee erst einmal gewonnen, „hätten von Schiffen gestarte-te konventionelle Cruise-Missiles eine Reichweite, um St. Petersburg und Moskau zu erreichen“.⁸

Größte Sorge des Autors Rowan Allport ist dabei nicht etwa der drohende Krieg zwischen Atommächten, sondern dass es der NATO nicht gelingt, sicherzustellen, dass die „Kosten für Russland langanhaltend“ sind, also dass das Land nachhaltig ökonomisch, politisch und militärisch geschwächt aus einem solchen Krieg ginge. Auch wenn es sich hier, wie gesagt, um kein offizielles NATO-Dokument handelt, spricht einiges dafür, dass innerhalb des Bündnisses ganz ähnlich auf den Konflikt im Allgemeinen und die Ostsee im Besonderen geblickt wird. Mit Verteidigung hat das alles wenig zu tun, umso schlimmer ist es, dass Deutschland hier eine prominente Rolle spielt.

Teil 2: Deutschland: Randmeerkriege und das NATO-Marinekommando in Rostock

Die Bundeswehr wird derzeit systematisch für großangelegte Auseinandersetzungen mit Russland hochgerüstet: Nach gegenwärtigen Planungen soll 2023 eine erste schwere Brigade (ca. 5.000 Soldaten) in die NATO eingebracht werden, 2027 dann die erste Division (10.000 bis 20.000 Soldaten) und 2031 will die Bundeswehr dann drei Divisionen „beistuern“.⁹ Darüber hinaus wird auch das Material der Bundeswehr wieder auf sogenannte Randmeerkriege, also auf eine Konfrontation mit Russland auf der Ostsee, ausgerichtet.

Die am 20. Juli 2018 erlassene „Konzeption der Bundes-

wehr“ lässt in diesem Zusammenhang wenig Zweifel an der Relevanz der Ostsee aufkommen: „[Die] Befähigung zur Randmeerkriegsführung [...] bleibt unverändertes Ziel für die Ausgestaltung der deutschen SeeSK [Seestreitkräfte]. Im Rahmen der LV/BV [Landes-/Bündnisverteidigung] spielen dabei der Nordflankenraum der NATO und die Ostsee [...] zunehmend eine wichtige Rolle.“ Vor allem sei es erforderlich, für die „Baltischen Staaten“, falls nötig, eine „Nachversorgung über die Ostsee“ sicherzustellen.¹⁰

Wie auch in der zuvor beschriebenen Studie „Fire and Ice“ angedeutet, werden für Auseinandersetzungen in der verhältnismäßig engen Ostsee kleinere Schiffe benötigt – und genau für diesen Zweck wurde bereits 2017 der Ankauf von fünf weiteren Korvetten der Klasse K130 („Braunschweig-Klasse“) beschlossen. Zum Baubeginn im Februar 2019 erklärte die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen: „Die Marine muss die Ostsee wieder stärker in den Blick nehmen.“¹¹

Rostock: NATO-Ostseekommando

All diese Soldaten und ihre Schiffe müssen koordiniert und befehligt werden. Dazu etabliert die Bundesrepublik in Rostock gerade ein neues Zentrum zur Kriegsführung auf der Ostsee, das ihren regionalen Führungsanspruch in der Region untermauern soll. Zunächst hat die deutsche Marine all ihre Kommandostrukturen räumlich und strukturell in Rostock zusammengefasst. Bis 2025 soll dieses neue Marinekommando zu einem NATO-Marinekommando für die Ostseeregion aufgestockt werden. Dadurch versucht die Bundesregierung, sich als zentraler Akteur zu positionieren. Rostock soll zur Schaltzentrale für NATO-Aktivitäten im Baltikum werden.

Zentraler Bestandteil des Marinekommandos ist bereits und soll auch in Zukunft der Stab DEU MARFOR sein. Er wurde am 23. Januar 2019 in Dienst gestellt und ist Produkt eines Konzentrationsprozesses der Kommandostrukturen der deutschen Marine. Diese waren vor 2019 noch auf Rostock, Kiel und Wilhelmshaven und damit auch auf mehrere, kleinere Stäbe verteilt. Seit Januar sind sie jetzt im DEU MARFOR räumlich und strukturell zusammengefasst. Allein das extra zu diesem Zweck errichtete Gebäude kostete 66 Mio. Euro, ganz zu schweigen von den Unterhaltskosten und den Kosten der multinationalen Manöver, die Rostock auch in Zukunft noch abhalten wird. Zurzeit besteht der Stab aus 100 Posten, von denen 25 für Soldaten aus Partnerstaaten vorgesehen sind. Bis 2025 soll er jedoch auf bis zu 180 Posten, mit wiederum 75 für Partnerstaaten anwachsen. Denn aus dem konzentrierten, nationalen Stab mit internationalem Anteil soll bis dahin eine offizielle NATO-Kommandostruktur (BMCC, Baltic Maritime Component Command) für die Ostseeregion werden. DEU MARFOR soll dabei das „Kernelement“ dieses NATO-Marinekommandos bilden. Die Admirale in Rostock befehlen also in Zukunft nicht nur die gesamte deutsche Marine, sondern werden darüber hinaus auch NATO-Einsätze kommandieren. Aber nicht nur die Matrosen der NATO werden ihre Befehle in Zukunft aus Rostock erhalten. Das Marinekommando plant, auch in anderem Rahmen und „auch in anderen Regionen“¹² multinationale Einsätze zu führen. Beispielsweise in der EU, oder aber auch einfach mit den anderen Ostsee-Anrainern (ausgenommen Russland natürlich). So etwa die im September 2019 abgehaltene Übung „Northern Coasts“. Diese Militärübung findet seit 2007 jährlich statt. 2019 wurde sie vom DEU MARFOR geplant und kommandiert. Sie gilt als erster Testlauf des neuen Stabes. Das Szenario spricht dabei Bände über

die Funktion des (NATO-)Marinekommandos in der Region: Ein Staat (gemeint ist Russland) besetzt eine Ostseeinsel und „bedroht“ damit die Seewege bis in den westlichen Teil der Ostsee hinein. Gleich bei erster Gelegenheit proben die Herren in Rostock also den Kampf mit Russland um die Kontrolle über die Ostsee. Die Seewege der Ostsee sind für die Anrainer nicht nur von wirtschaftlicher Bedeutung, sie haben darüber hinaus auch militärstrategische Relevanz: Sie sind die Verbindungslinien vom Atlantik zu den baltischen Staaten, von der NATO zu ihren östlichen Mitgliedern.

Fazit: Steigende Kriegsgefahr

Krieg gegen Russland, soweit ist es noch nicht. Relevanz hat das Marinekommando in Rostock jedoch schon jetzt. Schon heute organisiert es die Präsenz von Soldaten und Kriegsschiffen auf der Ostsee, und treibt damit die Militarisation der Region voran. Schon heute organisiert es die militärische Zusammenarbeit der Anrainer-, EU- und NATO-Staaten und gliedert auch gerade die „neutralen“ Staaten Finnland und Schweden in den NATO-Block ein. Damit leistet es auch einen Beitrag zur militärischen Integration der EU-Staaten und treibt also die Militarisation der EU voran. NATO und Deutschland bereiten sich auf einen Krieg mit Russland vor, und zwar schon lange nicht mehr nur auf dem Papier. Die Bundesregierung beteiligt sich tatkräftig an dieser Kriegstreiberei. Das hat Berlin mit dem Aufbau des Marinekommandos erneut eindeutig bewiesen. Wer nicht ernsthaft über einen Krieg in Osteuropa nachdenkt, wer einen Krieg mit der Atommacht Russland ausschließt, braucht auch kein NATO-Marinekommando in Rostock.

Anmerkungen

- 1 vgl. Rede von Ursula von der Leyen auf der 55. Münchner Sicherheitskonferenz, 15.2.2019.
- 2 vgl. Abschlusserklärung des NATO-Gipfels in Wales.
- 3 vgl. Abschlusserklärung des NATO-Gipfels in Warschau.
- 4 vgl. Abschlusserklärung des NATO-Gipfels in Brüssel.
- 5 vgl. RAND Corporation, 2016: Reinforcing Deterrence on NATO's Eastern Flank. Wargaming the Defense of the Baltics.
- 6 Prominent wird in Deutschland die Sichtweise eines auf Aggression in Osteuropa ausgerichteten Russlands zum Beispiel von dem ehemaligen hohen NATO-Offizier Heinrich Brauß und von Joachim Krause vertreten, dem Chef des „Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel“ (ISPK). Dem trat unter anderem der ehemalige Bundeswehr-Generalinspekteur entgegen: „Als ‚einseitig, unvollständig und einer rationalen Überprüfung nicht standhaltend‘ hingegen kritisiert der einstige Vorsitzende des Nato-Militärausschusses, Harald Kujat, vor allem die Schlussfolgerungen der Analyse. [...] Das Szenario eines regional begrenzten Angriffs auf ein Nato-Mitgliedsland sei es ‚völlig absurd‘, sagte er im Gespräch mit FOCUS Online. Denn bei einem Angriff auf ein Natomitglied würde sofort der Bündnisfall erklärt, Russland riskierte also einen Konflikt mit der Nato. ‚Putin weiß, dass dies die völlige internationale Isolation zur Folge hätte - mit unübersehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen für das Land‘.“ („Russland bereitet sich auf Kriege in Europa vor“: So realistisch ist das Horror-Szenario, [Focus.de](https://www.focus.de), 15.7.2019)
- 7 WikiLeaks cables reveal secret Nato plans to defend Baltics from Russia, [The Guardian](https://www.theguardian.com), 6.12.2010.
- 8 vgl. Human Security Centre, 2018: Fire and Ice – A New Maritime Strategy for NATO's Northern Flank
- 9 vgl. Wagner, Jürgen: Bundeswehr: Per Fähigkeitsprofil in den Neuen Kalten Krieg, in: AUSDRUCK (Oktober 2018).
- 10 vgl. Konzeption der Bundeswehr, Berlin, 20.7.2018.
- 11 Mal was Nettes für die Marine, Die Welt, 7.2.2019.
- 12 Vgl. DEU MARFOR – unersetzlich für die Deutsche Marine der Zukunft, Pressemitteilung des Presse- und Informationszentrum Marine vom 18.06.2019.



Marinekommando

Jahresbericht 2019

Fakten und Zahlen zur maritimen Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland



Am 12. November 2019 erschien der neue Jahresbericht des Flottenkommandos. Hier zwei kleine Passagen daraus:

„Überraschend nahe kam China im Juli 2017 einer der unruhigsten Bruchlinien im Ost-West-Verhältnis. Damals absolvierte ein chinesischer Schiffsverband erstmals in der Ostsee mehrtägige Manöver, und zwar mit 18 russischen Schiffen der Baltischen Flotte. [...] Russland nutzt die gemeinsamen Übungen als alternatives Mittel der Machtprojektion, während China mit ihnen die eigene Marinestrategie vorantreibt und umsetzt. [...] Eine wachsende streitkräfteübergreifende Kooperation hat Auswirkungen auf die USA und die NATO-Staaten. Dies gilt nicht nur für den indopazifischen Raum im Fernen Osten, sondern auch für den Atlantik bis in den hohen Norden und für die Arktis.“

„Über 90 % des weltweiten Ferngüterhandels werden über den Seeweg abgewickelt. Daraus folgt, dass der Welthandel von sicheren Seewegen abhängig ist. Der Anteil der über den Seeweg transportierten Waren lag 2018 mengenbezogen bei 29,8 % und wertbezogen bei 21,3 %. [...] Somit kommen mehr als ein Viertel der in Deutschland benötigten Waren über die deutschen Seehäfen an Nord- und Ostsee ins Land. Wertmäßig belief sich 2018 der Anteil des seewärtigen Außenhandels auf 511,1 Mrd. EUR des deutschen Außenhandelswertes. Dies ist ein Anstieg um 10,4 Mrd. EUR oder + 2,1 % gegenüber dem Vorjahr. Am gesamten seewärtigen Außenhandel hatte der Export mit 96,4 Mio. t zwar nur einen Mengenanteil von 30,4 %, erzielte aber mit 304,8 Mrd. EUR einen Wertanteil von beachtlichen 59,6 %.“

Der Krieg und seine Logistik: Defender 2020

Europäisches Mega-Militärmanöver mit starker deutscher Beteiligung

von Claudia Haydt

Ein neuer großer Krieg in der Mitte Europas? Für die NATO und die USA ist dies schon länger kein abstraktes Szenario, sondern eine Option, die ganz konkret vorbereitet wird. Dabei drehen sich die Überlegungen kaum um die Auswirkungen einer solchen Konfrontation für die Bevölkerung, sondern vor allem darum, Krieg in Europa führbar zu machen. Der Chef der US-Landstreitkräfte, General James McConville, sieht in einem Krieg auf dem europäischen Kontinent nicht die Gefahr einer humanitären Katastrophe, sondern die eines logistischen Alptraums.¹ Um dies zu vermeiden, beabsichtigen die Streitkräfte der USA mit Beteiligung anderer NATO-Staaten und der Bundeswehr im Frühjahr 2020 die Durchführung eines militärischen Großmanövers mit der Bezeichnung „DEFENDER 2020“ (DEF 20). Dieses Militärmanöver wird in wesentlichen Teilen auch aus Deutschland unterstützt. DEF 20 ist ein militärisches Großmanöver, das es in dieser Größenordnung seit 25 Jahren nicht mehr gegeben hat. Mit DEF 20 soll unter Beweis gestellt werden, dass es möglich ist, in kurzer Zeit große Mengen an Panzern und Soldaten quer durch Europa an die russische Grenze zu transportieren.

Deutschland als „Drehscheibe und Transitland“

Schon allein geographisch kommt Deutschland für die US-Militärpläne eine große Bedeutung zu, doch die Bundesregierung versteht sich spätestens seit der Veröffentlichung der jüngsten Konzeption der Bundeswehr ganz bewusst „als mögliche Basis für Operationen, rückwärtiges Einsatzgebiet und Drehscheibe der Unterstützung.“² Dieser Anspruch soll nun im Rahmen von DEF 20 unter Beweis gestellt werden. Im Zusammenhang mit dem Manöver soll von Januar bis Mai 2020 eingeübt werden, wie eine Division, also ein militärischer Großverband, quer durch Europa ins Baltikum und nach Polen verbracht werden kann. Die Architekten des Manövers vergleichen es mit dem D-Day und damit mit dem Kampf gegen Hitlerdeutschland.³ Einmal abgesehen davon, was so ein Vergleich über das Verhältnis von USA und Russland sagt, wird klar, dass hier großangelegte militärische Auseinandersetzungen vorbereitet werden.

Eine ganze Division US-Soldaten (Mannschaftsstärke circa 20 bis 25.000) und deren Material sollen aus den USA transportiert werden. Insgesamt werden wohl bis zu 40.000 Soldaten an dem Manöver beteiligt sein. Anfangs war die Rede davon, dass zehn Länder an der Übung beteiligt sein sollen, zwischenzeitlich wird von 15 NATO-Ländern und zwei Partnernationen berichtet.⁴ Die Verlegung der Truppen durch Deutschland und damit auch die Einbeziehung von Bundeswehrstandorten wird schwerpunktmäßig von April bis Mai 2020 stattfinden. Zu den involvierten Standorten in Deutschland gehören drei „Convoy Support“ Zentren, in Garlstadt (Landkreis Oberholz in Niedersachsen), Burg (bei Magdeburg in Sachsen-Anhalt) und das Support Zentrum im Truppenübungsplatz Oberlausitz. Welche

Ausmaße DEF 20 hat, zeigt sich daran, dass beim Truppenübungsplatz Bergen (Lüneburger Heide, Niedersachsen) eigens für dieses Megamanöver eine Tankanlage aufgebaut wird. In Grafenwöhr (Oberpfalz, Bayern) sollen Gefechtsstandsübungen stattfinden und eine Divisionskommando-Übung durchgeführt werden.

Neben europäischen Seehäfen wie Antwerpen (Belgien), Vlissingen (Niederlande) und Paldiski (Estland) wird Bremerhaven für die Verbringung der Kriegsgüter eine wichtige Rolle spielen. Insgesamt sollen etwa 20.000 größere Ausrüstungsgegenstände und Fahrzeuge aus den USA nach Europa verbracht werden. Die Transporte über den Atlantik werden mit Schiffen und Flugzeugen durchgeführt. Durch Europa werden einerseits Bahntransporte stattfinden und andererseits werden Soldaten in Bussen und Rüstungsgegenstände in Konvois in großem Umfang auf den Straßen unterwegs sein.

Offene Grenzen für Panzer

Um Defender 2020 möglichst an echte Kriegsszenarien anzulehnen, gehören zum Beispiel auch eine Flußüberquerung mit 11.000 Soldaten in Polen und Fallschirmabsprünge in Georgien zu den geplanten Aktivitäten. Es geht bei dem Manöver aber nicht allein darum, das militärische Gerät und die militärischen Kommandostrukturen zu testen, sondern auch deren Zusammenspiel mit zivilen Strukturen: „Mit der Unternehmung wird sowohl die [zivile] Infrastruktur als auch die Grenzpolitik getestet.“⁵ Damit schließt Defender direkt an Bemühungen auf EU-Ebene an, mit denen sowohl bürokratische Hürden für den Transport von Panzern und anderem Militärgerät quer durch Europa abgebaut werden sollen. In Zeiten von immer stärkeren Einschränkungen für die Freizügigkeit von Menschen sollen gleichzeitig Panzer ohne größere Hindernisse von einem Land ins andere rollen können.

Erklärtes Ziel von Defender ist es, die Auseinandersetzung mit einem nahezu gleichstarken Gegner (near-peer adversary) zu simulieren und die Fähigkeit der USA zur „Machtprojektion“ über den Atlantik hinweg zu beweisen. Deswegen geht es neben der Transportlogistik auch explizit um grenzüberschreitende Kämpfe und Kampfvorbereitung, wie aus der Aufgabenbeschreibung für die Bundeswehr und besonders das deutsche Heer hervorgeht, die den Obleuten im Verteidigungsausschuss am 1. Oktober 2019 zugeht: „Kampf, Kampfunterstützung und Führung – in Deutschland, Polen und Litauen“, werden dort explizit als Schwerpunktbereiche für die Beteiligung der Bundeswehr benannt. Deswegen ist es auch wenig überraschend, dass die von deutschen Soldaten geführte enhanced Forward Presence (eFP) Battlegroup in Litauen integraler Bestandteil dieser Mobilmachung ist.

Das Ulmer JSEC Kommando (Joint Support and Enabling Command) wird durch die Übung Combined Defender in das Großmanöver einbezogen. Es ist davon auszugehen, dass das JSEC hier übt, was zukünftig seine zentrale Rolle in der NATO sein soll: die Koordinierung der transatlantischen Mobilmachung gegen Russland. Daneben wird voraussichtlich das Europa-Kommando der US-Streitkräfte (EUCOM) in Stuttgart-Vaihingen wesentliche Aufgaben übernehmen.

Das Manöver Defender soll zukünftig jedes Jahr wiederholt

werden - nicht nur als transatlantisches Manöver, sondern auch jeweils parallel im Pazifikraum. Die Manöver sollen im jährlichen Wechsel als schwere und leichte Manöver stattfinden. Während 2020 das Manöver im Pazifik nur als sogenanntes leichtes Manöver durchgeführt wird, während das transatlantische Manöver einen großen Umfang hat, wird das Pazifikmanöver 2021 das Schwergewicht bilden.

Das Manöver soll auf vielen Ebenen Neuland betreten, so soll auch eine Weltraumkomponente in die gemeinsame Übung von US- und NATO-Streitkräften integriert werden. „Die US-Armee plant einen ersten Prototypen des taktischen Weltraum-Systems TITAN (Tactical Intelligence Targeting Access Node) während der multinationalen Defender-Europe 20 Manövers einzusetzen.“⁶ Diese Technologie setzt auf zahlreiche Sensoren und nutzt künstliche Intelligenz, um die Unmenge an erhobenen Daten zu verarbeiten. Damit sollen unter anderem versteckte gegnerische Ziele⁷ entdeckt werden können. Titan soll es Soldaten ermöglichen, das Kommando über Missionen in einem komplexen „multi-domain“ Schlachtfeld auszuüben. Zudem sollen weitere technologische Ansätze wie maschinelles Lernen, robotische Systeme oder auch Schallwaffen getestet werden.

Manöver ist ein Angriff auf Frieden und Umwelt

Wegen der Größe von DEF 20 werden umfangreiche Abstimmungen zwischen Bundesregierung und Landesregierungen nötig sein und auch massive Auswirkungen auf Straßen- und Schienenverkehr sind zu erwarten. Um allzu großen Unmut in der Bevölkerung zu verhindern, verspricht die Bundesre-

gierung, dass es während der Osterfeiertage nicht zu Truppenbewegungen kommen soll. Selbst wenn diese kurze Pause eingehalten werden sollte, wird allein die Ökobilanz dieser Großtransporte quer durch Europa verheerend sein. Die Bundesregierung begrüßt dennoch das Manöver DEF 20 und unterstreicht „die Wertschätzung der USA für multinationale Zusammenarbeit“ und das „deutliche Bekenntnis“ der USA zur „Sicherheit Europas“. Ob solches Säbelrasseln wirklich mehr Sicherheit bringt, darf bezweifelt werden – es steht im Gegenteil zu befürchten, dass durch solche Manöver die Kriegsgefahr in Europa wächst. Deswegen ist es notwendig – und wegen der größeren Vorlaufzeit auch möglich –, sowohl dezentrale als auch bundesweite Aktionen der Friedensbewegung und hoffentlich zahlreicher Bündnispartner vorzubereiten.

Anmerkungen

- 1 Kyle Rempfer, Kyler: Army's new chief looks to prep the force for large-scale combat, Army Times, 20.9.2019.
- 2 Konzeption der Bundeswehr, Berlin, April 2018, S. 61.
- 3 Fraser, Abernethy, Strong Europe: A continental style combat sustainment laboratory, army.mil, 1.4.2019.
- 4 Judson, Jen: Fighting the bureaucracy, defensenews.com, 14.10.2019.
- 5 Ebd.
- 6 US Army to test TITAN tactical space tech during Defender-Europe 20, army-technology.com, 25.10.2019.
- 7 Freedberg Jr., Sydney J.: Artificial Intelligence Will Detect Hidden Targets In 2020 Wargame, Breaking Defense, 21.10.2019.

Für aktuelle Infos zum Manöver wurde ein Informations- und Vernetzungsverteiler eingerichtet. Wer aufgenommen werden will, kann eine Mail schicken an: gegenendenneuenkaltenkrieg@riseup.net.



„Värnkraft“ 2021-2025

Die Neuausrichtung des schwedischen Militärs

von Christina Boger

Im Mai 2019 legte der schwedische Verteidigungsausschuss den Abschlussbericht Värnkraft, inriktningen av säkerhetspolitiken och utvecklingen av det militära försvaret 2021-2025¹ (Militärische Gewalt, Ausrichtung der Sicherheitspolitik und Entwicklung der militärischen Verteidigung 2021-2025) vor. Das Värnkraft-Papier baut auf den Teilbericht Motståndskraft, Inriktningen av totalförsvaret och utformningen av det civila försvaret 2021-2025² (Widerstand, Ausrichtung der totalen Verteidigung und der zivilen Verteidigung 2021-2025) aus dem Jahr 2017 auf (Värnkraft 2019: 17). Im Folgenden werden die Kernpunkte des Abschlussberichtes zusammengefasst, aus welchem hervorgeht, dass mit der Agenda 2021-2025 die „größte militärische Veränderung der schwedischen Sicherheits- und Außenpolitik seit 2004“ bevorsteht (ebd.: 317). Hauptmerkmale des Vorschlages umfassen die materielle, personelle und finanzielle Aufrüstung der schwedischen Streitkräfte. Zusätzlich wird die sicherheitspolitische Lage und außenpolitische Ausrichtung Schwedens, Europas und der Welt diskutiert. Im Besonderen kristallisiert sich eine bipolare Einteilung Europas heraus: Russland gegen den Westen. Die vermeintliche Angst vor Russland wird nicht nur als Rechtfertigung der drastischen Aufrüstung instrumentalisiert. Sie unterstreicht auch die fortlaufende Annäherung Schwedens an Strukturen militärbündischen Charakters, und somit den schleichenden Abschied von der schwedischen Neutralität.

Fokus Russland

Während ein bewaffneter Angriff auf Schweden 2004 noch als unwahrscheinlich galt, ist dies nicht länger die Sichtweise der Verteidigungskommission (Värnkraft 2019: 148). Im Gegenteil: In dem aktuellen Bericht wird die Verteidigung des Landes vor einem bewaffneten Angriff als wichtigste Zielsetzung beschrieben (ebd.: 149). Als Hauptgrund für den bevorstehenden massiven Ausbau des Sicherheitssektors wird Russland als Antagonist Europas herangezogen (ebd.).

Infolge der schweren Konflikte in der Ukraine 2014 kritisierte der schwedische Verteidigungsausschuss in einem Bericht, dass Russland „mit wachsender Ambition, versucht sich als Großmacht zu etablieren“, indem es versuchen würde, das ehemalige Gebiet der UdSSR weitmöglichst zu kontrollieren (ebd.: 69). In dem 355 Seiten langen Värnkraft-Papier von 2019 wird Russland 366 Mal erwähnt – und das meist in Verbindung mit der Bedrohung Schwedens und Europas, aufgrund von (angenommener) militärischer Aufrüstung und territorialem Machtbestreben. Es wird über eineinhalb Seiten explizit beschrieben, inwiefern Russland die europäische Sicherheit untergrabe – ein roter Faden, der sich durch das gesamte Dokument zieht, um für eine Aufrüstung und die Bereitschaft des Militärs, wie auch die Alarmbereitschaft der Bevölkerung zu werben. Der Teilbericht Motståndskraft (Widerstandsfähigkeit) sieht vor, dass „das Militär- und Zivilwesen im Rahmen einer gemeinsamen

totalen Verteidigung eine [nicht näher spezifizierte] Sicherheitskrise in Europa und Schwedens naher Umgebung, die länger als drei Monate anhält und mit ernsthaften Konsequenzen für die Funktionalität der Gesellschaft einhergeht, bewältigen können sollten“ (ebd.: 191).

Das Värnkraft-Papier betont, dass große Investitionen in die

gesamte Kriegsorganisation geleistet werden müssten, um sicherzustellen, dass grundlegende Funktionen sowie sämtliches Material auf dem neusten Stand und betriebsfähig seien. Denn laut Verteidigungsausschuss, sei das schwedische Militär nicht für die Abwehr eines bewaffneten Angriffs ausgerüstet bzw. vorbereitet (ebd.: 148).

Bevor es um die aktuellen Pläne zur Aufrüstung geht, wirft der Bericht einen Blick auf die Bilanz seit Ende des Kalten Krieges. Mit dem Zerfall der UdSSR sei auch die Angst vor einem bewaffneten Angriff auf Schweden vergangen. Vorerst habe Schweden seine Kräfte daher auf die Erhaltung der grundlegenden Verteidigung fokussiert und gliederte sich in internationale Organisationen ein (UN und EU). Das Militär habe sich im Zuge dessen auf multinationale Militäreinsätze fernab des eigenen Territoriums konzentriert (ebd.: 134). Dies habe zur Folge, dass die Position des „neutralen“ Staats vernachlässigt würde. Der Verteidigungsentscheid 2004, beispielsweise, erörterte, dass ein militärischer Angriff auf Schweden auf absehbare Zeit (d.h. mindestens 10 Jahre in die Zukunft) höchst unwahrscheinlich sei (ebd.: 135).

„Vor dem Hintergrund des Georgienkrieges 2008“ und erneut wachsender Angst vor Russland wird im Verteidigungsbeschluss 2009 zwar (noch) nicht explizit mit einem bewaffneten Angriff auf Schweden gerechnet, man bricht jedoch entschieden mit dem Narrativ von 2004 (ebd.: 136). Im Hinblick dessen wird gefordert, dass die internationale Zusammenarbeit – insbesondere im Rahmen von EU und NATO – intensiviert werden müsse (ebd.: 138). Im folgenden Jahr (erstmalig nach 109 Jahren) wurde dann die Wehrpflicht ausgesetzt (ebd.: 137). Im Verteidigungsbeschluss 2015, nach weiteren russischen militärischen Bestrebungen im Vorjahr (z.B. „Russlands illegale Annexion der Krim 2014“; ebd.: 243), rückte der Fokus weiter in Richtung nationaler Verteidigung und der Militärhaushalt stieg auf 44,6 Milliarden Schwedische Kronen (SEK; ca. 4,15 Milliarden Euro; ebd.: 139). Aus der Agenda 2016-2020 geht hervor, dass die Erweiterung der „operativen Fähigkeiten des Truppenverbandes und die Sicherstellung der totalen Verteidigung“ das neue Hauptziel seien (ebd.: 138). 2017 folgte – nach gerade einmal sieben Jahren – in diesem Sinne der Entscheid für die Wiedereinführung der Wehrpflicht ab 2018 (ebd.).

Kurz gefasst: „Im Verteidigungsentscheid 2004 wurde der bewaffnete Angriff als Planungsgrundlage für die Streitkräfte komplett abgeschrieben. Im Verteidigungsbeschluss 2015 wurde [dieser jedoch] als Gestaltungsgrundlage der [Organisation der Streitmacht] wieder aufgenommen (ebd.: 139)“, und ist seither fortwährend gültig.

Entgegen der Neutralität

Das Interesse an internationaler Zusammenarbeit hat sich nicht geändert, wohl aber der formulierte Hintergrundgedanke.

Während der Beitritt in die EU 1995 und die Beteiligung an vielzähligen NATO-Aktionen seit den 1990ern zunächst damit in Verbindung gebracht wurden, dass territoriale Verteidigung unwesentlich wurde, werden multinationale Kooperationen inzwischen als Schlüssel für die nationale Sicherheit Schwedens vermarktet. Schweden habe, als vergleichsweise kleines und vor allem bevölkerungsarmes Land, ein sehr begrenztes finanzielles und personelles Volumen für die nationale Verteidigung. In dem aktuellen Bericht wird daher darauf verwiesen, dass Schweden auf netzverbasierte Verteidigung (NBV) setze (ebd.: 124).

Daher bilde die „solidarische Sicherheitspolitik [nun] die Grundlage“ der schwedischen Verteidigungsstrategie (ebd.: 103). Damit wird erneut deutlich, dass sich Schweden kontinuierlich von seiner ehemals „neutralen“, bzw. bündnisfreien außenpolitischen Stellung distanziert. Dennoch enthält auch das jüngste Värnkraft-Papier den Verweis: „Schweden ist kein Mitglied eines Militärbündnisses“ – Schweden ist angeblich also fortwährend allianzfrei (ebd.). Doch Taten und Worte passen nur bedingt zusammen: Zum einen wurde 2009 eine unilaterale Solidaritätserklärung des Verteidigungsministeriums veröffentlicht, in welcher Schweden verspricht, sich im Falle einer Krisensituation oder eines bewaffneten Angriffs auf einen EU-Mitgliedsstaat, sowie auf Island oder Norwegen, nicht passiv zu verhalten.⁴ Zum anderen sind da die aktive Teilnahme an NATO-Manövern, die Mitgliedschaft Schwedens in der EU, die sich zunehmend zu einem Militärbündnis entwickelt, und die Teilnahme Schwedens an gleich zwei Rahmenkonzeptionen (Framework Nations Concept, FNC)⁵ der NATO, die gegen die Einordnung als neutraler Staat sprechen oder sie zumindest hinterfragen.

Ein weiterer Kritikpunkt, der an der in dem Bericht suggerierten „Allianzfreiheit“ Schwedens nagt, ist die Tatsache, dass der Zweite Weltkrieg und der Kalte Krieg als *gemeinsame Geschichte* mit den transatlantischen Partnern (die USA und Kanada) angeführt werden. Und das, obwohl sich Schweden doch eigentlich als streng neutral in Bezug auf den genannten Zeitraum positionierte (Värnkraft 2019: 80).

Die Aufrüstung der schwedischen Streitkräfte

Die grundlegendsten Änderungen, die der Verteidigungsausschuss für die kommende Agenda vorsieht, liegen in der Um- und Neuverteilung der militärischen Einheiten. Zunächst schlägt er vor, dass eine neue Institution eingerichtet werden soll, welche Einsicht in die Arbeit sämtlicher Behörden erhält, die mit der nationalen Verteidigung in Verbindung stehen, um nachverfolgen und auswerten zu können, wie es um die totale Verteidigung steht (ebd.: 330).

Zudem gäbe es „Unzulänglichkeiten im Verteidigungsvermögen“, die hauptsächlich auf materielle und personelle Mängel zurückzuführen seien: „[Eine] insgesamt zu geringe Truppenstärke, unzureichende Zusammenarbeit der Einheiten und begrenztes Durchhaltevermögen (ebd.: 144).“ Der Verteidigungsausschuss schlägt daher vor:

„die Kriegoorganisation der Armee aufzuteilen in drei mechanisierte Brigaden, eine reduzierte motorisierte Brigade und eine verstärkte Bataillonsstreittruppe auf Gotland. Hinzu kommen freistehende Feldverbände, unter anderem in Form von Jäger-, Aufklärungs-, und Sicherheitsverbänden (u.a. Militärpolizei, Militärgeheimdienst und Palastwache)⁶, Pionier-, Artillerie-, Logistik- und Flugabwehrverbänden“ (ebd.: 176).

Umverteilungen, wie die Schaffung eines übergeordneten



Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Björn von Sydow überreicht dem Verteidigungsminister Peter Hultqvist den Värnkraft-Bericht. Quelle: Regeringskansliet / Ninni Andersson

Verbandes und die Aufgliederung in kleinere Untereinheiten, zielen auf schnelleres Reaktionsvermögen ab, da so kleinere Truppen anderen Einheiten bei Bedarf unterstellt werden könnten, womit gleichzeitig die Personalmängel ausgebessert würden: „Die Streitkräfte bekräftigen, dass ein Bedarf für mehr Sicherheitseinheiten besteht. Der Ausschuss schlägt daher vor, für den Zeitraum 2021-2025 eine Sicherheitsvereinigung [...] aufzustellen“ (ebd.: 181).

Die Spezialeinheit (*specialförbanden*) soll über die bevorstehende Periode ebenfalls weiter ausgebaut werden. Dabei handelt es sich um eine breit aufgestellte Truppen in höchster Bereitschaft. Je nach Bedarf kann jene das Militär bei Auslandseinsätzen, bei der Verteidigung Schwedens, oder auch die Polizei bei Inlandseinsätzen, wie der Terrorismusbekämpfung oder der Reaktion auf Katastrophen, etc., unterstützen (ebd.: 216).

Wie erwähnt, soll auch die militärische Präsenz auf Gotland massiv erhöht werden, und zwar durch die Verlegung des Ausbildungsstützpunktes des „skyttebataljon“ auf die drittgrößte Insel in der Ostsee (ebd.: 180). Damit ist die Einheit grenznah gelegen und sofort einsatzbereit. Die Stationierung von Truppen entlang der Landesgrenzen ist ein beliebtes Mittel der (passiven) militärischen Abschreckung, welches auch bei anderen Ländern aktuell zum Einsatz kommt (z.B. die Stationierung von russischen und von NATO-Truppen beidseitig entlang der russischen Grenzgebiete). Doch auch wenn dies natürlich zum guten Ton gehört: Inwieweit hier überhaupt von rein passiver Abschreckung gesprochen werden kann, darf bezweifelt werden. Schließlich ist bekannt, dass zumindest die Bundeswehr sich, aufbauend auf NATO-Planungen, auf militärische Auseinandersetzungen mit Russland außerhalb des NATO-Bündnisgebietes vorbereitet.⁷ Da hierfür zum Beispiel Nachschublinien über die Ostsee von zentraler Bedeutung wären ist aufgrund der engen Anbindung Schwedens an die NATO davon auszugehen, dass die nun stationierten Truppen auch in solche Planungsszenarien eingebunden sein dürften. Auch dass sich die Verteidigungskommission zudem wünscht, dass mehr amphibische Einheiten entlang der Westküste stationiert werden, um wichtige Verbindungen zum Westen kontrollieren zu können (ebd.: 191), bestätigt den Verdacht, dass Schweden über die rein ‚passive Abschreckung‘ zweifelsohne hinausgeht.

Was die materielle Aufrüstung betrifft, sollen vor allem die Bodentruppen, die Marine und die Luftwaffe aufgerüstet werden. Und auch für die Reserveeinheiten der Heimwehr (*hemvärnet*) sollen unter anderem neue Boote, Fahrzeuge, Panzerabwehrwaffen und Granatwerfer angeschafft werden (ebd.: 167).

Für die Luftwaffe sieht das Komitee vor, die bestehenden sechs Luftwaffeneinheiten (stridsflygdivisioner) weiterhin zu unterhalten. Jene sollen unter anderem mit sechs zusätzlichen Luft-Luft-Raketen, sowie mit Missionsausrüstung und verstärkten Fähigkeiten zur elektronischen Kriegsführung ausgestattet werden (ebd.: 176, 199). Zudem soll Mitte der 2020er eine neue Langstreckenrakete einsatzbereit sein, welche sowohl für See- als auch für Bodenziele einsetzbar sein wird (ebd.: 200). Desweiteren ist eine Erneuerung alter Kampffjets für den Zeitraum 2020-2027 angesetzt (ebd.: 201). Mit dem besorgniserregenden Aufrüstungsvorhaben ist Schweden – zumindest was die Modernisierung der Luftwaffe anbelangt – nicht das einzige Land: Laut dem rüstungsnahen Journal *Europäische Sicherheit & Technik* werden „die Mitgliedsländer der Europäischen Union, die europäischen NATO-Staaten (einschließlich der Türkei) und die Schweiz“, um das Aufbessern ihrer Kampfflugzeugflotten innerhalb der kommenden zwei Jahrzehnte nicht herum kommen, da die Bestände schlechthin veraltet seien.⁸

Für die Marine sollen sich die materiellen Erneuerungen hauptsächlich auf das Modifizieren alter Systeme beziehen, aber auch Neuanschaffungen stehen bevor. Das Hauptziel der Marine soll fortan die Kontrolle über die Ostsee und, im Falle eines bewaffneten Angriffs, die Verteidigung der Ostsee sein. Dazu soll unter anderem eine Rakete mit einer Reichweite von 300km angeschafft werden (Värnkraft 2019: 166). Die Fähigkeiten der U-Bootjagd sollen ebenfalls weiter ausgebaut werden, wie auch das Seeminenortungs- und -räumungsprogramm (ebd.).

Es wird also nicht bloß an einigen Ecken gefeilt, sondern auf ganzer Bandbreite neue Ausrüstung beschafft. Und dabei handelt es sich offensichtlich auch nicht nur um Munition und Kleinfeuerwaffen.

Personelle und finanzielle Aufstockung

Unweigerlich erfordert eine derartige Aufrüstung der Streitkräfte und Verschärfung der Außenpolitik eine finanzielle Aufstockung, die sich gewaschen hat. Die Umsetzung der Vorschläge für die Periode 2021-2025 hätte eine drastische Erhöhung der jährlichen Mittel (ab 2025) für die militärische Verteidigung zur Folge, mit einer Summe von insgesamt 84 Milliarden SEK (ca. 7,75 Milliarden Euro; ebd.: 341). Zum Vergleich: Die für 2019 festgesetzten Mittel für die militärische Verteidigung belaufen sich auf ca. 52 Milliarden SEK (ca. 4,8 Milliarden Euro).⁹ Vor zehn Jahren lag der Militärhaushalt bei ca. 49 Milliarden SEK (ca. 4,5 Milliarden Euro).

Auch bei der personellen Aufstockung scheint Schweden keine halben Sachen zu machen. Die Umsetzung sämtlicher Vorschläge der Kommission hätte einen drastisch gesteigerten Personalbedarf zur Folge: Berechnungen des Verteidigungsausschusses nach belaufe er sich auf schätzungsweise 90.000 Personen, einschließlich Heimwehr und Zivilangestellter (aktuell umfasst das Personal etwa 60.000 Menschen; Värnkraft 2019: 228). Zudem ist spätestens ab 2024 vorgesehen, dass jährlich 8.000 Menschen die Wehrpflicht durchlaufen werden (ebd.: 228).

Um Engpässe bei der Finanzierung zu umgehen, soll 2022 eine Bankensteuer eingeführt werden, wie unter anderem einem Bericht der Wirtschaftswoche zu entnehmen ist.¹⁰ Das könnte dem Staatshaushalt „zusätzlich umgerechnet 470 Millionen Euro pro Jahr einbringen.“¹¹

Resonanz

Insgesamt ist also ersichtlich, dass sich das „neutrale“ Schweden von dem allgemeinen Aufrüstungsfieber hat anstecken lassen. Und das betrifft nicht nur das Militär – die gesamte Bevölkerung soll in Alarmbereitschaft gesetzt werden. Im vergangenen Jahr wurde ein Flyer an jeden schwedischen Haushalt geschickt, der aufzeigt, welche Maßnahmen zu treffen seien, um adäquat auf eine Krise, wie einen bewaffneten Angriff, vorbereitet zu sein.¹² Die öffentliche Debatte bezüglich der Stärkung des Militärs innerhalb Schwedens bleibt bislang dennoch sehr zurückhaltend und es ist abzuwarten, inwieweit sich die Entwicklungen tatsächlich nach den Vorstellungen des Verteidigungsausschusses entfalten werden.

Anmerkungen

- 1 Värnkraft – Inriktningen av säkerhetspolitiken och utformningen av det militära försvaret 2021-2025. Ds 2019:8. 14.05.2019. . Zuletzt besucht: 25.11.2019. Sämtliche Zitate wurden aus dem schwedischen Original von der Autorin ins Deutsche übersetzt.
- 2 Motståndskraft – Inriktningen av totalförsvaret och utformningen av det civila försvaret 2021-2025. Ds 2017:66. 09.01.2017.
- 3 „ryssland“ (228 Mal); „rysk“, „ryska“ oder „ryskt“ (138 Mal).
- 4 Solidaritätserklärung: <http://www.egeablog.net/index.php?post/2012/09/29/Friends-in-need.-The-Swedish-Declaration-of-Solidarity>
- 5 Glatz, Rainer L.; Zapfe, Martin (2019). *NATO's Framework Nations Concept*. Center for Security Studies.
- 6 Anmerkung der Autorin
- 7 Wagner, Jürgen (2018). Konzeption und Fähigkeitsprofil: Bundeswehr-Umbau für den Neuen Kalten Krieg. IMI-Analyse.
- 8 Renn, U. Kampfflugzeugbedarf in Europa: Generelle Trends und Programme. *Europäische Sicherheit & Technik*. 9/2019. S. 20-24.
- 9 <https://www.forsvarsmakten.se/sv/om-forsvarsmakten/darfor-finns-forsvarsmakten/ekonomisk-redovisning/> Zuletzt aufgerufen am 17.10.2019
- 10 <https://www.wiwo.de/politik/ausland/kreditinstitute-schweden-plant-bankensteuer-zur-finanzierung-von-ruestungsausgaben/24965088.html>. Veröffentlicht: 31.08.2019. Zuletzt besucht: 30.10.2019.
- 11 Siehe Fußnote 10
- 12 Siehe IMI Analyse 2019/15

„Jedermann ist unten“. Eine biografisch-politische Skizze

Der Autor Elmar Klink hat über den Philosophen, gewalt freien Vordenker, Friedensaktivisten und IdK-Mitglied Nikolaus Koch (1912-1991) eine biografische Werkskizze verfasst. In Kochs über 40-jährigem kontinuierlichem Wirken nach 1945 in der westdeutschen Friedensbewegung spiegelt sich eine Geschichte des politischen Pazifismus wieder.

- Medienrevolutionäre Grundstruktur
- Moderne Revolution und Gewaltfreiheit
- Kontroverse KDV-Diskussion der 1950er Jahre
- Grundkurs KDV
- Die Freiwilligen - für unmilitärische Verteidigung
- Demokratie und Revolution - Ostermarschrede
- Bürgerinitiative für Blockfreiheit gegen Raketenstationierung
- Totalverweigerung
- Erklärung zum Golfkrieg

Das 18-seitige Manuskript kann als online-Text bezogen werden beim Verfasser: Elmar.Klink@gmx.de oder Fon: 0421-358187

(Diese) Industriepolitik ist Rüstungspolitik

Mit Thierry Breton zum KI-Airbus?

von Christoph Marischka

Zum 1. Dezember 2019 soll die neue EU-Kommission unter der ehemaligen deutschen Verteidigungsministerin von der Leyen ihre Arbeit aufnehmen. Erstmals wird dem Kommissariat für Industrie auch eine Generaldirektion für Verteidigung und Weltraum unterstehen. Frankreich hat für dieses Amt Thierry Breton vorgeschlagen, der bereits zuvor wichtige industrielle Weichenstellungen für die Digitalisierung der Streitkräfte begleitet hat. Könnten damit Thales und Atos zukünftig in einem europäischen Großkonzern für Künstliche Intelligenz nach dem Vorbild von Airbus aufgehen und wer wären die deutschen Partner hierbei?

Die neue Kommission

Mit jeder neuen Kommission ändern sich die Aufgabenbereiche der einzelnen Mitglieder und damit häufig auch die formale Benennung ihrer Kommissariate. Das hat allein schon damit zu tun, dass jeder Mitgliedsstaat durch einen oder eine Kommissar*in vertreten ist und sich damit deren Zahl über die Zeit veränderte. Mit der Erweiterung der EU wurden nicht einfach neue Aufgabenfelder addiert, ihre jeweilige Breite und Zusammensetzung – das Portfolio – wurde auch häufig neu variiert. Teilweise hatte dies auch sachliche bzw. politische Gründe: Aufgaben der Digitalisierung z.B. fielen in der Vergangenheit mal ins Ressort der Kommissar*innen für Forschung und Innovation, für Industrie oder auch für die europäische Zivilgesellschaft, bevor sie 2010 zu einem eigenen Portfolio zunächst unter dem Titel „Digitale Agenda“ und später unter „Digitale Wirtschaft und Gesellschaft“ zusammengefasst wurden. In der zukünftigen Kommission unter der ehemaligen Bundesverteidigungsministerin von der Leyen wird dieses Portfolio von einer der drei Vizepräsident*innen der Kommission unter dem sperrigen Titel „Europa fit für das digitale Zeitalter“ behandelt und um den Bereich „Wettbewerb“ erweitert – der zuvor lange ein eigenständiges und zentrales Ressort darstellte.

Presse und Politik bilden in ihren Bezeichnungen der Kommissionsmitglieder oft weder den korrekten Titel noch das ganze ihm zugeordnete Portfolio ab. Das trifft auch für die Industrie-Kommissar*innen zu. Der deutsche „Industriekommissar“ Günther Verheugen etwa arbeitete 2004-2010 unter der offiziellen Bezeichnung des „Kommissars für Industrie- und Unternehmenspolitik“, aktuell wird dieses Portfolio von Elżbieta Bieńkowska als „Kommissarin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU“ ausgefüllt. Ihr designierter Nachfolger, der Franzose Thierry Breton, wird in der deutschen Presse weiterhin überwiegend als (designierter) Industrieminister bezeichnet, obwohl der offizielle Titel seines Portfolios „Binnenmarkt“ lautet – mit der Bezeichnung „Industrie, Rüstung und Weltraum“ aber passender beschrieben wäre. Denn der zukünftige Industriekommissar wird auch der neu geschaffenen „Generaldirektion für Verteidigungsindustrie

und Weltraum“ (DG Defence) vorstehen, die u.a. den „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF) im Umfang von 13 Mrd. Euro (2021-2027 aus dem EU-Haushalt plus nationale Kofinanzierung) verwaltet, mit dem EU-Rüstungsprojekte angestoßen und die entsprechenden Unternehmensstrukturen geschaffen werden sollen.

Hierfür scheint Breton bestens geeignet. Das unterstrich auch Claire Demesmay, Expertin für deutsch-französische Beziehungen bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) im Interview beim Deutschlandfunk in der Sendung „Europa heute“ vom 25.10.2019: Ziel der Benennung Bretons sei es von französischer Seite gewesen, das mit dem Posten des Industriekommissars verbundene „Portfolio für Frankreich in der EU-Kommission sichern. Das ist ein sehr breites Portfolio – Binnenmarkt, Industrie, Verteidigung, Digitalisierung, das ist sehr viel“. Breton sei einer, „der diese Kompetenzen hat, der mit diesen Kompetenzen einfach überzeugen kann und sagen kann: Gut, ich kenne mich mit Industriefragen, mit Verteidigungsfragen und mit Digitalisierung aus“.¹ Demesmay führt dazu weiter aus: Breton habe „Erfahrungen gesammelt, sowohl in der Regierungspolitik als Wirtschaftsminister unter Jacques Chirac als auch in der Privatwirtschaft. Er war Chef von France Télécom, von Thomson. Er ist jetzt Chef von Atos. Das ist ein französisches Unternehmen aus der Digitalbranche“.

Bretons Geschichte bei Thales und Atos

Damit qualifiziert der Werdegang Bretons ihn tatsächlich als zukünftigen Kommissar für Industrie, Rüstung und Weltraum, dessen Aufgabe zugespitzt darin besteht, eine deutsch-französisch dominierte europäische Rüstungsindustrie aufzubauen. Denn das Unternehmen Thomson, an dessen Spitze er vor seinem Wechsel in die Politik als Wirtschaftsminister unter Jacques Chirac von der Regierung berufen wurde, trennte unter seiner Führung die Unterhaltungselektronik von der Rüstungssparte ab. Letztere fusionierte daraufhin zu einem der weltweit größten Rüstungskonzerne, der heute als Thales Group bekannt ist – und seinen deutschen Hauptsitz in Ditzingen bei Stuttgart hat. Strategische Kooperationen und Joint Ventures ging Thales u.a. mit dem US-Rüstungsunternehmen Raytheon und den französischen Konzernen Alcatel und Dassault ein – letzterer hält aktuell etwa ein Viertel der Anteile von Thales. Aus anderen Sparten des Thomson-Konzerns ging, ebenfalls durch strategische Fusionen, mit STMicroelectronics einer oder gar der größte Chiphersteller in Europa hervor.

Nach seiner Amtszeit als Wirtschaftsminister wechselte Breton an die Spitze des Konzerns Atos, der Endverbraucher*innen meist unbekannt ist, an dem Regierungen und größere Unternehmen bei der Auslagerung von IT-Aufgaben aber kaum vorbeikommen. Atos betreibt eine intensive Lobbyarbeit z.B. für den Aufbau biometrischer Datenbanken, die Digitalisierung der Gesundheitsversorgung und der öffentlichen Verwaltung, mit der er sein Geld verdient. Auf seiner Homepage beschreibt sich das Unternehmen selbstbewusst als „weltweit führender Anbieter für die digitale Transformation mit über 110.000 Mitarbeitern in 73 Ländern und einem Jahresumsatz von mehr als 11 Milliarden Euro“. Der damalige französische Elektronikkonzern Atos Origin war bereits in den 1990er Jahren aus einer

Serie von Fusionen (darunter die IT-Sparte von Philips) hervorgegangen und hatte 2002 wesentliche Teile der Kapital- und Beratungsgesellschaft KPGM übernommen. Weitere Fusionen folgten, doch der größte Coup gelang unter dem Vorsitz von Breton: Atos übernahm 2011 die erst unmittelbar zuvor von Siemens ausgegliederte Sparte für IT-Dienstleistungen, Siemens IT Solutions and Services (SIS) für eine knappe Mrd. Euro – und damit auch den größten Teil der ausgelagerten IT-Infrastruktur der Bundeswehr, darunter den Betrieb ihrer Rechenzentren. Zuvor hatte Atos mit gut 48.000 Beschäftigten einen Jahresumsatz von über 5 Mrd. Euro erzielt, SIS beschäftigte zum Zeitpunkt der Übernahme mehr als 32.000 Beschäftigte bei einem Umsatz von 3,7 Mrd. Euro. Ebenfalls unter Breton erfolgte 2014 die Übernahme des französischen Hardware-Produzenten Bull, bei dem Breton einst die Strategie-Abteilung geleitet hatte. „Der IT-Dienstleister Atos kauft den heimischen Rivalen Bull für 620 Millionen Euro“, berichtete das Handelsblatt damals und ergänzte geradezu euphorisch (wenn auch womöglich vorschnell): „Im sogenannten Cloud Computing steigt die fusionierte Firma damit gemessen am Umsatz nach Atos-Angaben weltweit zur Nummer zwei nach Amazon und vor Microsoft auf“.² Auch Bull war in der Rüstung tätig und u.a. Anbieter des Battle-Management-Systems über das die Systeme der französischen Luft- und Landstreitkräfte miteinander vernetzt sind und das nun von Atos vertrieben wird. Aktuell weist die Homepage von Atos 25 Standorte in Deutschland aus. Die Beispiele Stuttgart und Tübingen verdeutlichen, dass auch diese wesentlich durch Übernahmen erschlossen wurden. Der Stuttgarter Standort befindet sich in Sichtweite des deutschen Hauptsitzes von Thales in einem Industriegebiet bei Weilimdorf und gehörte zuvor zu Siemens, den Tübinger Standort übernahm Atos gemeinsam mit dem Software-Entwickler Science & Computing, einem Startup aus dem Umfeld der Universität Tübingen.

Schützenhilfe Forschungsförderung

Claire Demesmay sprach im Interview mit dem Deutschlandfunk auch mögliche „Interessenskonflikte“ an, die mit der Personalie Thierry Breton und seiner großen Nähe zur Industrie verbunden sein könnten: „Die Unternehmen, wo er gearbeitet hat und auch dieses aktuelle Unternehmen Atos hatte oder bekommt ziemlich viele EU-Gelder“. Das ist einerseits naheliegend, denn als Rüstungsunternehmen und Dienstleister für Daten-Infrastrukturen zählen Thales und Atos natürlich neben Großkonzernen v.a. Regierungen und die EU zu ihren Kunden. Gemeinsam mit Airbus Defence & Space hat Atos etwa im Oktober 2018 einen Sechs-Jahres-Vertrag zur Sicherung der IT von 17 EU-Institutionen unterzeichnet. Womöglich spielte Demesmay auch auf die Forschungsförderung der EU an, von der beide Konzerne umfangreich profitierten. Die Liste derjenigen Unternehmen, die am umfangreichsten von den maßgeblichen Förderprogrammen, dem Forschungsrahmenprogramm 7 (FP7) und Horizon2020, profitieren, wird von Thales angeführt, auf Platz fünf findet sich Atos (Stand Februar 2017).³ Doch diese Kritik läuft gewissermaßen ins Leere, schließlich war bzw. ist es explizites Ziel der Forschungsprogramme, die „Wettbewerbsfähigkeit“ der europäischen Industrie zu fördern und deren Kooperation in Bereichen anzuregen, die als strategisch wichtig erachtet werden. An zahlreichen Projekten waren (und sind) Thales und Atos gemeinsam beteiligt, darunter verschiedene Projekte zur Zukunft des Internets, zur Cybersicherheit, zu Kommunikationssystemen (von Sicherheitsbehörden),

Datenmanagement und Luftraumüberwachung, aber auch recht spezifische Projekte etwa zur teilautomatisierten Grenzsicherung (BODEGA), zur multisensoriellen Überwachung weitläufiger Gebiete (ZONESEC) und zur Detektion kleiner und niedrig fliegender Flugzeuge (ALFA). Eher skurril mutet die Beteiligung von Thales und Atos am Projekt RECOBIA an, mit dem „kognitive Verzerrungen“ bei der Informationsverarbeitung im Dialog mit Analyst*innen von Polizei-, Grenzschutz- und Geheimdienstbehörden untersucht werden sollten. Wie sehr in den Forschungsprogrammen Wissenschaft und Industrieförderung zusammen gedacht werden, offenbart z.B. das Projekt AI4EU, das unter der Führung von Thales eine Plattform und ein Ökosystem für Startups, kleine und mittelständische Unternehmen im Bereich der KI-Entwicklung aufbauen soll. In der Projektbeschreibung heißt es unverblümt: „Künstliche Intelligenz ist eine disruptive Technologie unserer Zeit, von der Auswirkungen vergleichbar mit denen der Elektrizität und des Buchdrucks erwartet werden... Um europäische Unabhängigkeit und Führerschaft zu sichern, müssen wir klug investieren, indem wir unsere KI-Ressourcen bündeln, verbinden und öffnen“.⁴

Deutsch-Französische Rüstungsprojekte

Neben der Forschungs- und Technologiepolitik ist natürlich die Rüstung ein geradezu traditionelles Feld der politischen Einflussnahme auf die Industrie. Ein herausragendes Beispiel ist hier sicherlich der Konzern Airbus, der über einen Zeitraum von vier Jahrzehnten nicht nur aus wettbewerbspolitischen, sondern auch aus rüstungspolitischen Gründen aus verschiedenen europäischen, v.a. deutschen und französischen Unternehmen, zusammenfusioniert und hierzu zwischenzeitlich in den Daimler-Konzern (DASA) integriert wurde. Heute ist Airbus das zweitgrößte Unternehmen im Bereich Luft- und Raumfahrt und seine Militärsparte rangiert auf Platz sieben der größten Rüstungsunternehmen weltweit (ohne China) – unmittelbar vor Thales – als größtes europäisches Rüstungsunternehmen.

Vor dem Hintergrund der Diskussionen um eine europäische Armee und der erklärten Absicht, einen gemeinsamen EU-europäischen Rüstungsmarkt zu schaffen, sind es aktuell v.a. die deutsch-französisch geführten Rüstungsprojekte „Future Combat Air System“ (FCAS) und „Main Ground Combat System“ (MGCS), welche die grundsätzliche Struktur des Rüstungsmarktes prägen und veranschaulichen. Das FCAS wird von einem Konsortium bestehend aus Airbus und Dassault entwickelt, weitere europäische Firmen möchten und sollen sich beteiligen. Der Entwicklung des MGCS ging die Fusion des deutschen Panzerbauers Krauss-Maffei-Wegmann (KMW) und seines französischen Pendants, Nexter Systems, voraus, die v.a. von französischer Seite politisch forciert wurde. Es geht dabei nur im engeren Sinne um die Kampfflugzeuge (FCAS) und Panzer (MGCS) der Zukunft. Im Zentrum der neuen Rüstungsprojekte der EU steht das sog. „Manned-Unmanned-Teaming“, bei dem die jeweiligen bemannten Flugzeuge bzw. Fahrzeuge jeweils von einem flexibel integrierbaren Verbund unbemannter und (teil-)autonomer Komponenten – Drohnen und Satelliten – begleitet werden und auch auf Feuerkraft von weit entfernten Waffensystemen zurückgreifen können. Es handelt sich also um hochgradig digitalisierte Systeme, bei denen Kommunikation, Cybersicherheit, (Sensor-)Datenauswertung und Autonomie eine zentrale Rolle spielen sollen. Damit ist absehbar, dass zumindest Thales und wahrscheinlich auch Atos früher oder später einbezogen werden.

„Schlüsselthema Digitalisierung“

Überhaupt gilt die Digitalisierung als ein Schlüsselthema gegenwärtiger militärischer Planung und Rüstung. So veröffentlichte das Bundesverteidigungsministerium im Oktober 2019 seinen ersten Bericht zur Digitalen Transformation der Bundeswehr. In der Einleitung heißt es dort: „Unter Digitalisierung versteht der Geschäftsbereich BMVg die zielgerichtete Identifikation und das konsequente Ausschöpfen von Potenzialen, die sich aus digitalen Technologien ergeben. Folglich geht Digitalisierung über die Einführung technischer Innovationen weit hinaus. Sie beeinflusst die gesamte Handlungs- und Denkweise im Geschäftsbereich BMVg“. Etwas konkreter wird es an anderer Stelle: „Die Digitalisierung ermöglicht eine optimierte Kampfweise der Landstreitkräfte (‘verteiltes Operieren‘). Das bedeutet, aus der streitkräfteübergreifenden weitreichenden Überwachung großer Räume kommend, durch Verknüpfung aller Sensoren in einem gemeinsamen Lagebild (‘gläsernes Gefechtsfeld‘) und abgestützt auf eine umfassende Vernetzung aller Sensoren und Wirkmittel (‘Sensor to Shooter Konzept‘), können digitalisierte Landstreitkräfte stets eine zeitgerechte und angemessene Gegenkonzentration streitkräfteübergreifend abrufen. Mit anderen Worten: Die Digitalisierung ist eine Voraussetzung dafür, dass es den Landstreitkräften ermöglicht wird, mit dem gleichen Kräfteansatz von ‚heute‘ ihre Aufträge von ‚morgen‘ bzw. ‚übermorgen‘ effizienter und effektiver erfüllen zu können“. Zum „Innovationsthema Künstliche Intelligenz“ wird dann noch einmal genauer ausgeführt: „Besonders die verschiedenen, auf maschinellem Lernen basierenden Anwendungen schwacher KI bieten in den Bereichen einen Vorteil, bei denen große Datenmengen ausgewertet und zu Empfehlungen für menschliche Entscheider verdichtet werden können. Für die Bundeswehr wird KI einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des Auftrages leisten“.⁵

Angesichts der Relevanz von Digitalisierung und KI fällt allerdings auf, dass es auf deutscher Seite eigentlich kaum Unternehmen gibt, die mit Thales und Atos vergleichbar wären. Einerseits spielt Deutschland inzwischen die maßgebliche Rolle bei Airbus und damit jenem Unternehmen, welches die Satellitenkommunikation der Bundeswehr stellt und an dem als „Systemintegrator“ kaum ein großes, deutsches oder europäisches Rüstungsprojekt vorbeikommen dürfte. Auf der anderen Seite steht eine Vielzahl – im Vergleich zu Atos und Thales – eher kleinerer, spezialisierter Unternehmen, die einzelne Komponenten liefern und hier tw. Weltmarktführer sind. Dazwischen versucht sich Rheinmetall seit einigen Jahren als besonders innovatives und kompetentes Unternehmen in Sachen Digitalisierung zu präsentieren, muss sich die hierfür nötigen Kapazitäten aber erst mühsam erarbeiten – ohne sich aber voll hierauf zu konzentrieren und z.B. die anderen Sparten abzustoßen. Zuletzt haben Unternehmen wie T-Systems, Siemens, die Automobilindustrie und ihre Zulieferer entsprechende

Kompetenzen und keine Berührungsängste zur Rüstungsindustrie; keines von ihnen ist jedoch so präzise auf die aktuellen militärischen Bedürfnisse – und ihre zivilen Schnittstellen – zugeschnitten wie Thales und Atos. Keines von ihnen wurde so präzise und strategisch aufgestellt wie die Konzerne Thales und Atos unter Bretons' Leitung.

Das hat sicherlich auch mit der unterschiedlichen industriepolitischen Kultur zu tun, die in Frankreich traditionell deutlich interventionistischer ausgeprägt ist und dadurch politisch gesteuerte Unternehmensfusionen erleichtert. Doch Deutschland will hier offenbar nachziehen, wie die im Februar 2019 veröffentlichte „Industriestrategie“ des Wirtschaftsministers Altmaier nahelegt. Darin wird festgestellt, „Deutschland [müsse] seine unternehmerischen, wissenschaftlichen und politischen Kräfte im Bereich der Künstlichen Intelligenz bündeln“, um „Wettbewerbsfähigkeit und

Industrie-Führerschaft auf nationaler, europäischer und globaler Ebene“ zu erreichen. Hierzu fordert er einen erweiterten „Spielraum des Staates für aktive und aktivierende Gestaltung“, die „bis zur zeitlich befristeten Übernahme von Anteilen oder Gewährung von Beihilfen gehen“ könne: „Bei den überaus wichtigen Fragen von Plattformökonomie, Künstlicher Intelligenz und Autonomem Fahren erscheint ... – wie seinerzeit im Falle von Airbus – eine unmittelbare staatliche Beteiligung zur Erreichung des Ziels erforderlich und gerechtfertigt (KI-Airbus)“.⁶

Konkurrenz oder Partnerschaft?

Insofern ist durchaus fraglich, ob die Ernennung Bretons in Berlin als Chance oder Bedrohung wahrgenommen wird. Denn schon der Arbeitstitel „KI-Airbus“ weist darauf hin, dass die Bundesregierung auch hier den Aufbau eines deutsch-französisch geführten Global Players anstrebt. Hierfür scheint Breton einerseits der richtige Mann zu sein. Andererseits könnte er auch als Gefahr gesehen werden, dass die französische Seite hierbei zu mächtig wird.



Der designierte Chef der neuen Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum, Thierry Breton. Fotomontage: IMI

Wie gesagt, sind auf deutscher Seite durchaus Kompetenzen da, zum Beispiel im Bereich der Sensorik bei Unternehmen wie Zeiss und Bosch. Bosch führt vor Porsche/VW zugleich die Weltrangliste bei Patenten zum autonomen Fahren an, das in vielen Bereichen Parallelen zu militärischen KI-Anwendungen aufweist. Ob sich diese Unternehmen allerdings so leicht in einen Konzern bzw. ein Konsortium überführen lassen, das hierauf spezialisiert ist, bleibt abzuwarten.

Als besondere Kompetenz wird in Deutschland allerdings die (wissenschaftliche) Forschung erachtet. So belegte die Fraunhofer-Gesellschaft unter den außeruniversitären Forschungsinstituten den ersten Platz unter den von FP7 und Horizon2020 geförderten Einrichtungen. Im Bereich der KI befindet sich Deutschland in Rankings weltweit auf Platz fünf, wenn es um Forschung geht, aber nur Platz sieben in Bezug auf Anwendungen.⁷ Sehr ähnlich formuliert dies die Industriestrategie Altmaiers: „Im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) sind wir in der Forschung noch in guter Position. Bei der Kommerzialisierung praktischer Anwendungen besteht jedoch bereits erheblicher Nachholbedarf“. Dieses „Problem“ versucht die Bundesregierung jedoch aktuell anzugehen und hierfür die Wissenschaft zu mobilisieren. In ihrem Koalitionsvertrag sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen, um den Wissenstransfer von der Forschung in die Industrie zu beschleunigen. Hierzu sollen rechtliche Barrieren für Forschungskooperationen abgebaut und der Aufbau von Forschungscampi als gemeinsame Einrichtungen von Wissenschaft und Wirtschaft vorangetrieben werden. Geplant ist außerdem der Aufbau eines deutsch-französischen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz. Auch an den Transfer explizit in Militär und Rüstung wurde gedacht. Hierzu hat das BMVg unter anderem 2017 den „Cyber Innovation Hub“ ins Leben gerufen, welcher „durch gezielte Marktbeobachtung und Innovations-Scouting neue Ideen und existierende Lösungen identifizieren, experimentell in Zusammenarbeit mit Nutzern validieren und entwickeln lassen [soll] mit dem Ziel, diese digitalen Innovationen der Bundeswehr kurzfristig verfügbar zu machen.“ Denn wesentliche Impulse für militärische Innovationen werden von zivilen Märkten und der Forschung im Dual-Use-Bereich erwartet. So heißt es etwa im aktuellen Positionspapier des Amts für Heeresentwicklung unter dem Titel „Künstliche Intelligenz bei den Landstreitkräften“: „In stark automatisierten und autonomen Systemen definiert sich die Überlegenheit ganz wesentlich über die Qualität der Algorithmen, der Rechenleistung und den Grad der Miniaturisierung. ... Da diese Komponenten praktisch komplett auf Dual-Use beruhen, bestimmt die Geschwindigkeit der zivilen Entwicklungen auch das Tempo des Wettrüstens im internationalen Umfeld“. Deshalb sei für die Bundeswehr „die Nutzung von Dual-Use-Produkten und Anwendungen sowie neusten zivilen Forschungsergebnissen der Schlüssel zur Schaffung von bezahlbaren und konkurrenzfähigen Lösungen“.⁸ „Ziel ist es deshalb“, so der Bericht des BMVg zur Digitalen Transformation, „sowohl in der Zusammenarbeit zwischen den Bundesministerien als auch in Kooperation mit Wirtschaft und Wissenschaft Synergieeffekte zu nutzen“.

Wie positioniert sich die Wissenschaft?

Es wird sich zeigen, wie weit die Wissenschaft bereit ist, sich in die rüstungspolitische Strategie einbinden zu lassen. Die industriepolitisch motivierte Förderung der KI-Forschung jedenfalls trifft beispielsweise im Forschungsverbund „Cyber Valley“ auf große Begeisterung. Beteiligt sind hier neben

den Universitäten Stuttgart und Tübingen die Max-Planck-Gesellschaft sowie die Unternehmen Daimler, Porsche, BMW, ZF Friedrichshafen, IAV und Bosch sowie mit Amazon der Weltmarktführer in Sachen Cloud-Dienste. Obwohl sowohl Amazon als auch Daimler und ZF Friedrichshafen sowie Tochterfirmen von Porsche in der Rüstung tätig sind, werden dort militärpolitische Bezüge zur umfangreichen Förderung der KI-Forschung ausgeblendet. Gleichwohl bedient man sich einer industriepolitischen bzw. geopolitischen Argumentation, um deren Notwendigkeit zu begründen. Denn insbesondere die Beteiligung von Amazon ist in Tübingen, wo das Forschungsprojekt sein Zentrum hat und Amazon ein eigenes Entwicklungszentrum errichten will, alles andere als unumstritten. Entsprechend kamen bei der Sitzung des Planungsausschusses des Gemeinderates auch die schlechten Arbeitsbedingungen, das unökologische Geschäftsmodell und die Steuervermeidungsstrategien des Konzerns zur Sprache. Das „Bündnis gegen das Cyber Valley“ befürchtet darüber hinaus steigende Mieten, die Entwicklung neuer Überwachungstechnologien und eine Transformation in einen Rüstungsstandort. Trotzdem empfahl der Planungsausschuss dem Gemeinderat mit großer Mehrheit (und gegen das Votum des Ortsbeirates der Nordstadt, in dem der Forschungscampus entsteht) den Verkauf einer kommunalen Fläche für das Amazon-Entwicklungszentrum. Denn „ohne Amazon ist zu vermuten, dass die Anziehungskraft des Forschungsverbundes ‚Cyber Valley‘ und des Technologieparks für internationale Spitzenforscher aus dem Bereich KI deutlich schwächer ausfallen wird“,⁹ so die Vorlage der Stadtverwaltung. Damit sei auch die Innovations- und Technologieführerschaft Deutschlands und Europas gefährdet und deshalb stehe hier Tübingen in der Verantwortung. Das ist primär eine industriepolitische Argumentation. Es stellt sich allerdings vor dem Hintergrund des neuen Portfolios des EU-Industriekommissars und der Personalie Thierry Breton die Frage, ob Industrie- und Rüstungspolitik – gerade im Bereich der Digitalisierung – überhaupt noch voneinander zu trennen sind.

Anmerkungen

- 1 „Priorität war, dass Frankreich dieses enorme Portfolio behält“, Claire Demesmay im Gespräch mit Anh Tran, [Deutschlandfunk](#), 25.10.2019.
- 2 „Neuer Cloud-Computing-Riese in Frankreich“, [www.handelsblatt.com](#) vom 26.5.2014.
- 3 Kai Biermann / Christian Fuchs: 800.000 Euro für einen Terror-Airbag, der nie fertig wurde, [Zeit.de](#) vom 23.2.2017.
- 4 Europäische Kommission (CORDIS): A European AI On Demand Platform and Ecosystem, <https://cordis.europa.eu/project/rcn/220950/factsheet/en>.
- 5 BMVg: [Erster Bericht zur Digitalen Transformation des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung](#) (Oktober 2019).
- 6 BMWi: [Nationale Industriestrategie 2030 – Strategische Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik](#) (Februar 2019).
- 7 Denise Feldner: Will a Chinese “Sputnik moment” in AI Unleash Dynamism in the West?, [theglobalist.com](#) vom 26.8.2018.
- 8 Amt für Heeresentwicklung: [Künstliche Intelligenz in den Landstreitkräften](#) (August 2019).
- 9 Universitätsstadt Tübingen, Fachabteilung Projektentwicklung: [Vorlage 329/2019](#).

Beschleunigte Rüstungsgroßprojekte

Ministerrat konkretisiert Kampfpanzer und Kampfflugzeug

von Jürgen Wagner

Wohl nicht von ungefähr im unmittelbaren Vorfeld des deutsch-französischen Ministerrates in Toulouse am 17. Oktober 2019 veröffentlichten die Chefs von Dassault und Airbus, Eric Trappier und Dirk Hoke, einen gemeinsamen [Brandbrief](#) an die Adresse ihrer Regierungschefs: „Verlieren wir keine Zeit mehr!“

Das Statement zielte auf die holprige Realisierung der geplanten deutsch-französischen Rüstungsgroßprojekte ab, auf deren Bau sich beide Länder bereits beim Treffen des deutsch-französischen Ministerrates im Juli 2017 im Grundsatz verständigt hatten. Dabei handelt es sich um einen künftigen Kampfpanzer (MGCS) mit einem geschätzten Gesamtvolumen von bis zu 100 Mrd. Euro und um ein Kampfflugzeug (FCAS), das es sogar auf bis zu 500 Mrd. Euro bringen könnte. Beide Projekte standen jeweils vor diversen Problemen, die nun im Vorfeld des deutsch-französischen Treffens anscheinend zu weiten Teilen aus dem Weg geräumt wurden. Auch in der bei weitem wichtigsten und umstrittensten Frage, wie der künftige Export der gemeinsamen Rüstungsprodukte geregelt werden soll, scheinen beide Länder bei dem Treffen „Fortschritte“ erzielt zu haben.

Tempest vs. FCAS

Mit Blick auf das geplante gemeinsame Kampfflugzeug ist die Nervosität der Konzernchefs von Dassault und Airbus, die bei einer Realisierung die größten Profite einstreichen würden, nachvollziehbar, da aktuelle und potenzielle Konkurrenten in jüngster Zeit an Boden gewonnen haben. So [orderte](#) Polen unlängst 32 amerikanische F-35 mit einem Gesamtwert von 6,5 Mrd. Dollar – Geld, das bei der Realisierung des FCAS fehlen wird. Doch auch in Europa formiert sich Konkurrenz: Großbritannien verfolgt mit dem Tempest ein eigenes Projekt, dem sich kürzlich auch Schweden und Italien [angeschlossen](#) haben. Vor diesem Hintergrund [mahnten](#) Trappier und Hoke eine schnelle Entscheidung in Sachen FCAS an, da sich sonst das Pendel weiter in Richtung der Konkurrenz neigen würde: „Wenn Europa nicht schnell vorangeht, wird es unmöglich sein, die Entwicklungs- und Produktionskapazitäten zu halten, die für eine souveräne Verteidigungsindustrie notwendig sind.“

Die Botschaft scheint angekommen – in der [Abschlussklärung](#) des deutsch-französischen Sicherheitsrates wurden nun konkrete Termine für die nächsten Verträge benannt und die ursprünglich auf 2030 terminierte Fertigstellung eines ersten FCAS-Demonstrators deutlich nach vorne verlegt: „Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten werden bis Ende Januar 2020 mit dem Ziel beauftragt, dass ein Demonstrator einer neuen Generation eines Kampfflugzeugs bis 2026 fliegt.“ Bislang waren lediglich die Gelder für eine Konzeptstudie im Umfang von 65 Mio. beschlossen worden. Laut [La Tribune](#) soll auf dem deutsch-französischen Treffen auch beschlossen worden sein, weitere 165 Mio. Euro als Anfangsfi-

nanzierung für den Demonstrator freizugeben.

Bis auf den Juniorpartner Spanien ist bislang kein weiteres Land auf den FCAS-Zug mit aufgesprungen – der Grund dürfte vor allem darin liegen, dass Deutschland und Frankreich die Spezifika des Fliegers gerne im Alleingang festlegen wollen. Um aber auch nur halb-

wegs kostendeckend über die Runden zu kommen, bedarf es zahlreicher Abnahmegarantien von den EU-Verbündeten (und aus dem Ausland), deren Begeisterung hierzu wiederum überschaubar ist, solange sie keine Einfluss- und Profitmöglichkeiten in dem Projekt sehen.

Eine mögliche Lösung könnte folgendermaßen aussehen: Schon im März 2019 [plädierte](#) mit dem „Istituto Affari Internazionali“ (IAI) die führende italienische Denkfabrik, das Land solle sich zunächst voll in Tempest einbringen, anstatt sich auf die absehbare Rolle als FCAS-Anhängsel reduzieren zu lassen. Aus einer solchen Position der Stärke ließen sich dann zu einem späteren Zeitpunkt Zugeständnisse erreichen und über eine Fusion von FCAS und Tempest zu günstigen Bedingungen verhandeln.

Nun steht der weitere Fortgang natürlich in den Sternen, aber dass hier (wie auch beim Kampfpanzer) womöglich innerhalb des selbsternannten deutsch-französischen Führungsduos ein Umdenken erfolgt sein könnte, deutet der folgende Satz in der [Abschlussklärung](#) des deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungsrates an: „Das Projekt wird für andere europäische Staaten offen sein.“

MGCS: Einigung nach gescheiterter Übernahme

Vor allem beim geplanten deutsch-französischen Kampfpanzer lief hinter (und auch manches Mal vor) den Kulissen ein Hauen und Stechen ab. Gegenstand waren die Versuche von Rheinmetall, sich die Führung des Projektes unter den Nagel zu reißen. Für den Bau des Kampfpanzers wurde mit KNDS eine 2015 gegründete Holding ins Auge gefasst, in der der französische Nexter-Konzern und das deutsche Unternehmen Krauss-Maffei Wegmann (KMW) jeweils 50 Prozent halten. Die deutsche Politik war seinerzeit über diesen Schritt alles andere als glücklich – sie hätte zuerst eine Fusion von Rheinmetall und KMW bevorzugt, um dann aus solch einer Position der Stärke den europäischen Panzermarkt aufzurollen. Dies war auch so ziemlich genau die Position, die in dem im Juli 2015 veröffentlichten „[Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland](#)“ zum Ausdruck gebracht wurde. Deutschland setzte „verstärkt auf eine europäische Zusammenarbeit bis hin zum Zusammengehen von in einzelnen Mitgliedstaaten ansässigen Unternehmen“ – dies dürfe allerdings nur geschehen „unter Wahrnehmung der nationalen Interessen.“

Lange blockierte wohl vor allem KMW-Chef Manfred Bode die Rheinmetall-Avancen – jedenfalls legt das die Tatsache nahe, dass Verhandlungen um eine Übernahme unmittelbar nach dessen Tod im Oktober 2018 Fahrt aufnehmen. Vor allem scheint es Rheinmetall dabei auf die Führung der KNDS abgesehen zu haben – so berichtete das [Manager-Magazin](#) im Frühjahr 2019: „Es geht um den 50-Prozent-Anteil von KMW an



der deutsch-französischen Rüstungsholding KNDS, die zur anderen Hälfte dem französischen Staatsunternehmen Nexter gehört. Beide Firmen haben ihre Geschäfte in diese Holding eingebracht – kauft Rheinmetall den KMW-Anteil komplett, würde es den Münchner Konzern schlucken. [...] Würde Rheinmetall bei KNDS einsteigen, würde die deutsche Seite in dem Gemeinschaftsunternehmen wesentlich gestärkt. Branchenexperten zufolge könnte Rheinmetall auf lange Sicht eigenes Geschäft in die Holding einbringen, wodurch der Anteil der Düsseldorf auf bis zu 75 Prozent steigen könnte.“

Allerdings sträubte sich Frankreich aus nachvollziehbaren Gründen, hier klein bei zu geben. Die Streitereien verzögerten dann sogar die ersten anvisierten Vertragsunterzeichnungen, die bereits im Juni 2019 hätten erfolgen sollen. Auch hier scheint der Leidensdruck allmählich so groß geworden zu sein, dass zwei Tage vor Beginn des deutsch-französischen Ministerrates verkündet wurde, Rheinmetall würde von seinen ambitionierten Plänen abrücken. So berichtet der Journalist Björn Müller, die erste Konzeptstudie solle zwar in neun Arbeitspakete im Gesamtwert von 30 Mio. Euro aufgeteilt werden, von denen je drei an Nexter, KMW und Rheinmetall gehen würden. Bei der späteren Projektgesellschaft werde es aber wohl beim 50-prozentigen französischen Anteil bleiben: „Im zähen Ringen um den industriellen Lead beim deutsch-französischen Panzervorhaben Main Ground Combat System (MGCS) zeichnet sich eine Einigung ab. [Damit] ist auch der ehrgeizige Plan von Rheinmetall-Chef Armin Papperger vom Tisch, der die Mehrheit an der KMW-Nexter Holding KNDS übernehmen wollte. In der noch zu gründenden MGCS-Projektgesellschaft soll Nexter 50 Prozent, KMW und Rheinmetall je 25 Prozent erhalten“.

Somit war auch hier der Weg frei, um beim deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungsrat Nägel mit Köpfen zu machen – in der [Abschlusserklärung](#) wird erstmals ein konkretes Startdatum genannt: „Frankreich und Deutschland unterstreichen ihr Bestreben, gemeinsam ein Main Ground Combat System (MGCS) zu entwickeln, das bis 2035 zur Verfügung stehen soll. [...] Die Technologiephase wird mit einer Studie zur MGCS-Systemarchitektur Anfang 2020 beginnen.“

Auch hier wird im Übrigen ausdrücklich betont, das Projekt stehe für andere Länder offen. Das ist für das MGCS insofern besonders bemerkenswert, weil es erst Mitte August noch [Berichte](#) gab, Polen habe Interesse an einem Einstieg bekundet, sei aber damit abgeblitzt. Nun heißt es in der [Toulouse-Erklärung](#) im selben Wortlaut wie schon beim FCAS: „Das Projekt wird für andere europäische Staaten offen sein.“

Rüstungsexporte: Blankoscheck?

Die deutsch-französischen Großvorhaben stehen immer noch vor einer Reihe von Problemen – beispielsweise streiten sich MTU und Safran weiter heftig über die künftige Aufteilung der

FCAS-Triebwerksarbeiten, wie die FAZ am Tag des Gipfeltreffens [berichtete](#). Mit Blick auf das MGCS hieß es dann in der [Welt](#) zwei Tage später, dass es trotz der Einigungen im Vorfeld des Toulouse-Treffens weiterhin Streit zwischen Rheinmetall und Nexter um den Bau der künftigen MGCS-Kanone gäbe: „Der von Deutschland und Frankreich geplante gemeinsame Kampfpanzer steuert auf den ersten offenen Konkurrenzkampf der beteiligten Industrie zu. Dabei geht es um das Kernstück des Nachfolgers für den deutschen Leopard-Panzer und das französische Modell Leclerc, die Kanone. Der Rüstungskonzern Rheinmetall, Lieferant der Leopard-Kanone, präsentiert soeben auf einer US-Fachmesse in Washington eine Kanone mit einem Kaliber von 130 Millimeter, statt wie bisher 120 Millimeter. Dabei hatte der französische Rüstungskonzern Nexter Anfang des Jahres auf einer Fachkonferenz erklärt, erfolgreiche Schussversuche mit 140 Millimeter durchgeführt zu haben mit einem als ‚Terminator‘ bezeichneten Leclerc-Prototypen.“

Die bei weitem größte Kuh, die aber noch endgültig vom Eis muss, ist die Frage des künftigen Exports der gemeinsamen Rüstungsprojekte. Hier stellen die vermeintlich allzu restriktiven deutschen Exportrichtlinien aus französischer Sicht eine ernsthafte Bedrohung für die Realisierung von Kampfflugzeug und Kampfpanzer, ja sogar für die gesamte Branche dar. So wurde die neue französische Vorsitzende des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung (SEDE) im EU-Parlament, Nathalie Loisea, etwa eine Woche vor dem Gipfeltreffen bei [euractiv](#) mit den Worten zitiert: „Wir müssen die industrielle und technologische Basis unserer Verteidigungsindustrie stärken; wir müssen sicherstellen, dass wir Eurochampions haben und dass wir uns auf europäische Unternehmen verlassen können, die uns die notwendige Ausrüstung bereitstellen. [...] Bislang sind sie [Rüstungsexporte] eine nationale Angelegenheit und wir müssen uns bei dieser Sache absolut darüber im Klaren sein, dass es ohne Rüstungsexporte auch keine europäische Verteidigungsindustrie geben wird.“

Seit einiger Zeit bemüht man sich hier deshalb um Lösungen: Auf der einen Seite sieht die im Juni veröffentlichte Neufassung der deutschen Rüstungsexportrichtlinien die Anwendung einer de-minimis Regelung vor, also eine Regelung, dass Produkte, bei denen der deutsche Anteil eine bestimmte Schwelle unterschreitet, problemlos exportiert werden können. Zunächst kursierten hier Zahlen zwischen 3,5 und 30 Prozent, nachdem es in jüngster Zeit aber immer wieder Berichte gab, es werde wohl auf einen Produktanteil von 20% hinauslaufen, hieß es bei [Zeit Online](#) zwei Tage vor Beginn des Ministerrates: „Nach Informationen der Nachrichtenagentur AFP aus französischen Regierungskreisen kamen beide Seiten überein, dass Deutschland Ausfuhren französischer Rüstungsgüter nur blockieren kann, wenn diese mehr als 20 Prozent deutscher Bauteile enthalten. [...] Nach Pariser Angaben soll die Abmachung kommende Woche Mittwoch beim deutsch-französischen Ministerrat in Toulouse im Südwesten Frankreichs vorgestellt werden.“

Doch bei besagtem Ministerrat wurde nun zwar verkündet, es sei zu einer Einigung gekommen, genaue Zahlen wurden aber in der offiziellen [Deutsch-Französischen Erklärung von Toulouse](#) selbst nicht genannt: „Die Bundesregierung und die französische Regierung haben im Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration (Vertrag von Aachen) vereinbart, einen gemeinsamen Ansatz für Rüstungsexporte zu entwickeln. Beide Seiten haben heute ihre Verhandlungen zu einem rechtlich bindenden Abkommen abgeschlossen, dessen letzte Schritte so bald wie möglich umgesetzt werden.“

Ohnehin wäre die deutsche Industrie ausschließlich mit einer de-minimis-Regelung von 20 Prozent alles andere als glücklich, schließlich strebt sie vor allem bei den geplanten Großprojekten einen deutlich größeren Anteil am Rüstungskuchen an. Vor diesem Hintergrund **warnte** Hans Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie: „Wir haben die Sorge, dass uns eine ausgehandelte 20-Prozent-Regelung zum Juniorpartner der französischen staatlichen Rüstungsindustrie degradieren könnte, das wäre inakzeptabel.“

Ihm sprang gleich auch noch sein Bruder im Geiste beiseite, nämlich der BDI-Abteilungsleiter Sicherheit und Rohstoffe Matthias Wachter. Auch er warnte davor, zum Juniorpartner degradiert zu werden und schlug in einem **Tweet** als Alternative vor: „Optimal wäre deshalb Neuauflage des Schmidt-Debré Abkommens, d.h. jedes Land sollte bei Gemeinschaftsprojekten eigenständig über Export entscheiden können & beteiligte Partner würden dies akzeptieren.“ Schon im Januar war **berichtet** worden, Deutschland und Frankreich hätten sich in einem Zusatzabkommen zum Aachener-Vertrag dement-

sprechend verständigt. Darin hieß es, eine Exportblockade gemeinsamer Rüstungsexportprojekte wäre nur möglich „in außergewöhnlichen Fällen, in denen direkte Interessen oder die nationale Sicherheit betroffen wären.“

Während zwar offiziell zu diesen Punkten keine Details genannt wurden, scheint es dennoch in Toulouse auch zu konkreteren Absprachen gekommen zu sein. Die **FAZ** jedenfalls berichtet von einer dort unterzeichneten Grundsatzvereinbarung, mit der Rüstungsexporten deutsch-französischer Gemeinschaftsprojekte künftig wohl Tür und Tor geöffnet würden: „Die Grundsatzvereinbarung enthält zwei wichtige Elemente: Bei den Gemeinschaftsprojekten FCAS (Luftkampf mit Kampffjets, Drohnen und Satelliten) sowie MGCS (Bodenkampf unter anderem mit Panzern) sollen die jeweiligen Partner ein Einspruchs- und Konsultationsrecht in Exportfragen haben, wenn sie ihre nationale Sicherheit bedroht sehen. Zudem soll ein Partner, wenn er nur Zulieferer ist, ein Exportprojekt nur dann blockieren können, wenn auf ihn mindestens 20 Prozent des Exportwertes entfallen.“

PESCO III: Kleinere Rüstungsbrötchen

Im Dezember 2017 wurde die „Strukturierte Zusammenarbeit“ (engl.: PESCO) ins Leben gerufen, um die Anbahnung europäischer Militär- und Rüstungsprojekte zu forcieren. Nur kurz darauf, im März 2018, wurde eine erste Runde mit 17 PESCO-Projekten verabschiedet. Im November folgte noch einmal dieselbe Anzahl, darunter mit der waffenfähigen Eurodrohne (MALE RPAS) auch einer der ganz dicken Rüstungsfische. Am 12. November 2019 beschloss der Rat schließlich eine dritte Runde mit 13 weiteren Projekten, wodurch sich die Gesamtzahl der PESCO-Vorhaben nunmehr auf 47 erhöht.

Welle III: Keine Großprojekte

Lange war spekuliert worden, ob mit der dritten PESCO-Welle auch die Überführung der deutsch-französischen Rüstungsgroßprojekte Kampfpanzer (MGCS) und Kampfflugzeug (FCAS) anstehen könnte. Der Schritt ist nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, da es sich hierbei um eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine Teilfinanzierung der Entwicklungskosten aus dem geplanten „Europäischen Verteidigungsfonds“ handelt.

Betrachtet man die 13 neu anvisierten Vorhaben, so war diesmal ein ganz großer Fisch nicht dabei. Sieben der Projekte zielen auf eine höhere operative Einsatzbereitschaft (sprich: „bessere“ Kriegführung), drei werden mit Blick auf höhere Kapazitäten in Angriff

genommen und bei drei weiteren handelt es sich um Mischformen. Deutschland soll die Führung über ein „Cyber and Information Domain surveillance Coordination Center“ (CIDCC) übernehmen, über das aber ansonsten keine weiteren Details in Erfahrung zu bringen sind.

In der Pressemitteilung des Rates heißt es zu den Projekten: „Fünf der neuen Projekte legen den Schwerpunkt auf Ausbildung, unter anderem in den Bereichen Cyberabwehr, Tauchen, Taktik, medizinische Unterstützung und Abwehr chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer (CBRN) Bedrohungen. Der Schwerpunkt anderer Projekte liegt auf dem Ausbau gemeinsamer Maßnahmen der EU sowie auf der Entwicklung der Fähigkeiten zu Land, zur See und im Weltraum.“

Verschnaufpause

Weshalb es weder FCAS noch MGCS auf die Projektliste geschafft haben, dürfte damit zusammenhängen, dass die ganz großen Gelder aus dem EU-Verteidigungsfonds nach gegenwärtigen Planungen erst ab 2021 fließen, wenn der Topf in vollem Umfang aufgestellt sein soll. Dafür spricht auch, dass die scheidende EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini anlässlich der neuen Projektrunde angab, jetzt werde erst einmal eine Pause eingelegt. Wörtlich gab sie zu Protokoll: „Nächstes Jahr wird es eine Pause bei der Annahme neuer Projekte geben, diese 47 Vorhaben sind also vorläufig alles [...]. Die nächsten beiden Jahre wird es darum gehen, sich mit vollem Tempo der Implementierung zu widmen.“



Die Broschüre „PESCO: Das militäristische Herz der Europäischen Verteidigungsunion“ wird in Kooperation der IMI mit der Europaabgeordneten Özlem Demirel herausgegeben. Sie kann gratis im Internet hier heruntergeladen werden.

Durch diese Zusammenarbeit kann die Printversion – gerne auch in größerer Stückzahl – auch kostenlos via E-Mail bestellt werden:

bestellungen@oezlem-demirel.de

Cyber Valley – Unfall des Wissens

Christoph Marischka
**Cyber Valley –
Unfall des Wissens**
Künstliche Intelligenz
und ihre Produktionsbedingungen –
Am Beispiel Tübingen

Neue Kleine Bibliothek 282, Paperback, 164 Seiten
ISBN 978-3-89438-706-8, € 14,90 [D]

Künstliche Intelligenz ist das Thema der Gegenwart und formt die Zukunft. Der Staat propagiert sie, die Industrie forciert sie und die Bevölkerung nutzt sie. Gerade Politik und Wirtschaft erwarten eine Revolution von ihr, viele Menschen gehen unbedarft mit ihr um, einige haben Angst davor. Schauen wir uns also an, wie, wo und wozu sie erforscht wird, wer von Anfang an dabei ist und wer nicht. Blicken wir auf das beschauliche Universitätsstädtchen Tübingen. Hier soll sich Amazon ansiedeln, hier soll ein Top-Standort für KI-Forschung weltweit entstehen. Die Wissenschaft fusioniert hier mit der Wirtschaft. Man baut einen Forschungscampus als Erlebnispark für Risikokapital und Forschungslabore statt Wohnungen; man hofft auf den Boom und lügt wie gedruckt. Doch es regt sich auch Protest.



**Erscheint
Anfang Dezember 2019**

Christoph Marischka hat Politik, Volkswirtschaftslehre und Psychologie in Tübingen studiert und ist dort bis heute in der Informationsstelle Militarisation aktiv, wo er sich u.a. mit Militärforschung an deutschen Hochschulen beschäftigt.

*Als Journalist:in fordern Sie
gerne Ihr Rezensionsexemplar
(ggf. auch als PDF-Datei vorab)
an.*

Ich bestelle _____ Exemplar(e)
»Cyber Valley« à € 14,90 (zzgl. € 2,50 Versandkosten)

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bestell-Coupon

PapyRossa Verlag
Luxemburger Str. 202
50937 Köln
Tel. (02 21) 44 85 45
Fax (02 21) 44 43 05
www.papyrossa.de
mail@papyrossa.de



Herausgeber des AUSDRUCKs ist die
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die
Auffassung der Informationsstelle wider.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154